Verlässt Paris den Euro?
Seite 7

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 44 – 2. November 2013
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





EU-Gipfel: Nicht nur EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (l.) forderte von Merkel mehr Solidarität für Europa Bild: action press

Abhörskandal nur Ablenkung?

Medien übergehen anstehende Neuregelung von Bankenpleiten fast komplett

Während alle Welt nur über Merkels Handygespräche debattierte, wurde die Abwicklung angeschlagener Banken klammheimlich zur gesamteuropäischen Aufgabe.

Ratlos stehen die Deutschen vor der „Abhöraffäre“ um den US-Geheimdienst NSA. Sollte es wahr sein, dass die Kanzlerin tatsächlich nichts wusste um ihre Bespitzelung? Oder hat sie die Deutschen belogen, als sie im Sommer behauptete, ihr sei nichts bekannt von derartigen Vorgängen?

Die lautstarken Unmutsbekundungen aus Berlin stehen jedenfalls in einem merkwürdigen Kontrast zu dem Wenigen, was man angeblich konkret zu unternehmen gedenkt. Vor allem ist wieder viel davon die Rede, dass „Europa mit einer Stimme sprechen“ müsse. Eine Stimme? Zur Erinnerung: Das EU-Land Großbritannien gehört selbst zu der US-geführten Phalanx von fünf angelsächsischen Staaten, die bei der Spionage strikt gemeinsame Sache machen. Und Griechenland hat sich von US-Bankern anleiten lassen, wie man die europäischen Partner hinters Licht führt, um sich den Euro zu erschleichen.

Sicher ist ein koordiniertes Vorgehen vieler EU-Länder gegenüber den USA wünschenswert. Die Formulierung und Durchsetzung nationaler Interessen aber kann „Europa“ nicht ersetzen. Wer anderes behauptet, obwohl er es besser weiß, der will in Wahrheit gar nichts unternehmen.

> Deutsche Steuerzahler bei Banken-Rettung wohl mit im Boot

Wie es um die Vertretung deutscher nationaler Interessen bestellt ist, konnte beim EU-Gipfel auf anderem Gebiet beobachtet werden: Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, da von der NSA-Affäre lautstark überdeckt, hat Kanzlerin Merkel eine angeblich zentrale deutsche Position geräumt: Entgegen ihrem bisherigen Versprechen ist es so gut wie beschlossen, dass europäische Großbanken nun doch grenzübergreifend auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden dürfen.

Wenn sich im Rahmen des „Stresstests“ 2014 etwa herausstellen sollte, dass eines der 128 größten Geldhäuser der Euro-Zone pleite ist, sollen die Staaten ihm aus der Patsche helfen. Damit haften die deutschen Steuerzahler direkt für das Versagen insbesondere der schwer angeschlagenen südeuropäischen Institute. Die sind auch deshalb marode, weil sie ihren Staaten Unmengen Geld geliehen haben. Das konnten sie, weil die EZB verfügt hat, dass Banken für Kredite an Staaten keine Sicherheit zurücklegen müssen wie für Firmenkredite. Das Geld für die Staatsanleihen wiederum hat die EZB den Banken zum Niedrigstzins überlassen.

So schließt sich der Kreis: Politik wie Banken bedienen sich grenzenlos am Geld von Sparern und Steuerzahlern. Hinter dem Lärm um die NSA wurde fast unbemerkt mit Zutun Berlins vergangene Woche eine der allerletzten Hürden auf dem Weg zu diesem historisch einmaligen Raubzug niedergerissen. Bei Affären ist es manchmal wichtiger, wann sie „aufgedeckt“ werden, und nicht so sehr, wieso. Die NSA-Affäre jedenfalls hätte für die Banken und ihre politischen Freunde kaum günstiger terminiert werden können. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Kein Freund

Als es im Sommer um die Ausspähung von Millionen Deutschen durch die US-Geheimdienste ging, hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel still. Fast so, als ob sie das nichts anginge. Man müsse „mit unseren amerikanischen Freunden“ reden, „partnerschaftlich und vertrauensvoll“, ließ sie wissen, damit ja kein Schatten auf das deutsch-amerikanische Verhältnis fällt. Dann schickte sie Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich nach Washington. Dort mimte man „Eintracht unter Freunden“, Friedrich ließ sich mit dümmlichen Erklärungen abspeisen und trat demütig die Heimreise an. Und schließlich ließ Merkel durch ihren Kanzleramtsminister kurzerhand verkünden, die Sache sei erledigt.

Heute, wo sie weiß, dass auch sie das Opfer von US-Lauschangriffen geworden ist, gibt sie sich auf einmal empört. Vielleicht geht ihr jetzt auch auf, dass die USA Deutschland nicht als gleichberechtigten Partner, sondern als Satrapen betrachten, und dass US-Präsident Barack Obama nicht ihr Freund ist. Es bewahrheitet sich die zumeist Charles de Gaulle zugeschriebene, tatsächlich aber von dem britischen Politiker Lord Palmerston stammende Erkenntnis „Staaten kennen keine Freunde, Staaten kennen nur Interessen“. Ohnehin kann es Freundschaft nur zwischen Menschen, nicht aber zwischen Staaten geben. Staaten können Bündnisse schließen aber keine Freundschaften. Doch auch persönliche Freundschaft entpuppt sich in der Politik allzu oft als Chimäre. Merkel sollte die Freiheitsmedaille, die ihr Obama im Juni 2011 mit großer Geste überreicht hat, ihrem Duzfreund zurückschicken. Wer solche Freunde hat, braucht wahrlich keine Feinde.

Rom fordert Belohnung

Italiens Ministerpräsident will Last der Reformen umverteilen

In einer Rede vorm italienischen Parlament forderte Italiens Ministerpräsident Enrico Letta ein „anderes Europa“. Damit meinte er keineswegs eine Reform der technokratischen EU samt Wasserkopf, sondern er wollte darauf hinaus, dass die „Last der Anpassung“ auf alle Mitgliedsländer verteilt werden solle. Vor allem die Überschussländer sollten mehr Solidarität mit den Krisenländern zeigen.

Später sagte er dann ganz offen, dass er von der EU und vor allem von Deutschland eine Belohnung für die Opfer haben wolle, die man für die dringend benötigten Reformen in Kauf nehme. Wobei die Opfer, die die Italiener derzeit zu tragen haben, sich in sehr überschaubaren Grenzen halten. So sieht der Haushaltsplan für 2014 sogar leichte Steuersenkungen vor. Diese werden zwar durch steigende Gebühren an anderer Stelle wieder aufgefressen, doch im Großen und Ganzen sind die Opfer klein angesichts der großen Probleme, vor denen Italien finanziell gesehen steht. 2014 dürfte die Staatsverschuldung 130 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen.

> Berlin soll bezahlen, egal wie

Doch Letta scheut große Reformen. Schon jetzt knirscht es in seiner Regierungskoalition, obwohl die Einsparungen bisher viel kleiner als notwendig ausfallen. Nun versucht er, den auf seine Regierung fallenden Unmut Richtung Brüssel und Berlin umzuleiten. Und wenn von dort schon keine Belohnung in Form von Geld oder der Einführung eines gemeinsamen Schuldentilgungsfonds fließt, so wünscht er sich doch zumindest Wohltaten wie eine neue Berechnungsweise für das Haushaltsdefizit. Zwar würde Italiens Gesamtverschuldung damit keinen Cent geringer ausfallen, doch auf dem Papier könnte das Land leichter das Maastricht-Kriterium von einer jährlichen Neuverschuldung in Höhe von maximal drei Prozent des BIP erfüllen. *Bel*

Im Zweifelsfall verrückt

Mann, der auf das Gesetz pocht, sollte Führerschein verlieren

Wer sich im Straßenverkehr rechtswidrig verhält, kann den Führerschein verlieren. Dass aber auch demjenigen der Entzug der Fahrerlaubnis droht, der auf die strenge Anwendung eines gültigen Gesetzes pocht, musste ein Münchener, promovierter Diplompsychologe und Mitarbeiter eines Weltkonzerns, erleben. Kürzlich erschien der Mann beim Kreisverwaltungsreferat (KVR) und verlangte einen neuen Personalausweis, da das Dokument falsch ausgestellt sei. Dazu verwies er auf das Personalausweisgesetz. Dort steht in Paragraf 5 (2), dass unter den „sichtbar aufgebrachten Angaben über den Ausweisinhaber“ an erster Stelle der Familienname zu stehen hat. Bei dem heute gängigen Ausweisformular ist dort jedoch nur „Name“ vermerkt. Bei der Gelegenheit beantragte der gesetzeskundige Bürger gleich noch die bayerische Staatsangehörigkeit. Nicht, weil er die Existenz der Bundesrepublik anzweifele, sondern deren Souveränität, und weil ein nichtsouveräner Staat keine Staatsangehörigkeit verleihen könne. Das KVR schickte den Mann unverrichteter Dinge nach Hause.

> Erinnerung an den Fall Mollath

Dafür meldete sich die Fahrerlaubnisbehörde und teilte mit, dass sich der Antragsteller auf psychische Störungen untersuchen lassen müsse. Denn wegen der Sache mit der Staatsangehörigkeit bestünden „Zweifel an der Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen“. Andernfalls sei der Führerschein weg. Die Regierung von Oberbayern nahm sich schließlich des Falles an. Zwar äußerte auch sie Zweifel an seiner Fahreignung, weil er offenbar die Gesetzgebung verneine und womöglich auch die Straßenverkehrsordnung ignoriere. Dennoch empfahl sie der Stadt, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Und so darf der Mann, der schon befürchtet hatte, als zweiter Gustl Mollath zu enden, endlich „die Begutachtungsanordnung als gegenstandslos“ betrachten. *J.H.*

MELDUNGEN

EZB verschätzt sich massiv

Frankfurt am Main – Kaum hat sich der mediale Wirbel um das Bauprojekt des Limburger Bischofs gelegt, sorgt nun die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrem Hochhaus-Neubau für Schlagzeilen. Dieser soll nun statt der veranschlagten 500 Millionen Euro 1,3 Milliarden Euro kosten. Während die EZB selbst die Kostenexplosion des 45 Stockwerke hohen Neubaus mit steigenden Baustoffpreisen erklärt, gehen Experten davon aus, dass die Zentralbanker von Anfang an die Kosten zu niedrig angesetzt haben. So sei es auffallend, dass kein Bauunternehmen bereit gewesen sei, zu dem gewünschten Preis als Träger des Projektes zu fungieren, so dass die EZB selbst die Bauplanungen übernommen hat. Da 2300 Mitarbeiter in dem Gebäude untergebracht werden sollen, kostet jeder Arbeitsplatz 600000 Euro. *Bel*

»Wir hassen Israel«

Jerusalem – Yad Vashem, die israelische Holocaust-Gedenkstätte, ehrte kürzlich einen weiteren „Gerechten unter den Völkern“, also einen Nichtjuden, der Juden vor der Vernichtung rettete. 24355 Gerechte gab es bis Ende 2011, die meisten stammen aus Polen (6394) und Holland (5204). Jetzt hat Yad Vashem erstmalig einen Muslim geehrt, den Ägypter Mohamed Helmy (1901–1982), der 1922 nach Deutschland ging, der Heimat seiner deutschen Mutter, dort Medizin studierte und am Berliner Robert-Koch-Institut arbeitete. Ab 1937 stand er als „Nichtarier“ unter Polizeiebewachung, war zeitweilig inhaftiert, verbarg aber im Krieg jahrelang jüdische Bekannte in seinem Gartenhaus. Nach dem Krieg blieb Dr. Helmy in Deutschland. Er wurde von der israelischen Presse achtungsvoll „arabischer Schindler“ genannt. Mit seiner ägyptischen Familie blieb er in Kontakt. Die wehrt sich nun gegen die Ehrung des Verwandten. So lehnte Mervat Hassan, die Frau von Helmys Großneffen, die Auszeichnung ab, denn „wir hassen Israel“. *W.O.*

Dieser Ausgabe liegt der PAZ-Tafelkalender 2014 bei.

Die Schulden-Uhr:
Zu gering

Während die SPD noch dementiert, vermeldet der „Focus“, die Große Koalition habe sich auf ein Investitionsprogramm für den Straßenbau geeinigt. Elf Milliarden Euro sollen in den nächsten vier Jahren zusätzlich für den Bereich eingeplant werden. Davon sollen sieben Milliarden Euro in den Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur fließen und vier Milliarden Euro ins Schienennetz. Doch die für Laien beachtlich klingende Summe ist für Experten ein Tropfen auf den heißen Stein. So ist immer wieder von einem Investitionsrückstau in Höhe von 300 Milliarden Euro die Rede. *Bel*

2.064.041.945.812 €

Vorwoche: 2.063.371.071.485 €
Verschuldung pro Kopf: 25.640 €
Vorwoche: 25.632 €

(Dienstag, 29. Oktober 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Japan schafft sich ab

Nicht nur die Regierung, auch die Bevölkerung arbeitet an der Selbstzerstörung des Landes mit

Seit zwei Jahren sinkt die japanische Bevölkerungszahl jährlich um 300000 Menschen. Das entspricht der Einwohnerzahl von Bonn oder Münster. Und die Zahl wird noch steigen, denn immer mehr Mitglieder der jungen Generation verweigern sich nicht nur der Ehe, sondern jeglichem nicht-virtuellen Sex.

Derzeit gibt es noch 127 Millionen Japaner. Im Jahr 2060 sollen es nur noch 86 Millionen sein. 35 Millionen, das heißt 40 Prozent der Bevölkerung, werden dann über 65 Jahre alt sein. Die arbeitende Bevölkerung, die diese Senioren unterhalten muss, wird von derzeit 81 Millionen auf 44 Millionen fallen. Nur noch sieben Millionen Kinder unter 15 wird es dann noch in Japan geben. Diese Voraussagen beruhen auf der optimistischen Annahme, dass sich die derzeitige Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau halten wird. 2,1 Kinder sind bekanntlich für eine stabile Bevölkerungszahl notwendig.

> Ein Drittel aller unter 30-Jährigen hatte noch nie ein Rendezvous

Tatsächlich sieht nach der ehe- und sexfeindlichen Einstellung der jungen Generation die Zukunft jedoch viel düsterer aus. 90 Prozent aller jungen Frauen bekunden ein nur geringes Interesse an einer Ehe, 45 Prozent sind sogar an sexuellen Erfahrungen nicht interessiert. Ein Drittel aller unter 30-Jährigen hat noch nie eine romantische Verabredung gehabt.

Nach einem japanischen Sprichwort gilt die Ehe als das Grab der Frau. Nach der Hochzeit wird sie kaum noch gefördert. Mit der Geburt eines Kindes geben die meisten ihren Arbeitsplatz auf, denn die überlangen Arbeitszeiten und die rücksichtslose Versetzungspraxis japanischer Unternehmen sind mit der Erziehung von Kindern nicht vereinbar. Zudem hat auch der Ehemann lange Arbeitszeiten, minimalen Urlaub und kümmert sich traditionell nicht im Geringsten um den Haushalt und den Nachwuchs. So haben die meisten jungen Frauen die Konsequenzen gezogen. Sie leben meist weiter bei ihren Eltern und geben ihr Geld in teuren Restaurants, für Mode, Schönheitspflege und Auslandsreisen mit Freundinnen aus. Aktuell ist es sehr beliebt, sich niedliche kleine Hündchen zu halten, die aufgeputzt in Kinderwagen herumgefahren werden. Sind sie dann aber nicht mehr niedlich oder stören, werden sie allerdings mitleidslos in Krematorien vergast.

Die jungen Männer mussten sich auf das Desinteresse ihrer weiblichen Altersgenossen einstellen. Auch bei ihnen gibt ein Viertel mittlerweile an, an Sex nicht mehr interessiert zu sein. Den meisten ist Flirten und das ganze Drumherum auch zu mühsam geworden. Oft sieht man auch Paare in Restaurants, die statt miteinander zu sprechen, schweigend jeweils ihre Smartphones konsultieren und Textnachrichten schicken. So flüchtet die heiratsmüde Männerwelt in virtuelle Welten mit Internet-Pornos, Anime-Figuren und virtuellen „Freundinnen“.

Tatsächlich haben gut ein Drittel der jungen Männer ohnehin keine Heiratschancen, weil sie nur in prekären Teilzeitjobs mit niedrigen Löhnen und Hilfsarbeiten beschäftigt sind, wo sie weder Aufstiegs- noch Ausbildungschancen haben. Eine Japanerin geht nicht freiwillig ein Armutsrisiko ein. Dieses Präkariat ist deshalb so angewachsen, weil die Firmen verstärkt ihre Fertigung ins Ausland verlagern. Da ihre alten Stammarbeiter Kündigungsschutz genießen, stellen sie kaum noch Nachwuchs ein. Wenn die Alten dann irgendwann in Rente gehen, fehlen Japan dann die qualifizierten Facharbeiter in der ohnehin schrumpfenden arbeitsfähigen Bevölkerung.



Hund statt Kind: Vor allem im Tokio sieht man immer mehr Frauen mit Vierbeinern im Kinderwagen Bild: laif

Die japanischen Regierungen der letzten Jahre belassen es bei Appellen zum Kinderkriegen. Unzählige Expertenkommissionen tagten bereits zum Pro und Contra von Kinderkrippen. Aber passieren tut wenig. Optimismus und neues Wirtschaftswachstum werden es schon richten, verkündet Premier Shinzo Abe. Er ließ den Geldumlauf verdoppeln, lässt die Notenbank 70 Prozent aller neuen Staatsanleihen aufkaufen, legte einen neuen Schuldenhaushalt auf, der die Staatsschulden, die derzeit bereits 250 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen, weiter in die Höhe schnellen lässt. Die Exportwirtschaft ist zufrieden, weil der billig gewordene Yen den Absatz und die Profite steigert. Wie aber die nächste Generation neben der unbezahlbaren Rentenlast auch noch die Staatschuld begleichen soll, bleibt ein Rätsel.

Langfristig ist Wachstum nur mit einer erhöhten Binnennachfrage möglich, doch seit 20 Jahren sind die Familieneinkommen rückläufig und ist die Beschäftigungslage unsicherer geworden. Spareinlagen bringen Nullzinsen. Im Zuge der jahrzehntelangen Stagnation ist die Schere zwischen Arm und Reich in der einst von einer breiten Mittelschicht dominierten Gesellschaft immer größer geworden. Jetzt halten sich 37 Prozent für Unterschichtenangehörige. Die Armutsquote ist auf 16 Prozent gestiegen. Gleichzeitig steigen die Energiepreise für das importierte Öl und Erdgas. Die Verkaufsteuern sollen im nächsten Jahr auf acht Prozent steigen, und die Regierung tut alles, um die Deflation der letzten Jahre in eine leichte Inflation umzukehren. Der Durchschnittsjapaner wird also weiter ärmer. Wie er dennoch, mit einer Sparquote von nur zwei Prozent, wie von Abe beabsichtigt, jetzt den Konsum anheizen soll – die kleinen Wohnungen sind ohnehin mit allem vollgestopft – bleibt das Geheimnis des Premiers. Wenn das Strohfeuer seiner Ausgabenprogramme erloschen ist, bleibt wieder nur eines: noch unbezahlbarere Staatsschulden in einem überalterten, schrumpfenden Land im unaufhaltsamen Niedergang.

> Junge Japaner stecken oft in prekären Jobs fest

Albrecht Rothacher

Öl-Reichtum quasi verschenkt

Iren, aber auch Brasilianer erzürnt über ihre Regierungen, die die Ressourcen des Landes nicht besser nutzen

Gegen einen Ausverkauf von Ölreserven an internationale Ölkonzerne gehen immer mehr Bürger auf die Barrikaden und monieren, dass für einen kurzfristigen Gewinn langfristige Einkommensquellen verschleudert werden. Die Distanz zwischen politischen Eliten und Bevölkerung wächst. Jüngstes Beispiel ist Brasilien. In diesem aufstrebenden Schwellenland wurden gerade die umfangreichen Ölfelder des „Campo de Libra“ mit bis zu zwölf Milliarden Barrel vor der Küste Rios versteigert und mangels Konkurrenten an ein Bieter-Konsortium, darunter Shell und Total, abgegeben. Heftige Proteste vor dem Auktionshaus richteten sich gegen den „Ausverkauf“. Nur Polizei-Hundertschaften mit Tränengas konnten die Veranstaltung schützen.

In Europa schließt sich das irische Volk in Protestbewegungen gegen die Dubliner Regierung zusammen. Revolten gegen die Ausplünderung der Ölvorräte vor den Küsten durch ausländische Konzerne, ohne dass die Regierung in Dublin davon profitiert, sind an der Tagesordnung. Es handelt sich um verschenkten Reichtum, der für die Gesundung der irischen Finanzen und der Wirtschaft bitter nötig ist.

Der geschätzte Kolumnist der „Irish Times“, Fintan O'Toole, fasst den Unmut so zusammen: „Wenn selbst Diktaturen in Dritte-Welt-Ländern bessere Deals mit den Ölfirmen abschließen, warum können wir das nicht?“ Und weiter: „Alle wichtigen Entscheidungen im Land werden von der Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds getroffen. Die Regierung setzt das bloß um. Das führt dazu, dass sie psychologisch nicht in der Lage ist, etwas Eigenständiges zu tun.“

Es sollen zehn Milliarden Barrel Erdöl sowie große Gasvorkommen sein, die Irland vor seiner Westküste durch Lizenzvergabe aus der Hand gibt. Die größten Energiequellen im Atlantik gehören inzwischen internationalen Ölgesellschaften. Der irische Staat hingegen erhält keinen Anteil daran, null Energie- und Versorgungssicherheit. Lediglich eine Steuer von 25 Prozent auf die Gewinne fließt an die Regierung. Der Wert der so verschleuderten Öl- und Gasfelder beträgt rund 600 Milliarden Euro.



Oslo sorgt dafür, dass auch Bürger profitieren: Die Bohrinsel „Sea Troll“ fördert auf norwegischem Territorium Öl Bild: action press

Und die Suche nach ergiebigen Quellen geht weiter. Denn bislang wurden nur etwa 160 Bohrungen vorgenommen (durch Großbritannien in der Nordsee 4000). Der Widerstand gegen die geplante Gas-Raffinerie im Binnenland und eine Hochdruckpipeline in der Nähe Rossports vor allem der Vereinigungen „Shell to Sea“ und „Own Our Oil“ wächst, die Verhaftungen von Demonstranten sowie aggressive Handlungen wachsen ebenfalls. So wurde unter anderem das Boot des protestierenden Fischers Pat O'Donnel von bewaffneten Maskierten geentert und versenkt. Die drastischen Maßnahmen des Staates zum Schutz der Konzerne erregen die Bevölkerung.

Die widerspenstigen Gegner verweisen darauf, dass Irland in den umgebenden Gewässern über Hoheitsrechte von der neunfachen Größe der Insel verfügt, in denen womöglich Milliardenreserven an Öl und Gas ruhen. Norwegen zum Beispiel, das durch Öl ein wohlhabender Staat wurde, nimmt von den ausbeutenden Konzernen 78 Prozent Steuer.

Und auch der Nachbar Großbritannien mache es vor, wie aus dem flüssigen Gold auch Geld für die wirtschaftliche Entwicklung im Lande gezogen werden kann. Die Briten erlösten aus ihren Nordseefeldern in den letzten Jahren rund 300 Millionen Pfund (345 Millionen Euro) durch das Ölgeschäft in der Nordsee.

„Es könnte die neue Nordsee werden“, schwärmte Tony O'Reilly, Chef der Firma Explorers Providence, die im Süden bei Cork fündig wurde. Doch Öl zu entdecken ist eine Sache, es unter erschwerten Bedingungen zu erschließen, aufwendige Pipelines zu bauen und die Förderung wirtschaftlich umzusetzen, eine andere. Und dafür fehlt den Iren, wie anderen ärmeren Ländern weltweit, das Geld, also müssen große Konzerne wie Exxon oder Shell mit ihrer Technik und ihrem Fachwissen einspringen – allerdings zu Konditionen, die ihnen in die Kassen spielen.

Ähnliche Protestbewegungen gibt es in Westafrika und in Asien, wie etwa auf den Philippinen und in Birma. Denn vor den Küsten der Tigerstaaten Südostasiens stoßen Bohrinseln auf immer mehr Erdgas und Öl. Vietnam hat am meisten Glück: Dort erstrecken sich die Felder wie ein Teppich von Norden nach Süden – darunter ein gigantisches Ölfeld wie in Saudi-Arabien.

Joachim Feyerabend

Kirchen Fall für den Verfassungsschutz?

Von Theo Maass

Dieser Tage schaffte es die Heilig-Kreuz-Passion-Gemeinde in Kreuzberg abermals, in die Schlagzeilen zu kommen. Angeblich hungerstreikende Wirtschaftsasylanten vom Pariser Platz fanden in den Räumlichkeiten der Kirche einstweilen Unterschlupf. Die „Hungerstreikenden“ sind Teil einer Propagandawelle, welche die gesamte Republik erfasst hat. Der Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg oder die „Lampedusa-Flüchtlinge“ in Hamburg sind nur die Spitze des Eisbergs.

Die Evangelische Kirche spielt dabei eine entscheidende Rolle. Das von ihr gewährte Kirchenasyl untergräbt nachhaltig das rechtsstaatliche Asylverfahren. Die Kirchengemeinden wollen offenbar den Eindruck erwecken, in Deutschland werde Ausländerrecht nicht korrekt angewandt. Dies soll Misstrauen in der Bevölkerung gegen Recht und Gesetz entfachen und den Verfassungsstaat diffamieren. Damit stellen sich evangelische Priester gegen die grundgesetzliche Ordnung, die genau regelt, wer Gesetze machen und Recht sprechen darf. Der Evangelischen Kirche steht dies nicht zu.

Der Staat sieht bei dieser öffentlich zelebrierten Verachtung von Recht und Gesetz erschreckend hilflos zu. Bei den toleranten Dänen ließ sich so etwas nicht etablieren. 2009 versuchten irakische „Flüchtlinge“ und ihre dänischen Unterstützer eine Kirche mit dem Ziel zu besetzen, ihren dauernden Aufenthalt im Königreich durchzusetzen. In der Brorson-Kirche im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro hatten sich 89 Tage lang abgelehnte Asylbewerber einquartiert.

Doch in der Nacht zum 13. August 2009 stellte die Polizei den dänischen Rechtsstaat wieder her. Bereitstehende Busse transportierten die Ungebetenen ab. Der daraufhin einsetzende Protest umfasste lediglich die üblichen „Unterstützergruppen“ vom gewaltbereiten Linksextremisten bis zur linken Künstlerszene. Die breite Mehrheit der Dänen begrüßte die Verteidigung ihres Rechtsstaats und damit ihrer Verfassung.

In Deutschland ist es Aufgabe des Verfassungsschutzes, verfassungsfeindliche Tendenzen unter die Lupe zu nehmen. Berlins Innensenator Frank Henkel sollte vielleicht einmal darüber nachdenken, die Spitzel und hauptamtlichen Mitarbeiter seines Verfassungsschutzes von der Bürgerinitiative Berlin-Hellersdorf abzuziehen und sich dafür etwas näher mit der Kreuzberger Heilig-Kreuz-Kirche zu beschäftigen. Denn die Hellersdorfer brechen kein Recht. Dort geben lediglich Bürger ihrem demokratischen Recht Ausdruck auf Protest gegen etwas, das sie für einen Missstand halten. In den „Asyl“-Kirchen hingegen ist ganz etwas anderes am Entstehen.

Am BER wird weiter getrickst

Nordpier: Mehdorn führt Öffentlichkeit hinters Licht – Will Wowereit Fehler vertuschen?



Man ist sich einig: Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (l.) im fröhlichen Austausch mit BER-Chef Hartmut Mehdorn

Bild: pa

Während Hartmut Mehdorn zum Herbst eigentlich ein Gesamtkonzept zur Fertigstellung des Berliner Großflughafens vorlegen sollte, kommen vom BER nur kabarettreife Personalentscheidungen: Der Flughafenexperte Horst Amann wurde kaltgestellt, dafür drängt es ausgerechnet Klaus Wowereit nun wieder, die Oberaufsicht über Deutschlands „peinlichste Baustelle“ zu bekommen.

Erfolg auf ganzer Linie – so kann man zumindest aus Sicht von Hartmut Mehdorn die jüngste Entwicklung rund um den Pannenflughafen BER bezeichnen. Gewonnen hat Berlins Flughafenchef zum einen den Machtkampf mit dem Dauerrivalen Horst Amann. Der bisherige BER-Technikchef wechselt an die Spitze der flughafeneigenen Energie und Wasser GmbH. Was scheinbar nur eine Versetzung ist, kommt einer regelrechten Degradierung gleich: Mit Dienstantritt zum 1. November ist der Flughafenexperte zunächst einmal Chef einer Firma ohne Personal. Der wahrscheinliche Hauptgrund für diese Lösung: mit der firmeninternen Umsetzung braucht an Amann keine millionenschwere Abfindung gezahlt zu werden, die ihm bei einer kompletten Vertragsauflösung zustünde.

Während die Absetzung Amanns bereits lange absehbar war, ist eine kurzfristig angesagte Sensation zunächst ausgeblieben: Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) will allen Ernstes zurück an die Spitze des BER-Aufsichtsrats. Erst im Januar war er von diesem Posten abgelöst worden – nachdem der vierte Eröffnungstermin geplatzt war. Nachdem inzwischen auch Matthias Platzeck beim BER das Handtuch geworfen hat, scheint sich Wowereit auf der Dauerbaustelle wieder für unabkömmlich zu halten. Nach heftiger Kritik an seinen Comeback-Planungen hat er nun zunächst darauf verzichtet, sich formal als Vorsitzender bestätigen zu lassen.

Wowereits Drängen, auch wieder ganz regulär an der Spitze zu stehen, hat inzwischen breiten Spott auf sich gezogen, wurde gar als Größenwahn interpretiert. Plausibel ist allerdings auch eine andere Sichtweise: Wowereits Rückkehr ist aus Sicht der BER-Verantwortlichen die beste Garantie dafür, dass die Politik des Tricksens und Vertuschens beim Skandalprojekt weitergehen kann.

> Rätseln über die Rückkehr-Pläne des »Regierenden«

Wie weit sich die Öffentlichkeit nach wie vor täuschen lässt, wird an Mehdorns Projekt eines „kleinen Probebetriebs“ deutlich: Um die Abläufe am Flughafen zu testen, sollen vom Nordpier zunächst einmal nur zehn Flüge pro Tag abgefertigt werden, so Mehdorn. Wegen der enormen Kosten und notwendiger Umbauten am spartanisch ausgestatteten Nordpier haben sich die Medien ausführlich an dem Vorhaben abgearbeitet. Tatsächlich spricht einiges dafür, dass es Mehdorn mit seinem kostspieligen „kleinen Probebetrieb“ in Wahrheit um einen klammheimlichen Ausbau des Nordpiers geht.

Die Aufrüstung der Nebenanlage für „Testzwecke“ ist die ideale Staffage um zu verbergen, dass das Hauptgebäude des Flughafens falsch konzipiert wurde, vor allem zu wenig Abfertigungsschalter hat. Wowereits Erfahrungen könnten durchaus gefragt sein, wenn es gilt, derart grobe Planungsfehler unter der Decke zu halten. Etwa, wenn bei einer weiteren Kostenexplosion die Frage aufkommt, ob es nicht sinnvoller wäre, den BER-Bau einzustellen, oder die steuergeldverschlingende Dauerbaustelle lieber durch einen privaten Investor zu Ende bauen zu lassen.

Solche Forderungen könnten schneller auf der Tagesordnung stehen, als es sich viele Berliner und Brandenburger derzeit vorstellen können. Nach Angaben des Staatssekretärs Rainer Bretschneider, der anstelle des ehemaligen Brandenburger Ministerpräsidenten Platzeck neu in den Aufsichtsrat eingezogen ist, könnten die Kosten beim BER auf rund fünf Milliarden Euro steigen. Zur Erinnerung: 2004 war die Rede von 1,9 Milliarden Euro Baukosten. Mit den fünf Milliarden, die nun in Sichtweite sind, dürfte das Ende der Fahnenstange allerdings noch nicht einmal erreicht sein: Flughafenchef Mehdorn hat inzwischen einräumen müssen, dass jeder Monat, den sich die BER-Eröffnung weiter verzögert, 35 Millionen Euro zusätzlich kostet.

Die ausufernden Kosten waren auf der jüngsten Aufsichtsratssitzung der Flughafengesellschaft allerdings anscheinend ebenso wenig ein Thema, wie das, was Mehdorn eigentlich bis Herbst 2013 liefern sollte: ein Gesamtkonzept zur Eröffnung, samt Zeitplan und Eröffnungstermin. Nach dem, was sich bisher abzeichnet, scheint eine Eröffnung frühestens im Herbst 2015 möglich zu sein – wahrscheinlicher ist allerdings sogar ein Termin erst im Frühjahr 2016. Egal, welche Jahreszahl am Ende Realität wird, mit der jahrelangen Verspätung drängt sich eine Frage auf, die in der öffentlichen Diskussion um den Pannenflughafen erstaunlicherweise kaum eine Rolle spielt: Welche Bauruine wollten Politiker – allen voran Berlins „Regierender“ Klaus Wowereit – da im Mai 2012 eigentlich feierlich eröffnen?

Fast vergessen auch ein anderes absurdes Detail: Wenige Wochen vor der verschobenen Eröffnung gab es beim Berliner Senat tatsächlich ernsthafte Überlegungen, einen Antrag zu stellen, um die sogenannte Betriebspflicht für den Flughafen Tegel vorzeitig aufheben zu lassen. Wäre der übereifrige Vorschlag Realität geworden, würde Berlin vermutlich heute ohne eigenen Verkehrsflughafen dastehen. Der Großflughafen BER auf Jahre noch Baustelle – Tempelhof bereits vor Jahren dicht gemacht und als Krönung Tegel auf eigenen Antrag geschlossen. Die Wiedererlangung der Betriebserlaubnis für Tegel hätte ein komplett neues, langwieriges Genehmigungsverfahren nötig gemacht. *Norman Hanert*

Kolat gegen Residenzpflicht

Asylbewerber: Berlins Arbeitssenatorin will Bewegungsfreiheit

Immer neue Massen von Wirtschaftsflüchtlingen strömen nach Deutschland. Die Berliner Arbeitssenatorin Dilek Kolat (SPD) überlegt, wie sie noch mehr dieser Zuwanderer nach Berlin locken kann. Die meisten Mitgliedstaaten der EU sehen zu, dass sie die ungebetenen Gäste – vornehmlich Zigeuner aus Bulgarien und Rumänien sowie „Flüchtlinge“ aus Afrika – wieder loswerden. Entweder sie werden postwendend in ihre Herkunftsländer zurückbefördert oder man legt ihnen die Weiterreise nach Deutschland nahe.

Die „Residenzpflicht“ gemäß Paragraph 56 des Asylverfahrensgesetzes wurde 1982 eingeführt. Sie soll verhindern, dass abgelehnte und damit ausreisepflichtige Asylbewerber „untertauchen“ oder quer durch die Republik sich den Platz auswählen, der ihnen am meisten behagt und damit einzelne Regionen überlasten. Kolat, die mit dem Bundesvorsitzenden der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“, Kenan Kolat, verheiratet ist, rechtfertigt ihren Vorstoß: „Flüchtlinge werden diese Stadt auch künftig sehr beschäftigen.“ Dies träfe in dem Maße aber nur dann zu, wenn die Regierenden weiterhin abgelehnte Asylbewerber nicht in ihre angestammte Heimat zurückbringen lassen.

> Wirtschaft freut sich auf billige Arbeitskräfte

Weit wichtiger aus der Sicht der Wirtschaft ist Dilek Kolats zweite Forderung. Sie will das Arbeitsverbot für Neuankömmlinge in den ersten neun Monaten ihres Aufenthalts aufheben lassen. Natürlich freuen sich gerade solche Unternehmer darüber, deren Geschäftsmodell auf geringer Entlohnung aufbaut. Weitere Zuwanderer können das ohnehin schon sehr niedrige Lohnniveau in Deutschland weiter drücken.

Kolat will ihre Vorschläge nicht auf Berlin beschränkt wissen: „Berlin kann nicht das Flüchtlingsproblem der Bundesrepublik lösen.“ Dabei sollte die Hauptstadt eigentlich neue Maßstäbe mit einer konsequenten Abschiebepraxis setzen. Die Unterbringung der Wirtschaftsflüchtlinge in Sammelunterkünften und die Ausgabe von Sach- statt Geldleistungen könnte dazu beitragen, dass kaum noch bezahl- und unterbringbare Gäste einen großen Bogen um Berlin machen. Die leeren Kassen und die bereits spürbar überlastete Polizei wären gewiss dankbar.

Senatorin Kolat will jedoch in eine andere Richtung. Bei den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene mit der CDU solle die Abschaffung der Residenzpflicht erreicht werden. *H. Lody*

Berlin wieder hinten

Bildungsmonitor: Hauptstadt auf dem vorletzten Platz

Schon wieder landet Berlin bei einem Ländervergleich am unteren Ende: beim „Bildungsmonitor“. Der Monitor wird vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln (IW) im Auftrag der deutschen Arbeitgeberverbände durchgeführt. Er vergleicht die Bildungsqualität in den einzelnen Bundesländern.

Anhand von zwölf Hauptfeldern wie Schulqualität, berufliche Bildung oder Forschungsorientierung, die sich nochmals in 110 Einzelaspekte aufteilen, wurde eine Qualitätsreihenfolge der Bundesländer ermittelt. Ergebnis: Berlin ist erneut am hinteren Ende der Rangliste gelandet, aber immerhin konnte die „rote Laterne“ des Schlusslichts an Schleswig-Holstein abgegeben werden.

Die Arbeitgeberverbände treibt die Sorge um einen Mangel an Ingenieuren, Facharbeitern und Technikern um. Bis 2030 werden rund 1,8 Millionen von ihnen in den Ruhestand gehen. Die Rangliste zeigt auf, welche Länder besonders erfolgreich daran arbeiten, für Nachschub zu sorgen. Thüringen, Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg sind mit ihren leistungs- und praxisorientierten Bildungseinrichtungen in diesem Leistungsvergleich vorn zu finden. Die Zahl der Absolventen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Studienfächern hat sich dort zwischen 2000 und 2012 fast verdoppelt. Die Arbeitgeberverbände würdigen dies als vorbildlich.

> Schlusslicht ist das einst erfolgreiche Schleswig-Holstein

Andere Interessengruppe als die Arbeitgeber setzen die Prioritäten anders. Der Ausländerlobby etwa geht es in erster Linie um die Bildungserfolge ihrer Klientel. Die Internet-Publikation „MiGAZIN“ sieht aus diesem Grund Rheinland-Pfalz in dem Ranking vorn. Dort werde die Integration der ausländischen Schüler am besten gefördert. Das ländlich strukturierte Bundesland hat mit einem Ausländeranteil von 7,9 Prozent im Bundesvergleich aber auch besonders wenige Ausländer. Berlin, das im Bildungsmonitor und anderen Erhebungen schlecht abschnitt, hat von allen Bundesländern mit 14,1 Prozent mit den höchsten Ausländeranteil überhaupt.

Mit teils pittoresken Folgen: Unlängst klagten Eltern türkischer und arabischer Schüler vor dem Verwaltungsgericht, weil ihre Kinder wegen mangelhafter Leistungen das Gymnasium verlassen mussten. Der Grund für deren Scheitern sei, dass es zu wenige deutsche Kinder in ihrer Klasse gebe. Das Gericht wies die Klage ab. *Theo Maass*

Amazons Gier

Online-Buchhändler könnte von Freihandelszone von EU und USA profitieren

Der Internetriese Amazon breitet sich auf dem Buchmarkt unaufhaltsam aus und bringt mit Dumpingpreisen und -löhnen Buchhändler und Verleger gegen sich auf. Sollte durch das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU auch noch die Buchpreisbindung kippen, ist Amazon am Ziel aller Träume.

Als im Frühjahr dieses Jahres eine ARD-Reportage schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und einen zwielichtigen Sicherheitsdienst in einem Amazon-Versandlager aufdeckte, war die Empörung groß. Über soziale Netzwerke wie Facebook riefen Konsumenten zum Boykott gegen den Online-Händler auf. Für den US-Konzern war es kaum mehr als ein Nadelstich. Die Aufregung hat sich längst wieder gelegt. Mittlerweile dürften die Geschäfte wieder so gut laufen wie im Vorjahr, als allein der deutsche Amazon-Shop 6,5 Milliarden Dollar einbrachte und damit seinen Umsatz gegenüber 2011 um 21 Prozent steigerte. Eine ähnliche Steigerung wird trotz des Boykottaufrufs auch in diesem Jahr zu erwarten sein.

Amazon ist auf dem besten Weg den historisch gewachsenen Buchmarkt zu dominieren wie es in den USA schon der Fall ist. Dort sind bereits große Buchhandelsketten ins Trudeln geraten. Der größte Konzern, Barnes & Noble, schreibt tiefrote Zahlen und die zweitgrößte Kette, Borders Group, ging schon 2011 insolvent.

Um sich in Europa eine ähnliche Monopolstellung aufzubauen, ist Amazon jedes Mittel recht. Das fängt damit an, dass die europäische Firmenzentrale ihren Sitz in der Steueroase Luxemburg hat, wo man dank legaler Tricks beim Buchverkauf an Privatpersonen nur drei Prozent Umsatzsteuer abführen muss. Das verschafft dem Unternehmen von vornherein einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber hiesigen Buchhändlern, für die pro Buch der ermäßigte Steuersatz von sieben Prozent gilt. Wenigstens beim Verkauf der E-Books hat die Verlags- und Buchhändlerlobby bei der EU-Kommission einen Erfolg verbuchen können: Hier gilt auch für Amazon ab 2015 der Mehrwertsteuersatz jenes Landes, in dem der Artikel verkauft wird. Da E-Books von der EU nicht als Kulturgüter, sondern als Software verstanden werden, gilt für sie der normale Steuersatz, in Deutschland also 19 Prozent.

Frankreich will mit »Lex Amazon« Rabatte verbieten

Wenigstens in Sachen E-Book hofft der Buchhandel auf Chancengleichheit. Dem neuen Medium hat man es zu verdanken, dass die Umsätze nicht so katastrophal wegbrachen, wie es sonst beim reinen Buchverkauf der Fall gewesen wäre. Da seit zwei Jahren die Umsätze sinken, hofft die Branche auf das E-Book wie auf einen Erlöser. Zwar liegt der Anteil der elektronischen Bücher am Gesamtumsatz bislang erst bei zwei bis drei Prozent, doch ein Blick in die USA, wo der Anteil bei über 20 Prozent liegt, lässt zukünftige Riesengewinne erwarten.

Doch auch hier hat Amazon die Nase vor. Sein E-Reader Kindle ist bereits Marktführer, und wer ein E-Book auf diesem Reader lesen will, muss es zwangsläufig bei Amazon bestellen, da E-Books anderer Anbieter auf dem Kindle nicht zu lesen sind.

Da bei E-Books keine Preisbindung gilt, hatte Amazon vor Kurzem eine Preisattacke vorgenommen und mit 20 Titeln für je zwei Euro geworben. Ähnliche Rabattoffensiven versucht das Unternehmen stets aufs Neue auch bei preisgebundenen Buchtiteln. Jetzt will Frankreich mit einer „Lex Amazon“ ein Gesetz rückgängig machen, wonach es Versandhändlern seit 1981 erlaubt war, Preisnachlässe von fünf Prozent oder kostenlosen Versand anzubieten.

Amazon verkraftet solche Rückschläge leicht. Mit dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA hofft man auf den totalen Triumph: das Ende der Buchpreisbindung. Was für europäischen Buchhändler und Verleger eine Schutzfunktion ist, bedeutet für Amazon ein Handelshemmnis. Frankreich fordert, dass der Bereich Kultur und Medien bei den Freihandels-Verhandlungen ausgeklammert wird. Die Bundesregierung hat das bislang nicht unterstützt. *Harald Tews*



Amazon-Lager: Der US-Konzern ist in die Kritik geraten, weil er Leiharbeiter zu Dumpinglöhnen beschäftigt Bild: action press

Zeitzeugen



Bild: action press

Jeff Bezos – In Brad Stones jüngst erschienener Biografie über den Amazon-Gründer wird der 49-jährige US-Amerikaner, dessen Vermögen auf 25 Milliarden Dollar geschätzt wird, als von Gier und Erfolgssucht getriebener Unternehmer beschrieben, der weniger Bücher, denn Zahlen liebt. Hauptsache sein 1994 gegründetes Unternehmen wächst. Längst bietet Amazon neben Büchern auch Elektroartikel, Koffer, Schuhe, Uhren und sogar Lebensmittel an. Im August kaufte Bezos für 250 Millionen Dollar die schwächelnde, aber renommierte Zeitung „Washington Post“. Das Meinungsmonopol im Mediengeschäft dürfte sein nächstes Ziel sein.

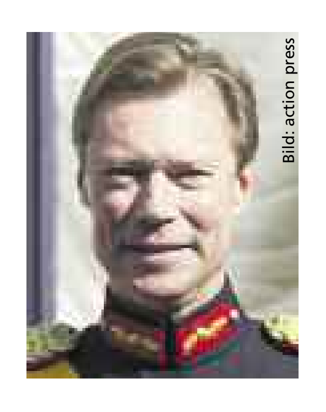


Bild: action press

Großherzog Henri von Nassau-Weilburg – Der seit 2000 amtierende Großherzog von Luxemburg steht dem dank hoher Steuereinnahmen am niedrigsten verschuldeten Land Europas vor. Mit sieben Prozent erhebt es die niedrigsten Unternehmenssteuern auf geistiges Eigentum, was zahlreiche Firmen wie Amazon anlockt, die von dem Steuerparadies profitieren. Es wird geschätzt, dass Amazon durch legale Steuertricks mit Tochtergesellschaften in Luxemburg schon über zwei Milliarden Euro eingespart hat.

Christopher Schroer – Der Verleger hatte in einem offenen Brief an Jeff Bezos seine Zusammenarbeit mit Amazon gekündigt. Grund waren die „katastrophal schlechten Konditionen“, die der Onlineriese ihm als Kleinverleger von Kunstbüchern biete. So kritisiert er vor allem den Rabatt von 50 Prozent, den Amazon von den Verlegern beim Weiterverkauf von Büchern verlange. Wegen der aggressiven Rabattpolitik hatte bereits der Diogenes Verlag über mehrere Monate seine Bücher nicht über Amazon vertreiben lassen. In den USA haben sich schon einige Verlage in die Knie zwingen und sich über verlorene Rabattschlachten die Buchpreise von Amazon diktieren lassen.



Bild: action press

Neelie Kroes – Die niederländische Politikerin der wirtschaftsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie ist seit 2010 EU-Kommissarin für die Digitale Agenda. Bei Amtsbeginn wollte sie sich dafür einsetzen, dass E-Books auf jedem Lesegerät zu lesen und auf dem Kindle auch Amazon-fremde Bücher zu laden sind. Geschehen ist bislang nichts.

Buchhandel kämpft gegen Wandel an

Der traditionelle Buchmarkt steht inmitten eines revolutionären Umwälzungsprozesses. Ging man früher in die Buchhandlungen, um sich über Neuerscheinungen zu informieren, reicht heute ein Mausklick. Wohl in keiner anderen Branche kann man das gesamte Katalogangebot zu Hause bequem vom Sessel aus überblicken. Dass dieses veränderte Konsumverhalten Auswirkungen auf den Buchmarkt haben muss, liegt auf der Hand. Nach Schätzungen des „Buchreports“ wird hierzulande schon fast jedes vierte Buch über Amazon verkauft.

Dieser Konkurrenz ist kaum eine Sortimentsbuchhandlung gewachsen. Mit E-Books, dem Weihnachtsgeschäft von Büchergeschenken und Bestsellern wie

Statt Bücher Verkauf von DVD und CD

„Shades of Grey“ hält man sich über Wasser. Trotzdem wird zum Beispiel Deutschlands größter Filialbuchhändler, die Thalia Gruppe, 20 seiner knapp 300 Filialen schließen müssen. Hugendubel, Weltbild und – vor allem – kleineren Buchhandlungen geht es nicht viel besser.

Um nicht ganz vom Markt zu verschwinden, setzen diese Unternehmen verstärkt auf „Lifestyle-Welten“ mit Kaffee-Bars und den Verkauf von DVD, CD, Spielen und Geschenkartikeln. Bei Thalia machen diese „Non-Book“-Produkte bereits 25 Prozent des Umsatzes aus. Die Zukunft für reine Qualitätsbuchhandlungen sieht düster aus. Es könnte wie in Frankreich kommen, wo neue Bücher – außer im Internet – größtenteils nur in Bahnhofsbuchhandlungen oder Supermärkten zu beziehen sind. Da sich Studenten verstärkt im Internet kostenlose Literatur über zeno.org oder archive.org besorgen, verschwinden auch in den Universitätsstädten nach und nach die Fachbuchhandlungen. Die schöne neue Bücherwelt wird digital sein. *tws*

Auf Schnäppchenjagd

Wie Hobby-Antiquare im Internet die Buchpreise verderben

Der Amazon-Kunde konnte es kaum fassen: Eine noch eingeschweißte, verlagsfrische Dünndruck-Ausgabe von „Don Quijote“ aus dem Winkler Verlag für 25 statt 52,90 Euro. Ist jetzt die Preisbindung aufgehoben oder etwas anderes faul an dem Schnäppchen? Nein, das Buch wurde auf der Amazon-Plattform Marketplace angeboten, wo private, aber auch professionelle Händler gebrauchte Bücher anbieten. Auf diesem virtuellen Flohmarkt kann jeder registrierte Nutzer alte Bücher noch zu Geld machen, die sonst reif für das Altpapier sind. Tatsächlich bieten viele auch Literatur an, die als Geburtstags- oder Werbegeschenk im Regal gelandet, aber nie gelesen worden sind. Mittlerweile dürften es Zehntausende Hobby-Händler sein, die auf diese Weise Antiquariaten und Buchhandlungen zusätzlichen Konkurrenzdruck bieten, indem sie zum Teil noch ungeöffnete Bücher als Gebrauchtware zu einem Schnäppchenpreis ins Netz stellen.

Außer den Buchhändlern, die auf ihrer preisgebundenen Ware sitzen bleiben, haben alle etwas davon: Der Käufer freut sich über ein Schnäppchen, der Verkäufer über einen kleinen Gewinn, den er allerdings versteuern muss, und erst recht Amazon. Der Marketplace-Anbieter verdient kräftig mit. So erhält der Verkäufer des „Don Quijote“-Buchs am Ende eine Gutschrift

Das europäische Erbe der Buchkultur wird ausgehöhlt

von 21,39 Euro überwiesen, von der dann auch noch die Versandkosten beglichen werden müssen.

Viel wichtiger für Amazon ist, dass über diesen Gebrauchtmarkt das europäische Erbe der Buchkultur zusätzlich ausgehöhlt wird. Die Amazon-Strategie ist klar: absolute Marktmacht anstreben, Buchpreisbindung aufheben und Preise selbst bestimmen. Und die Flohmarkt-Politik ist ein Mittel dazu, dieses Ziel anzustreben. So bietet Amazon auf der Marketplace-Plattform besonders professionellen Händlern Privilegien, die über kostenpflichte Monatspauschalen von den Verkaufsgebühren je Buch befreit werden. Dank gutgeschriebenen hohen Portogebühren machen sie selbst dann einen Gewinn, wenn sie Bücher für nur einen Cent ins Netz stellen. Wer für diesen Preis ein neuwertiges Buch erwerben kann, das nicht als Remittende abgestempelt ist, und dieses dann sogar mittels Lieferkooperationen mit Amazon-Versandlagern schon am Tag nach der Bestellung geliefert bekommt, wird sich den Weg in die Buchhandlung sparen.

Damit diese „Power“-Anbieter ihre Ware im Internet nirgends günstiger als bei Amazon anbieten, müssen sie sich einer Paritätsklausel unterwerfen. Weder bei Ebay noch bei anderen Internet-Verkaufsplattformen wie hood.de oder booklooker.de darf es billiger verkauft werden. Derzeit prüft das Bundeskartellamt, ob die Klausel gegen die Wettbewerbsfreiheit verstößt. Ehemals konkurrierende Onlinemarktplätze für Bücher wie AbeBooks oder das Zentrale Verzeichnis Antiquarischer Bücher (ZVAB) hat Amazon bereits als Tochterunternehmen einverleibt. Die Auswahl für Bücherfreunde wird kleiner. *tws*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4729**

Die Zukunft verschlafen

Nicht nur Deutschlands Verkehrsnetz, auch die digitale Infrastruktur fällt international zurück

Es geht um Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit und es sollte daher oberste Priorität haben, doch bisher haben nur 55 Prozent der Haushalte einen schnellen Internetzugang. Bei der Verbreitung des mobilen Breitbandes befindet sich Deutschland sogar im internationalen Vergleich noch hinter Kasachstan, wie das „Handelsblatt“ vor Kurzem vermeldete.

Was wurde der scheidende Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) belächelt, als er im Mai aus Kalifornien zurückkehrte und sich zu dem Ausspruch hinreißen ließ, er wolle den „Spirit“ von Silicon Valley nach Deutschland holen. Wenn es um den Ausbau der digitalen Technik geht, so bedarf Deutschland dringend der Inspiration von außen. Denn längst besteht das Internet aus mehr als dem Verschicken von E-Mails und der Erlangung von Informationen. Auch betrifft es nicht nur die Privathaushalte, die sich derzeit darüber ärgern, dass mehrere große Telekommunikationsunternehmen nach Nutzung eines vertraglich festgelegten Datenvolumens die Internetgeschwindigkeit drastisch drosseln, so dass beispielsweise das Abspielen eines Films aus einer Online-Videothek nicht mehr störungsfrei möglich ist.

Immer mehr Firmen nutzen das Netz und sind darauf angewiesen, dass ihre Daten schnell genug von A nach B übertragen werden. In einer Welt, in der inzwischen sogar Traktoren Daten versenden und Lager selbstständig Nachschub ordern, Kundendaten auf sogenannten Clouds bei fremden Unternehmen auf Servern lagern und von dort schnell abgefragt werden müssen und ganze Maschinenparks via Internet miteinander kommunizieren, ist eine schnelle Datenübertragung enorm wichtig. Und vor allem wird sie noch wichtiger, denn die Welt vernetzt sich immer mehr. Da ist es keineswegs rühmlich, dass Deutschland bisher diese digitale Infrastruktur genauso vernachlässigt hat wie seine Straßen. Während auf letzterer die Waren transportiert werden, nimmt die Bedeutung der Datenautobahnen bei der Produktion, aber auch bei der Lieferung immer mehr zu. Die Informationstechnologie gilt als sogenannte Querschnitttechnologie, weil sie fast alle anderen Branchen beeinflusst. Ohne Internet ist auch diese Zeitung nicht mehr zu produzieren. Fotos werden bei Bildagenturen online gekauft, die fertige Zeitung wird digital an die Druckerei geschickt.



Keine Science-Fiction mehr: Mit einem kleinen Tablet-PC kann man ganze Gewächshäuser steuern Bild: Ullstein

Ein schnelles Internet wird immer wichtiger, da es immer mehr Teil der Produktionsabläufe wird. Daher hat Noch-Wirtschaftsminister Rösler auch eine Studie beim TÜV Rheinland und der TU Dresden in Auftrag gegeben, deren Ziel die Ermittlung der Kosten für einen vollständigen Ausbau des Breitbandens, also eines schnellen Internets, war. Doch die „50 Mbit/s für alle“ sind deutlich teurer als „Freibier für alle“. Würde man alle deutschen Haushalte mit Glasfaserkabeln versorgen, kostete das 93 Milliarden Euro. Eine nicht nur auf Kabel, sondern auch auf Funk setzende Breitbandtechnologie wäre dagegen deutlich günstiger. So rechnen die Studienmacher mit 20 Milliarden Euro, wobei der Anschluss der letzten fünf Prozent der Haushalte, die fernab großer Siedlungen sind, alleine acht Milliarden Euro verschlingen würde.

Diese Kosten wollen aber die Telekommunikationsunternehmen nicht alleine tragen. Sie sehen sich von der Politik, hier vor allem aus Brüssel, gegängelt. „Im Gegensatz zu den USA hat Europa bis heute nicht verstanden, dass ohne wettbewerbsfähige Telekommunikations- und Internetbranche auch der industrielle Kern Europas an seiner Wettbewerbsfähigkeit verliert“, klagt Timotheus Höttges, Finanzvorstand und künftiger Vorstandschef der Deutschen Telekom im „Handelsblatt“. Niedrige Preise und Verbraucherschutz seien der Politik wichtiger als zukunftsweisende Investitionen, kritisiert die ganze Branche und verweist auf den Umstand, dass es in den USA bei 300 Millionen Einwohnern nur fünf nationale Netzbetreiber gebe, die aufgrund ihrer Größe auch dementsprechend Geld investieren können. In Europa, mit seinen 510 Millionen Einwohnern, gebe es hingegen 200 nationale Netzanbieter. Diese würden zudem nur insgesamt zehn Prozent des weltweiten Umsatzes in ihrer Branche generieren. Als Beispiel für die geschäftsschädigenden Regulierungen aus Brüssel nennt die europäische IT-Branche den gesetzlich festgelegten Wegfall der Roaming-Gebühren, sprich die Gebühren für Handygespräche und Nachrichten im Tarif-Ausland. Ein Einnahmewegfall von sieben Milliarden Euro würde so entstehen, Geld, das für den auch inzwischen von der Politik geforderten Breitbandausbau fehlen würde.

Für Neellie Kroes, EU-Kommissarin für die Digitale Agenda, sind all das nur faule Ausreden. Sie ist überzeigt, Europas Telekommunikationsunternehmen hätten an Innovationskraft verloren und würden alte Geschäftsmodelle verteidigen. Aber auch die Niederländerin beklagt, dass Europa in zig „nationale Telekom-Fürstentümer“ aufgeteilt sei, was einen europaweiten Ausbau des Breitbandes erschwere. Dass es in Europa so viele Telekommunikationsunternehmen gibt, ist allerdings nicht nur eine Folge des Fehlmanagements in den Konzernen selber, sondern ist auch mit bedingt durch die Politik der EU und der nationalen Regierungen.

Und während sich derweil die verschiedenen Parteien gegenseitig die Schuld zuschieben, vollziehen sich die Innovationen anderswo. Allerdings soll der Ausbau des Breitbandes auch ein Thema bei den Verhandlungen zur Großen Koalition sein. Wie viel die neue schwarz-rote Regierung bereit ist, den Telekommunikationsunternehmen dazuzugeben, wird sich demnächst zeigen. Die von Rösler bestellte Studie nennt zwei Milliarden Euro als Minimum. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

37 Attacken gegen Soldaten

Berlin – „Der Bundeswehr sind seit 2010 insgesamt 37 Vorfälle bekannt geworden“, so die Bundesregierung, „bei denen Bundeswehrangehörige aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Bundeswehr Ziel von Angriffen oder zumindest der Androhung von Gewalt geworden sind.“ Die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ hatte zuvor die Bundesregierung gefragt, ob ihr bekannt sei, wie häufig Bundeswehrangehörige hierzulande Attacken wegen ihres Berufes ausgesetzt seien. Doch die genannten Vorfälle sind nur bedingt aussagekräftig. Oft genug werden Angriffe auch nur der Polizei und nicht der Bundeswehr gemeldet. Die Polizei nimmt die Fälle zwar in ihrer Kriminalitätsstatistik auf, die ist jedoch nach Berufsgruppen gegliedert, den Beruf des Soldaten nennt sie aber nicht. *Bel*

Gegen kriminelle Ausländer

Köln – Mit seiner Forderung, offener über die Kriminalität von Ausländern und Deutschen mit Zuwanderungshintergrund zu sprechen, macht sich der pensionierte Leiter der Abteilung für Organisierte Kriminalität in Köln, Egbert Bülles, derzeit keine Freunde. Sein Buch „Deutschland, Verbrecherland? Mein Einsatz gegen die organisierte Kriminalität“ sorgt nicht nur in seinen ehemaligen Kollegenkreisen für Unmut, auch die Medien halten sich zurück. Wohl auch, weil der 67-Jährige die Behauptung aufstellt, dass der Ausländeranteil der organisierten Kriminellen bei 80 Prozent liegt. Und so klagt der ehemalige Oberstaatsanwalt nach 36 Jahren Berufserfahrung laut „Focus“ nicht nur über den „überforderten Justizapparat, lasche Richter, politische Quertreiber“ und eine unzureichende Gesetzeslage, sondern auch über die Folgen einer falschen Zuwanderungspolitik. *Bel*

Symboltruppe vor dem Aus?

Pariser Sparzwänge gefährden Deutsch-Französische Brigade

Nicht nur die deutsche Bundeswehr, auch die französischen Streitkräfte unterliegen einschneidenden Sparzwängen. Nun könnte es sogar die letzte in Deutschland stationierte französische Einheit treffen, das traditionsreiche 110. Infanterie-Regiment. Damit allerdings wäre wohl zugleich das Schicksal der Deutsch-Französischen Brigade besiegelt, denn das Regiment mit Standort Donaueschingen bildet ein Kernelement von deren französischer Komponente. Die im Oktober 1989 aufgestellte binationale Infanteriebrigade mit einer Stärke von über 5000 Mann ist in Standorten in Deutschland und Frankreich stationiert. Sie besteht aus drei deutschen und zwei französischen Verbänden sowie einem gemischten Versorgungsbataillon und dem Brigadestab mit Sitz im badischen Müllheim. Der Großverband gehört zum multinationalen Eurokorps in Straßburg, truppendienstlich ist der deutsche Anteil jedoch direkt dem Heereskommando unterstellt.

Deutsche und französische Verteidigungspolitiker preisen die Brigade unisono als „erfolgreiches Projekt europäischer Freundschaft“ und „wichtiges Element von europäischer Kooperation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Sie sei „Ausdruck gelebter Freundschaft und enger Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich“ und stelle „das Vermächtnis von Präsident François Mitterand und Bundeskanzler Helmut Kohl“ dar. Als Symbol der Militärkooperation sei die Deutsch-Französische Brigade „von unschätzbarem Wert“. Das sei aber auch schon alles, wenden Kritiker ein, denn die Einsatzfähigkeit des „kostspieligen Paradetruppenteils“, der einmal im Jahr bei der Truppenschau auf den Pariser Champs-Elysées seine große Stunde habe, sei begrenzt.

> Operativer Nutzen des Großverbandes ist nur gering

Tatsächlich hat die Brigade trotz der nunmehr fast 25 Jahre ihres Bestehens kaum militärische Meriten vorzuweisen, denn sie ist noch nie geschlossen im Einsatz gewesen. Von 1996 bis 1998, von Juni 2000 bis Januar 2001, von November 2002 bis Mai 2003 und von Januar bis Juni 2009 waren jeweils Teile der ihr unterstellten Bataillone auf dem Balkan sowie von Juli 2004 bis Januar 2005 in Afghanistan im Einsatz. Ansonsten weist die Brigadechronik die Teilnahme an Übungen und Hochwassereinsätzen sowie protokollarische Ereignisse auf. Der Hauptgrund für diese magere Einsatzbilanz sind unterschiedliche sicherheitspolitische Ziele in Paris und Berlin und, daraus resultierend, der fehlende gemeinsame Wille. Es ist auch die grundsätzlich unterschiedliche Auffassung vom Militär als Mittel der Außenpolitik, die einen geschlossenen Einsatz der Brigade bisher verhindert hat. Während beispielsweise der französische Präsident Truppen ohne Zustimmung des Parlaments in Marsch setzen kann, muss die Bundesregierung zuvor ein genau präzisiertes Mandat des Bundestages herbeiführen. Zudem ist das sicherheitspolitische Interesse Frankreichs anders als das deutsche auf Afrika fokussiert.

Damit ist der symbolträchtige Großverband dazu verdammt, ein Dasein als Ausbildungs- und Übungseinheit von hohem politischem aber von nur eingeschränktem operativen Nutzen zu führen. Kein Wunder also, dass die Militärs in Paris daran denken, hier zu sparen. Selbst wenn die traditionsbewussten Franzosen das 1692 aufgestellte 110. Regiment nicht auflösen, sondern lediglich in die Heimat zurückverlegen würden, wäre das deutsch-französische „Leuchtturmprojekt“ wohl gescheitert. *J.H.*

MELDUNGEN

Peitschenhiebe wieder möglich

Bandar Seri Begawan – Das ostasiatische Sultanat Brunei hat die Einführung eines neuen Strafrechts gemäß der islamischen Scharia-Rechtsprechung angekündigt. Die Änderung stellt eine Abkehr von dem bisher zweigleisigen Rechtssystem Bruneis dar, das noch bis 1984 britisches Protektorat war. Während das Zivilrecht bisher stark an das Vorbild der ehemaligen Kolonialmacht angelehnt war, galt für einzelne Bereiche wie dem Erbrecht schon bisher die islamische Scharia. Mit der Justizreform werden im Sultanat künftig Strafen wie die Amputation von Gliedmaßen für Diebstahl und Peitschenhiebe für Alkoholkonsum eingeführt. *N.H.*

Bulgarien baut Mauer

Sofia – Bulgarien plant die Errichtung einer 30 Kilometer langen und drei Meter hohen Mauer entlang der Grenze zur Türkei. Entstehen soll die Grenzanlage bei Elhowo, wo derzeit unzählige aus Syrien stammende illegale Einwanderer über die Grüne Grenze nach Bulgarien eindringen. Nach Daten der EU-Grenzschutzbehörde Frontex haben verstärkte Kontrollen in Griechenland dazu geführt, dass die Zahl illegaler Übertritte an der griechisch-türkischen Grenze gesunken ist. In Sofia wird nun befürchtet, dass infolge dieser Entwicklung die Zahl der syrischen Asylbewerber auf bulgarischem Territorium bis zum Jahresende auf rund 11000 ansteigen wird. „Wenn wir die Flüchtlingsströme nicht unter Kontrolle bekommen, werden wir eine humanitäre Krise erleben, die unser ganzes Sozialsystem durcheinanderbringen würde", warnt der bulgarische Innenminister Tzvetlin Yovshev. Auch befürchtet er einen Anstieg organisierter Kriminalität und das Eindringen von Terroristen. *N.H.*

Euro-Austritt als letzte Chance?

Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit wird immer schlechter – Regierung kopiert Front National

Nach der deutschen Wiedervereinigung war Frankreichs damaliger Präsident François Mitterand die treibende Kraft zur europäischen Währungsunion. Wird François Hollande, Mitterands sozialistischer Nachfolger im Elysée-Palast, nun derjenige sein, der das Ende des Euro einläutet?

Es ist schon ein sehr besonderes Geburtstagsgeschenk, das Frankreichs Industrieminister Arnaud Montebourg dem Euro gemacht hat. Fast genau zum 20. Geburtstag des Maastricht-Vertrages, der am 1. November 1993 unterzeichnet worden war, fordert Montebourg an die Adresse der Europäischen Zentralbank (EZB), der Euro müsse „italienischer, dafür aber weniger deutsch" werden. Dass derlei den meisten Medien in Deutschland kaum eine Meldung wert war, dürfte gute Gründe haben. Montebourgs Äußerung bringt so offen wie nur selten auf den Punkt, was von dem zu halten ist, was vor 20 Jahren in Maastricht unterschrieben wurde, vor allem aber den Deutschen versprochen worden war. Montebourgs dreiste Forderung, den Euro endgültig in eine neue Variante der schwindsüchtigen Lira zu verwandeln, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine politische Bankrotterklärung. Frankreichs Wirtschaft hat es unter den Bedingungen der Währungsunion nicht geschafft, so wettbewerbsfähig wie die deutsche Konkurrenz zu werden.

Im Nacken sitzen dem Industrieminister und seiner Parti Socialist allerdings nicht nur die desaströse Wirtschaftslage Frankreichs. Noch entscheidender dürfte sein, dass Präsident Hollande kaum noch Chancen hat, ein zweites Mal in den Elysée-Palast einzuziehen. Von der Schwäche der Sozialisten profitiert zudem nicht der übliche Konkurrent, die gaullistische UMP, sondern die Front National (FN). Die Partei von Marine Le Pen ist auf dem besten Weg, in Frankreich zur stärksten Partei zu werden.

Wie düster inzwischen die Aussichten für die Sozialisten sind, machen aktuelle Umfragewerte deutlich. Demnach halten 46 Prozent die FN-Chefin für den besten Herausforderer von Präsident Hollande. Weit abgeschlagen sind die Kandidaten der UMP. In den kommenden Kampf um die Macht gehen die Sozialisten freilich unter miserablen Bedingungen: Die linkspopulistische Wirtschaftspolitik Hollandes ist seit seiner Machtübernahme im Rekordtempo entzaubert worden, dazu laufen bisherige Wähler der Parti Socialist in Scharen zur FN über.

Einen Hinweis, wie die Sozialisten dem Abwärtsstrudel entkommen wollen, liefern die Vorgänge um die Abschiebung einer Roma-Familie in den Kosovo, die vom französischen Innenminister Manuel Valls durchgesetzt wurde. Während der Elysée-Palast angesichts von Protesten bereits in Panik verfallen war und die Abschiebung rückgängig machen wollte, blieb der Innenminister hart. „Die Roma-Familie habe in Frankreich nichts zu suchen, auch wenn protestierende Oberschüler das fordern", so Valls. Die Haltung hat sich ausgezahlt: Laut einer Umfrage stimmen 65 Prozent der Franzosen der Abschiebung zu. Mit seiner Politik, die teilweise Eins-zu-Eins bei der FN abgeschaut sein könnte, wird Valls zunehmend zur treibenden Kraft im Kabinett Hollandes.

Bei Roma-Frage von Le Pen abgeschaut

Verliert Hollandes übrige Ministerriege noch weiter an Zustimmung, ist durchaus denkbar, dass die Sozialisten noch eine weitere Anleihe bei der FN nehmen: Frankreichs Ausstieg aus dem Euro. Ein Szenario, für das inzwischen die Wortschöpfung „Frexit" (French exit) steht. Was angesichts aktueller Forderungen nach einem „italienischen" Euro derzeit noch weit hergeholt erscheint, frisst sich als Idee längst in den Kern der politischen Elite Frankreichs. Für erheblichen Wirbel sorgt derzeit etwa das Buch „Das Ende des europäischen Traumes" von François Heisbourg. Der Grundgedanke des ehemals überzeugten Euro-Anhängers: Der Euro muss beendet werden, bevor das „Projekt EU" Schaden nimmt. Heisbourg vergleicht den Euro mit nichts weniger als einem „Krebsgeschwür", das entfernt werden muss, um die EU vor dem Untergang zu retten.

Dem Buch kommt Signalwirkung zu. Heisbourg ist kein politischer Außenseiter, sondern Teil des politischen Establishments in Paris. Der Professor war hochrangiger Mitarbeiter im Pariser Außenministerium und stand später an der Spitze der renommierten Denkfabrik „International Institute für Strategic Studies" (IISS).

Dass inzwischen nicht nur bei der FN, sondern auch bei etablierten politischen Kräften über ein Verlassen der Währungsunion nachgedacht wird, macht nicht nur im Kampf um die politische Macht in Frankreich Sinn. Ersetzt man den Begriff vom „Projekt EU" durch eine Konstante der französischen Außenpolitik, nämlich das „Droit de regard" – das angemaßte Mitspracherecht in Bezug auf Deutschland – dann ist der Euro aus Pariser Sicht auch hier gescheitert. Von Mitterand war der Euro dazu geplant, die deutsche Wirtschaftskraft zu schwächen. Inzwischen ist aber unübersehbar, dass Frankreich selber in der von ihm gestellten Euro-Falle gefangen sitzt. *Norman Hanert*



Ratlos: Industrieminister Arnaud Montebourg (l.) und Präsident François Hollande Bild: pa

Späte Rechnung

Karibische Staaten wollen London, Paris und Den Haag verklagen

Teuer zu stehen kommen könnte Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich ihre koloniale Vergangenheit. Vertreter der Karibischen Gemeinschaft (Caricom) haben vor der UN-Vollversammlung eine Klage gegen die drei Staaten angekündigt, bei der am Ende Entschädigungszahlungen von mehreren Milliarden Euro stehen könnten. Konkret prüfen die 14 Caricom-Staaten derzeit, ob sie vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag Reparationszahlungen für die Folgen von Sklaverei auf ihrem Territorium einklagen können.

Die beschuldigten westeuropäischen Staaten sind gut beraten, die Caricom-Ankündigung ernst zu nehmen. Es handelt sich um mehr, als das sonstige politische Gepolter, mit dem vor der Uno Forderungen für mehr Entwicklungshilfe untermauert werden. Immerhin hat die renommierte Londoner Anwaltskanzlei Leigh Day, die in Menschrechtsprozessen als überaus erfolgreich gilt, den Auftrag zur Klagevorbereitung erhalten. Erst unlängst hat die Kanzlei Entschädigungen für Kenianer erstritten, die während des sogenannten Mau-Mau-Aufstandes während der 50er Jahre durch britische Kolonialbeamten gefoltert worden waren.

Sollte die Klage der karibischen Staaten in Den Haag Erfolg haben, wäre es abermals Großbritannien, das für seine Vergangenheit finanziell massiv zur Rechenschaft gezogen würde. Von den 14 Mitgliedsländern der Caricom waren vor ihrer Unabhängigkeit zwölf Staaten – wie etwa Belize und Barbados – britisches Kolonialgebiet. Lediglich Haiti und Surinam standen unter französischer beziehungsweise niederländischer Herrschaft.

Folgen der Sklaverei wirken angeblich bis heute nach

Doch der Anspruch der potenziellen Kläger ist umstritten. Zwar hat die Ära der Sklaverei, in der die drei Länder verstrickt waren, fast 400 Jahre angedauert, inzwischen ist aber geraume Zeit verstrichen. Die Strategie der Kläger könnte deshalb vor Gericht darauf abzielen, die möglichen Auswirkungen der Sklaverei auf die heutigen Bewohner zu beweisen.

Nach Angaben von Martyn Day, Mitbegründer der Kanzlei Leigh Day, werden derzeit ökonomische Auswirkungen auf die Karibik-Bewohner geprüft, etwa die Unmöglichkeit, über Generationen Vermögen aufzubauen, oder aber gesundheitliche Folgewirkungen. Fast noch schwieriger dürfte es fallen, eine angemessene Entschädigungssumme zu finden. Zwar weigert sich die Kanzlei, Zahlen zu nenne, einige Medien sprechen aber bereits von mehr als 200 Milliarden Euro.

Aber selbst bei Abweisung der Klage droht den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande immerhin ein erheblicher moralischer Ansehensverlust, denn es ist äußerst widersprüchlich in Fragen von Menschenrechten und der Vergangenheitsbewältigung selbst gern mit erhobenem Zeigefinger andere zu belehren, eine Verantwortung für die eigene nationale Vergangenheit aber finanziell abzulehnen. Auf nichts anderes scheint es nach den ersten Reaktionen hinauszulaufen: Die Regierungen Großbritanniens, der Niederlande und Frankreichs haben Reparationszahlungen für ihre Sklavenhalter-Ära abgelehnt. Vor allem Frankreichs sozialistischer Präsident François Hollande könnte jedoch mit seiner Ablehnung gegenüber der eigenen linken Stammwählerschaft in Erklärungsnot geraten. *N.H.*

Unabhängigkeit nur Trugbild

Ex-Kfor-Kommandeur über die wahre Lage im Kosovo

Am 3. November finden im Kosovo Kommunalwahlen statt, die von Kosovo-Albanern gestört werden könnten, um Serbiens guten EU-Fortschrittsbericht zu vermiesen. Die Kosovo-Serben wollen wiederum die Wahl boykottieren, um die „Unabhängigkeit" des albanisch dominierten Kosovo zu behindern. Beide Seiten erschweren sich gegenseitig das Zusammenleben, wie Generalmajor Erhard Drews weiß, der von 2011 bis 2012 Kommandeur der internationalen Kosovo Force (Kfor) war. Drews ist ein loyaler Militär, aber auch ein kritischer Staatsbürger. Seine Erfahrungen und Erkenntnisse dieses Einsatzes trug er unlängst in Bonn vor 120 sachkundigen Hörern vor. Nach 14 Jahren internationaler Präsenz im Kosovo hätten sich die Rahmenbedingungen dort nicht grundsätzlich geändert, jüngste Abmachungen zwischen Pristina und Belgrad bewirkten wenig, Probleme seien weiterhin ungelöst in „dynamischer Stagnation". „Chancen wurden vertan", so Drews. „Wir hätten uns auf Jahrzehnte einrichten sollen, wenigstens auf Jahre."

Das Kosovo leide an Defiziten bei Souveränität, Regierung und Verwaltung. Seine einseitige Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008 widerspräche der (noch gültigen) UN-Resolution 1244 von 1999, die das Kosovo als Teil Serbiens sieht, in dem die Kfor für Sicherheit und Ordnung sorgen sollte. 50000 Soldaten aus 40 Ländern zählte diese 1999, Drews hatte noch 5500 Mann aus 29 Ländern unter sich. 105 UN-Staaten haben das Kosovo anerkannt, das wegen des Vetos Chinas und Russlands selber nicht in die UN aufgenommen wurde. Allerdings haben auch fünf EU-Staaten das Kosovo bisher nicht anerkannt, so dass der Druck der EU auf Serbien verpufft.

Nato-Einheiten halten stets verfeindete Parteien auseinander

Die internationale Gemeinschaft interessiere sich kaum noch für das Kosovo, was die dortige Gewaltbereitschaft steigere, bedauert Drews. Temporäre Ruhe sei trügerisch. Drews berichtet, dass die Kosovo-Serben „um keinen Preis" unter die Verwaltung von Pristina kommen wollten, Albaner fänden sich nur bedingt mit der „de facto-Zweistaatlichkeit des Kosovo" ab. Die Kfor müsste im Grunde „ewig" bleiben, um beide Seiten davon abzuhalten, sich zu attackieren. Zudem grassiere im Kosovo die organisierte Kriminalität, Schiebereien seien alltäglich, wie Drews an Benzinpreisen von Mitrovica bis Pristina belegt. Gewinne investiere man in Montenegro, nie im Kosovo selbst. Dafür blühe das Schmarotzertum: Dank Belgrader Hilfen hat das serbische Krankenhaus in Mitrovica dreimal mehr Personal als nötig, dank EU-Zuschüssen amtieren in Pristina fast 30 Vizepremiers und Minister.

Das Kosovo teilten einst Veteranen der Terrortruppe UCK unter sich auf und vertrieben noch heute jeden aus ihren Pfründen. Drews amüsiert es, wenn ein Ex-UCK-Boss wie Hashim Thaci, heute Premier des Kosovo, die Kfor als seine Privatarmee betrachte, der er befehlen könne. Drews weiß, dass die Unruhen von 2004 und 2011 nicht „ungesteuert", sondern gezielt provozierte Pogrome gewesen seien. Und wenn ihn Thaci und Co. während seiner Kfor-Zeit beschimpften, entgegnete er: „Ich bin auf die Zufriedenheit von Herrn Thaci nicht angewiesen."

Das nur nominell souveräne Kosovo bleibe natürlich ein UN-Protektorat, sagt Drews. Kosovos Unabhängigkeit sei ein Trugbild, Serbien stehe nicht „zwischen EU-Kandidatur und Nationalismus", eher zwinge Belgrad Brüssel zu Konzessionen als umgekehrt. *Wolf Oschlies*

»Vertrag zu Lasten Dritter«

Vor allem die SPD gefährdet mit der Einlösung ihrer Wahlversprechen die Existenz von Geringverdienern

Schwarz und Rot ringen nur noch darum, wer wem etwas schenken darf und wie viel. Risiken und Kosten der Klientelbedienung werden ausgeblendet, die Wirtschaft ist entsetzt.

Der Wirtschaftsflügel der Union und ebenso die Wirtschaft selbst sind in höchster Alarmstimmung. Auch wenn bislang noch nichts beschlossen ist: Was sich in den Verhandlungen zur Großen Koalition abzeichnet, erscheint, so „Wirtschaftswoche“-Chefredakteur Roland Tichy, wie ein einziger „Vertrag zu Lasten Dritter“.

Beide Seiten setzen auf kostenträchtige Geschenke für bestimmte Teile ihrer Wählerschaft, denen sie besondere Zusatzleistungen versprochen haben, für die andere Gruppen oder (über Schulden) kommende Generationen die Zeche zahlen müssen. Dies belaste nicht bloß auf ungerechte Weise die Zahlmeister. Es gefährde auch die Zukunft des Landes und führe es zurück in die Zeit vor der „Agenda 2010“, als Deutschland als der „kranke Mann Europas“ bemitleidet oder verhöhnt worden sei, so die Kritiker.

Selbst der von der SPD ultimativ geforderte flächendeckende Mindestlohn, der scheinbar nur Gutes bringen soll, wird laut dem Wirtschaftsflügel der Union zahlreiche Opfer fordern. Vor allem Jugendliche und Geringqualifizierte dürften die Untergrenze von 8,50 Euro pro Stunde mit ihrem Job bezahlen, so die Warnung. Wissenschaftler fürchten, dass bis zu 1,2 Millionen Arbeitsplätze durch den Mindestlohn gefährdet wären. Derzeit verdienen gut 25 Prozent aller Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern weniger als 8,50 Euro. Viele von ihnen werden zwar von einem Mindestlohn profitieren, doch anderen droht der Jobverlust und das in Gegenden, in denen es kaum Jobalternativen gibt.

Der Vorsitzende der knapp am Einzug in den Bundestag gescheiterten AfD, Bernd Lucke, brachte die Problematik auf den Punkt: Entweder ist ein Mindestlohn zu hoch. Dann kostet er Arbeitsplätze. Oder er ist zu niedrig. Dann sei er faktisch wirkungslos.

Für Luckes Position, die beim Wirtschaftsflügel der Union wie in der Wirtschaft geteilt werden dürfte, sprechen sogar die Erfahrungen der von der SPD immer wieder angeführten Beispiele aus dem Ausland. 20 von 28 EU-Staaten hätten doch längst einen gesetzlichen Mindestlohn, ja sogar die „neoliberalen“ USA, streichen SPD-Politiker heraus.

Das Argument überzeugt nur so lange, bis man sich die Fakten näher angesehen hat. In Großbritannien liegt der Mindestlohn bei umgerechnet 7,45 Euro. Wer für diesen Lohn arbeitet, verdient selbst bei einer 40-Stunden-Vollzeitstelle netto nur geringfügig mehr als ihm als Hartz-IV-Satz mit Warmmiete und Krankenversicherung zustünde. Soll heißen: Er verharrt wie bisher an der Schwelle zum „Aufstocker“. In den USA liegt der flächendeckende Mindestlohn gar nur bei umgerechnet 5,25 Euro. Netto entspräche dies in etlichen Fällen nicht einmal dem Hartz-IV-Satz.

Anders in Frankreich: Hier liegt die Untergrenze heute bei 9,43 Euro, also fast einen Euro höher als der Satz, den die SPD für Deutschland anstrebt. Beim westlichen Nachbarn aber ist genau das eingetreten, was AfD-Chef Lucke für einen hohen Mindestlohn vorhersagt: Frankreich ächzt unter einer immer höher steigenden Arbeitslosigkeit.

Keiner der Akteure spricht indes einen anderen Aspekt an, der im Zusammenhang mit den kläglichen Löhnen besonders für Geringqualifizierte zentral ist: Jedes Jahr gelangen über unterschiedlichste Kanäle – vom „Asyl“ bis zur gepriesenen „Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU“ – Abertausende geringqualifizierte Arbeitskräfte nach Deutschland. Durch diese „Freizügigkeit“ sind hiesige Arbeitnehmer, und die Geringqualifizierten in ganz besonderem Maße, einem ständigen Konkurrenzkampf ausgesetzt, den sie kaum gewinnen können.

Der Mindestlohn soll diese mörderische Konkurrenz um den Geringstfordernden beenden, wird versprochen. In Wahrheit aber zeigen die Erfahrungen mit längst vorhandenen tariflichen Mindestlöhnen, wie leicht es in manchen Branchen ist, die Mindestzahlungen mittels unerfüllbarer Arbeitsnormen massiv zu unterlaufen. Der „gesetzliche Mindestlohn“ entlarvt sich als Feigenblatt, der das Versagen von Parteien und Gewerkschaften angesichts der (gewollten?) Zuwanderung von immer mehr Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt überdecken soll. Letztlich also dürfte der Mindestlohn scheitern wie nahezu alle Versuche, die Preisbildung durch Angebot und Nachfrage per Gesetz auszuschalten.

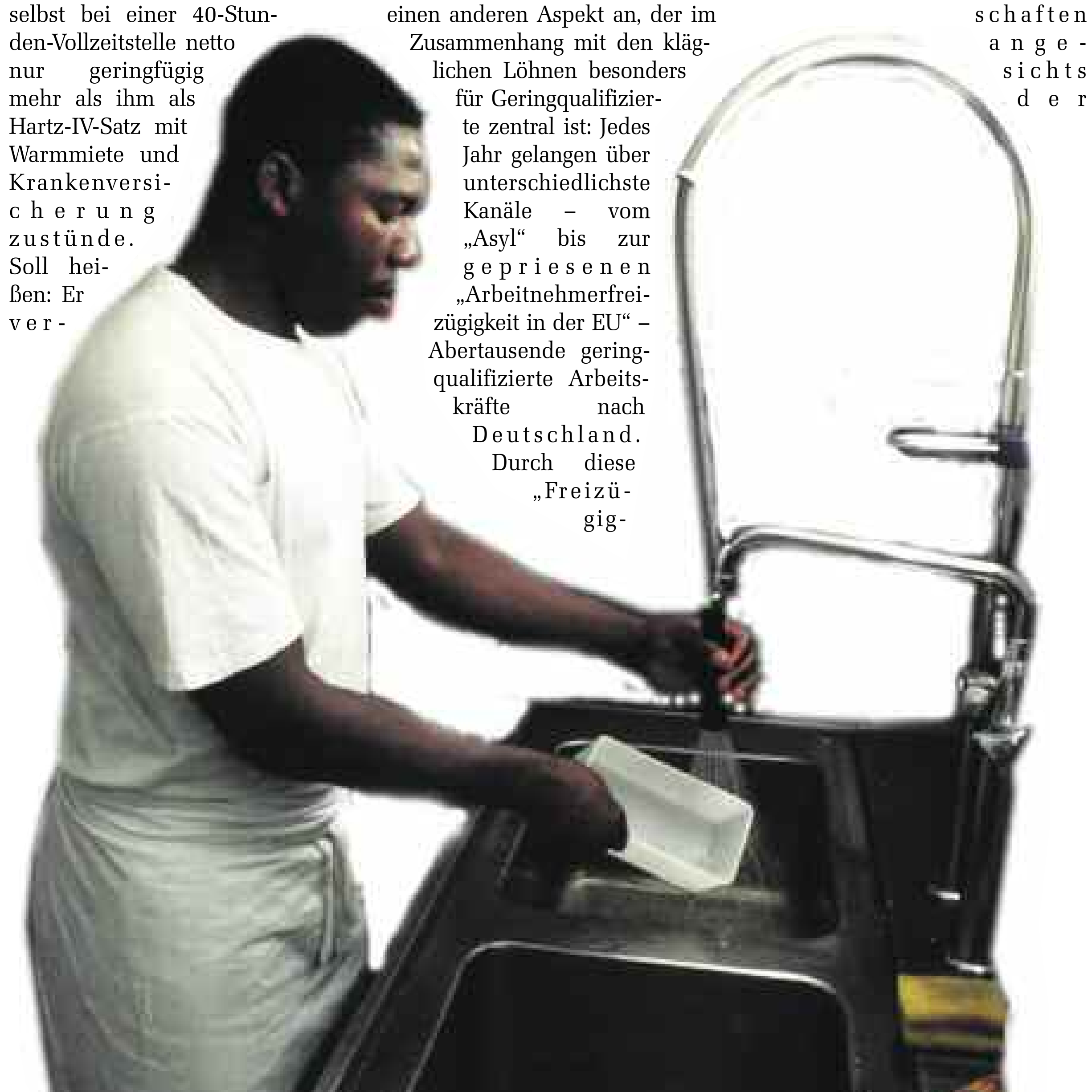
Stur hält die SPD auch an ihrer Forderung nach einer „Reform“ der Grundsteuer fest. Sie bedeutet de facto eine drastische Erhöhung, nachdem die Grunderwerbsteuer von bundeseinheitlich zwei Prozent vor 20 Jahren ohnehin schon steigt und steigt: Am 1. Januar will Schleswig-Holstein als Spitzenreiter den Satz auf 6,5 Prozent anheben. Grund- wie Grunderwerbsteuern verteuern Wohnraum und treffen damit wiederum auch und besonders die untere Mittelschicht. Was als „Umverteilung zu Lasten der Besitzenden und zu Gunsten der sozial Schwachen“ propagiert wird, ist nichts als eine weitere Belastung breitester Schichten. Über die Mieten treffen solche Steuern schließlich auch Menschen ohne Immobilienbesitz.

Überhaupt keine Rolle scheinen bei den Koalitionsplänen die Unwägbarkeiten zu spielen, die Deutschland wegen der Verpflichtungen drohen, die Berlin in der Euro-Krise eingegangen ist. Für Hunderte von Milliarden Euro stehen die Deutschen hier ein. Das blenden Union und SPD offenbar vollkommen aus bei ihren Verhandlungen.

Selbst konjunkturelle Schwankungen in Deutschland werden nicht eingeplant. Union und SPD bauen fest darauf, dass es in den kommenden vier Jahren zu keiner Eintrübung der Wirtschaftsentwicklung kommen wird, sonst sind alle ihre Zahlen Makulatur.

Vom einst versprochenen Abbau von Altschulden hat man sich offenbar vollständig verabschiedet. Schlimmer: Obwohl der deutsche Fiskus dieses Jahr so viel Steuern einnimmt wie nie zuvor, gehen die angehenden Koalitionäre davon aus, dass es nur aufwärtsgehen kann mit den Steuereinnahmen. Diesen Leichtsinn werden kommende Generationen büßen.

Hans Heckel



Bald Profiteur oder arbeitslos? Mindestlohn ist ein zweischneidiges Schwert Bild: keystone

KURZ NOTIERT

Konzernumbau bei Hochtief beginnt: Schon vor Monaten hatte man bei dem deutschen Bauunternehmen Stellenstreichungen befürchtet. Nun werden die Sorgen von Ankündigungen der Konzernleitung befeuert. So wolle man „weniger als 1000 Stellen“ streichen, heißt es aus der Führungsebene. Insgesamt will der vom spanischen Mutterkonzern ACS entsandte Hochtief-Chef Marcelino Fernández Verdes das Unternehmen vollkommen neu strukturieren. ACS hatte Hochtief zuvor feindlich übernommen. *Bel*

Wirtschaft hat sich inzwischen auf Bachelor eingestellt: Eine Umfrage der Unternehmensberatung PwC bei 217 Personalverantwortlichen aus dem Finanzsektor, dem Maschinen- und Automobilbau sowie den Branchen Pharma und Chemie hat ergeben, dass 80 Prozent mit der Qualifikation von Bachelor-Absolventen zufrieden sind. Zuvor hegten Personalchefs lange Zweifel an dem neuen, verschulten Uniabschluss, der schon nach 2,5 Jahren zu erlangen ist. Sie suchten lieber Universitäts-Absolventen, die vier Jahre und länger studiert hatten und mit einem Master die Hochschule verließen. Das hat dazu geführt, dass inzwischen drei Viertel aller Universitäts-Abgänger bis zum Master studieren. Was jedoch offenbar nicht mehr notwendig ist, da viele Unternehmen inzwischen gezielte interne Weiterbildungsprogramme für Bachelor-Absolventen haben. *Bel*

Peking bekämpft Luftverschmutzung: Die Regierung der Volksrepublik China scheint ernsthaft gegen die zunehmende massive Luftverschmutzung in einigen Teilen des Landes vorgehen zu wollen. Wie die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, hat das Umweltministerium das „Pollution Inspection Programm“ verabschiedet. So droht den Unternehmen, die bestimmte Werte, die allerdings immer noch weit über den im Westen Üblichen liegen, nicht einhalten, die Schließung. Betroffen sind neben Peking die Provinzen Tianjin, Hebei und Hunan sowie die Yangtze- und Pearl-River-Deltas. *J.F.*

Standortnachteil NSA

Umsatzeinbruch: US-Unternehmen spüren Misstrauen ihrer Kunden

Noch nicht einmal im Entferntesten ist abzuschätzen, welchen Schaden die Enthüllungen über die weltweite Datenschnüffelei durch die NSA für Washington auf dem politischem Terrain hinterlassen werden. Für US-Technologiefirmen stellen sich die Berichte über ihre Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst schon jetzt als Schlag ins Geschäftskontor heraus. Recht konkret bekommt so der US-Computerbauer IBM inzwischen das Misstrauen von Kunden zu spüren.

Versteckt in unlängst vorgelegten Geschäftszahlen, die ohnehin nicht besonders erfreulich waren, zeichnet sich vor allem auf dem chinesischen Markt ein regelrechter Umsatzkollaps ab. Legte IBM im vergangenen Jahr in China noch um fast 20 Prozent zu, so ist der Verkauf von Computer-Hardware inzwischen um 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr eingebrochen. Eine Erklärung, warum gerade in China nun fast erdrutschartig die Absatzzahlen wegsacken, liefert eine Meldung, die von der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua bereits im August verbreitet wurde. US-Technologiefirmen wie IBM, Oracle und EMC stünden seit den Enthüllungen des Geheimdienstaussteigers Edward Snowden unter Beobachtung staatlicher chinesischer Stellen, so eine anonyme Quelle aus dem Pekinger Regierungsapparat. Westliche Beobachter gehen davon aus, dass schon nach den ersten Snowden-Enthüllungen über die NSA im Mai chinesische Sicherheitsbehörden eine Warnung vor US-Computerprodukten an staatliche Behörden, Staatsfirmen und private Großbetriebe gegeben haben. Der Tenor: Bei sensitiven Produkten zunächst einmal keine Einkäufe bei US-Firmen, bis geklärt ist, ob von ihnen Spionagegefahr ausgeht.

> Peking warnt vor dem Kauf bestimmter US-Produkte

Zu einem ähnlichen Bumerang haben sich inzwischen die Spionageaktivitäten der NSA in Brasilien entwickelt. Dort soll der US-Geheimdienst Telefonate und E-Mails der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff überwacht haben, zudem soll auch Brasiliens größtes Unternehmen, der Öl-Konzern Petrobras, Ziel intensiver Wirtschaftsspionage durch die USA gewesen sein. Für Rousseff waren die Vorwürfe Anlass genug, einen geplanten Staatsbesuch in Washington abzusagen. Vorerst auf Eis liegen nun auch Verhandlungen über den Ankauf von US-Jets des Typs „F/A-18 Super Hornet“, die bisher als klarer Favorit der Brasilianer galten. Auf der Kippe steht damit ein Abschluss über vier Milliarden Dollar für den Flugzeugbauer Boeing. Wieder deutlich gestiegen sind nun die Chancen für Frankreich und Schweden zur Lieferung eines Jagdbombers.

Deutlich erfolgreicher als US-Außenminister John Kerry, der sich in Brasilia um Schadensbegrenzung bemüht hat, war der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu. Nachdem Brasilien schon 2012 zwölf russische Mi-35 Kampfhubschrauber geordert hatte, kehrte Schojgu nun aus Brasilia mit einem Kaufvertrag für die russischen Luftabwehrbatterien des Typs Igla-S nach Moskau zurück.

Für noch mehr Unbehagen dürfte in Washington eine andere Vereinbarung sorgen. Russland und Brasilien haben eine langfristige Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Jagdbombers vereinbart. *N.H.*

Soffin vor neuen Aufgaben

Experten streiten über deutschen Bankenrettungsfonds

Eine Zeit lang sah es so aus, als würde der 2008 in einer politischen Eilaktion gegründete Sonderfonds zur Stabilisierung der Finanzmärkte (Soffin) keine Schlagzeilen mehr machen, doch Experten befürchten, dass der Bankenrettungsfonds nach der anstehenden Bankenprüfung durch die Europäische Zentralbank (EZB) wieder an Bedeutung gewinnen dürfte. So sind die Commerzbank und die HSH Nordbank noch immer dermaßen instabil, dass sie bei einer scharfen Prüfung durchfallen könnten. Die Folge wäre, dass die Banken frisches Kapital benötigten, doch kein Investor dürfte noch bereit sein, den seit Jahren strauchelnden Instituten zu angemessenen Zinssätzen Geld zu leihen. Daher wird der Staat aushelfen müssen und somit vielleicht auch der Soffin, der zumindest bei der HSH Nordbank bisher außen vor gelassen worden war.

Doch während die Zukunft noch ungewiss ist, streiten sich Experten darüber, ob die Installierung des Soffin eine sinnvolle Idee im Rahmen der Bankenrettung war. Immerhin wurde durch ihn das Vertrauen ins deutsche Finanzsystem wiederhergestellt, merkt beispielsweise Stefan Best, Bankenexperte bei der Ratingagentur Standard & Poor's an. „Insofern war er effektiv, aber für die Steuerzahler auch sehr teuer.“

Auf 21,6 Milliarden Euro summieren sich derzeit die Verluste des Soffin. Doch selbst wenn es keine neuen Sondereinsätze für das Instrument zur Bankenrettung mehr geben sollte, dürften nach Abwicklung aller derzeit noch vorhandenen Alt-Risiken Kosten in Höhe von 30 bis 50 Milliarden Euro stehen. Und das sind nur die über den Soffin laufenden Fälle. So verwies die Vize-Fraktionsführerin der Partei „Die Linke“ nicht zu Unrecht auf die Vorwürfe, die der deutsche Staat mit seiner Rettung der Commerzbank gemacht hat: „Eine Bank, die nur 3,8 Milliarden Euro an der Börse wert war, mit 18 Milliarden Euro zu retten und dennoch nur über 25 Prozent der Anteile zu verfügen, dazu gehört schon was.“

Da EZB-Präsident Mario Draghi im Falle der Aufdeckung bevorstehender Bankenpleiten eine Beteiligung der Anleihegläubiger ablehnt und zahlreiche Finanzminister der vermutlich betroffenen Länder mit Verweis auf die mögliche Ansteckungsgefahr derartige Vorschläge verabscheuen, ist ein EU-Abwicklungsfonds in Planung. Doch ob und wann der kommt, steht in den Sternen. Zumindest deutsche Banken können noch bis Ende 2014 Hilfsanträge beim Soffin stellen. Das Ergebnis des EZB-Stresstestes dürfte im Frühsommer vorliegen. *Bel*



Bald wieder benötigt? Der deutsche Bankenrettungsfonds Soffin Bild: action press

Nichts gelernt?

Von Wolf Oschlies

Politische Klärung brachten die vorgezogenen Wahlen in Tschechien nicht, obwohl sie einen klaren Sieger kürten: Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) hat gegenüber den Wahlen 2010 151279 Stimmen und somit vier Prozent dazugewonnen und wurde drittstärkste Partei. Doch: Es will keiner mit ihr koalieren und kann es auch nicht. Denn die Partei wird seit 2005 von Vojtech Filip geführt, einem aktenkundigen Spitzel der Ex-Staatssicherheit (StB). Die Partei will nicht ihre stalinistische Vergangenheit aufarbeiten, propagiert in Ideologie und Organisation abgestandene kommunistische Ladenhüter.

Und trotzdem haben über 740000 wahlberechtigte Tschechen die Partei gewählt. Man fragt sich, wieso? Haben die Tschechen nichts aus ihrer kommunistischen Vergangenheit gelernt? Sind noch Veteranen der früher 2,5 Millionen Kommunisten in der überalterten KSCM aktiv? Waren echte Demokraten wie Jan Masaryk und Václav Havel untypische Ausnahmen in einer notorischen Untertanennation? Sind Protestwähler aktiv, die es denen in Prag zeigen wollen? Fördert man die antieuropäische KSCM, weil in der EU das ungeliebte Deutschland dominiert? Was immer es sein mag – kreuzdämlich bleibt es!

Dreiste Forderung

Von Rebecca Bellano

So mancher Schüler, der der Meinung war, er müsste für die Erledigung seiner Hausaufgaben auch noch belohnt werden, erntete von seinen Eltern nur vernichtende Blicke, schließlich liegt es in seinem ureigensten Interesse, gute Schulnoten zu erzielen.

Mit dieser durch strenge Erziehung erlangten Erkenntnis sind diese Schüler dem italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta um Längen voraus. Dieser fordert nämlich auch eine Belohnung und zwar von der EU in Form von Geld oder Privilegien für etwas, was eigentlich in seinem eigenen Interesse liegt, nämlich dass Italien durch Reformen schnell wieder international wettbewerbsfähig wird und seine finanziellen Probleme geregelt bekommt. Er möchte die Verantwortung sozusagen „outsourcen“. Nur wofür ist er dann da, wenn nicht dafür, Verantwortung für das Wohlergehen seines Landes zu tragen?

> Verantwortung wird an andere delegiert

Doch halt! Ein Blick in die nahe Vergangenheit zeigt, dass andere Politiker mit ähnlichen Forderungen, wie Letta sie stellt, durchgekommen sind. Aber wenn jeder nur Verantwortung an andere überträgt und niemand sie tragen will, wo führt das dann hin? Bisher wurde Deutschland immer erfolgreich überredet, mehr „Solidarität zu zeigen“. Die dreiste Forderung von Letta zeigt, dass das Ende der Fahnenstange hier noch lange nicht erreicht ist.

Der Löffel war zu kurz

Von Jan Heitmann

Politik ist nach heutigem Verständnis jegliche Art von einflussnehmenden Handlungen, die auf die Gestaltung des Gemeinwesens im Ganzen abzielen. Der Begriff leitet sich vom griechischen „polis“ (Stadtstaat) ab und bezeichnet im klassischen Sinne das, was alle Bürger betrifft. Politik als Staatskunst ist zu wichtig, als dass sie den Berufspolitikern überlassen werden sollte. Jenen also, die persönliches Machtstreben, Partei- und Lobbyinteressen über das Gemeinwohl stellen. Die auf wohldotierten Posten schon lange die Nähe zu den Bürgern und den Bezug zur Realität außerhalb der protzigen Parlaments- und Regierungsbauten verloren haben. So lauten zumindest die gängigen Vorurteile über diese Kaste, die von deren eigenen Angehörigen leider allzu oft zum Schaden der „polis“ bestätigt werden.

Umso erfreulicher ist es, wenn sich ein Seiteneinsteiger traut, in den eingefahrenen Politikbetrieb einzubrechen. Wenn einer, der im „richtigen“ Leben steht, Ideale, Ideen, Kreativität und Perspektiven in die Staatskunst einbringt. So eine ist Susanne Gaschke (SPD), oder besser, sie wollte es sein. Knapp ein Jahr nach ihrer Wahl zur Oberbürgermeisterin der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel ist sie an eben diesem Politikbetrieb gescheitert. Nicht weil sie eine Seiteneinsteigerin, sondern weil sie eben nichts anderes als eine Seiteneinsteigerin war. Als langjährige Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“ und Ehefrau eines SPD-Bundestagskandidaten war sie gewiss kein unpolitischer Mensch, aber eben ohne praktische Politikerfahrung. Sie wollte einen neuen Politikstil ohne kleinliche Rituale praktizieren, entscheiden, statt über Entscheidungen zu diskutieren. Der von ihr in einsamer Entscheidung im Eilverfahren durchgezogene Steuerdeal mit einem Zahnarzt war offensichtlich rechtswidrig.

> Es gilt trotz Gaschke: Die Politik braucht mehr Seiteneinsteiger

Aber eine kostspielige Fehlentscheidung ist noch lange kein Grund für einen Amtsverlust, selbst wenn die Folgen ganz andere Dimensionen annehmen, siehe Wowereit.

Ihr fehlte in der Krise einfach die Abgebrühtheit erfahrener Politiker, um die harsche Kritik, die selbst aus den eigenen Reihen kam, souverän zu parieren. Stattdessen führte sie ein hochnotpeinliches Verteidigungsgefecht, das mit einer von unerträglicher Selbstgerechtigkeit begleiteten Niederlage endete. Gaschke ist weniger an einem Fehler als am allgemein gepflegten Politikstil und letztlich auch an ihren eigenen Ansprüchen gescheitert.

Auch Bertolt Brechts „Mutter Courage“ glaubte, alle Schwierigkeiten meistern zu können. Als die Katastrophe dann doch hereinbrach, sagte der Feldgeistliche zu ihr: „Wer mit dem Teufel frühstücken will, muss einen langen Löffel haben.“ Wie „Mutter Courage“ glaubte Susanne Gaschke, einen Löffel zu haben, der lang genug ist, sich nicht am heißen Kessel zu verbrennen. Und doch: Unser Land braucht Seiteneinsteiger wie Susanne Gaschke. Engagierte Menschen, die keine Partikularinteressen verfolgen, sondern das Gemeinwesen zu dessen Bestem gestalten wollen. Politiker im wahren Wortsinn also.



Am eigenen Anspruch, aber auch am Politikstil gescheitert: Susanne Gaschke wollte lieber entscheiden, statt über Entscheidungen lange zu diskutieren

Bild: pa

Gastkommentar



Revanchismuskeule wiederentdeckt

Von Manfred Ludwigs

Wer den Vertriebenen mit dem Vorurteil „militant, nachtragend“ begegnet, wird die Forderung nach Entschuldigung für das Vertreibungsunrecht oder nach Restitution leicht als „revanchistisch“ interpretieren. Und dies, obwohl die Ungarn jüngst die vertriebenen Ungarndeutschen rehabilitierten und die Serben nun auch Restitution anbieten. Nach dem Bundestreffen der Schlesier im Sommer und dem Eklat um deren Bundesvorsitzenden Rudi Pawelka vor einigen Wochen holte man in der Publizistik und auch staatlicherseits den Begriff „Revanchismus“ wieder aus dem verbalen Waffenlager. So will die niedersächsische Landesregierung die Förderung des Deutschlandtreffens der Schlesischen Landsmannschaft einstellen, wenn die Landsmannschaft sich nicht „rückwärtsgewandter und revanchistischer Äußerungen“ enthält.

Heimat ist das Gebiet, in dem ein Mensch sozial, beruflich, wirtschaftlich, kulturell verwurzelt ist. Wird es von einem anderen Staat einverleibt, führt dies zum Heimatverlust, wenn die dort lebenden Menschen vertrieben werden. Verbleiben sie oder können sie, nach freiwilliger Aussiedlung, zurückkehren, liegt kein Heimatverlust vor. Beispiele hierfür sind – mit Einschränkungen – das Elsass und Südtirol. Der Heimatverlust der deutschen Vertriebenen beruht nicht auf der Annexion des Heimatgebietes durch andere Staaten, sondern auf gewaltsamer Vertreibung aus ihrem Wohngebiet. Daher setzt Wiedergewinnung der Heimat keineswegs die militärische Rückeroberung der annektierten Gebiete voraus. Vertragliche Lösungen über die Rückübersiedlung der Vertriebenen (zumindest in Teile der annektierten Gebiete) wären ein Lösungsansatz gewesen. Der „Verzicht auf Rache und Vergeltung“ (Charta der Heimatvertriebenen, 1950) stand der militärischen Rückgewinnung der Vertreibungsgebiete moralisch ebenso entgegen wie auf der politischen Ebene die Neuorientierung der (west)deutschen Politik, die westalliierte Kontrolle der Bundesrepublik und die Einbindung Westdeutschlands in die Nato. Wer angesichts dieser Sachlage von Revanchismus sprach, übersah wichtige Fakten.

> Heimat ist das Gebiet, in dem ein Mensch vielfältig verwurzelt ist

Vertreibungen Deutscher gab es nur im Osten des Deutschen Reiches beziehungsweise des deutschen Siedlungsgebietes. Der spontane Hass der polnischen, tschechischen und slowakischen Bevölkerung reichte jedoch für eine geplante, organisierte Vertreibung nicht aus. Daneben gab es weitere Vertreibungsgründe, beispielsweise:

- die angestrebte Westverschiebung der Grenzen des deutschen Siedlungsgebietes (entlang der Linie Stettin-Triest, wie beim Panslawistenkongress in Prag, 1848, entworfen);
- das Ziel ethnisch homogener Nationalstaaten in Ostmitteleuropa; Moskaus Unterstützung bei der Verwirklichung dieses Zieles dürfte die kommunistische Machtübernahme in Ostmitteleuropa erleichtert haben;
- die Absicherung des „ethnisch gereinigten“ Staatsgebietes durch natürliche Grenzen (die Oder, die Randgebirge des böhmischen Kessels);
- die Herbeiführung einer Situation, die eine sozialistische Revolution in Restdeutschland begünstigte, erreicht durch das Hineinpumpen von etwa 14 Millionen mittellosen, arbeits- und wohnungslosen Vertriebenen;
- die Expansionsbestrebungen des kommunistischen Machtbereichs.

Der Zweite Weltkrieg bot die Gelegenheit zur Vertreibung. Die von Deutschen begangenen Verbrechen wiederum boten Gelegenheit, die wahren Vertreibungsgründe zu verschleiern. Die angeführten Vertreibungsgründe erklären, warum nach Kriegsende nicht über die Rückübersiedlung der Vertriebenen verhandelt wurde.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) verschwieg man die Vertriebenen und ihre Probleme. In den Westzonen wurden bald Vertriebenenorganisationen zugelassen. Die DDR diffamierte deren Aktivitäten und lange Zeit sogar die Politik der ganzen Bundesregierung als „revanchistisch“. Entsprechend definiert Hermann Paul in dem 1992 in neunter Auflage in Tübingen erschienenen „Deutschen Wörterbuch“ „Revanchismus“ als eine „Politik mit dem Ziel militärischer Rache, (als ein) bes. gegen die BRD gerichtetes Schlagwort der DDR bzw. kommunistischer Gruppen“. „Meyers Neues Lexikon“ (Leipzig 1963) definiert Revanchismus als „Bestrebungen, die der Rache und Vergeltung für die Niederlage einer Ausbeuterklasse in einem früheren Eroberungskrieg dienen, meist verbunden mit dem Ziel, verlorengegangenes Land mit militärischer Gewalt wiederzugewinnen. Die Bundesrepublik betreibe angeblich eine „besonders intensive Revanchepolitik“. Zur Ausbeuterklasse im Sinne der Definition gehörten die deutschen Industriellen und die ostelbischen Großagrarier, die – im Bündnis mit dem US-Imperialismus – besonders aggressiv und rücksichtslos gewesen sein sollen.

> Der ideologisierte Revanchismusbegriff stammt aus der DDR

Der „landsmannschaftlich organisierte Revanchismus in der BRD hat viele stille und laute Helfershelfer ... Konfrontationskurs und Hochrüstungspolitik der USA-Administration und Nato-Generalität bilden ein Treibhausklima für jene Kreuzritter der BRD, die sich mit Trachten zu tarnen versuchen“, so Werner Flach und Christa Kouschil in dem 1984 in Berlin (Ost) erschienenen Buch „Kreuzritter in Trachten“. Selbst der Beschluss des DDR-Ministerrates zum Mauerbau wird mit dem „Treiben der westdeutschen Revanchisten und Militaristen“ begründet. Außenpolitisch nutzten Ostberlin und Moskau den „westdeutschen Revanchismus“ zur Disziplinierung im Ostblock. Hierzu beschrieb man die Vertriebenen als aggressive Ostland-Marschierer und die Bundeswehr wollte angeblich, zusammen mit dem nach Weltherrschaft gierenden US-Imperialismus, zum Angriff auf das friedliebende sozialistische Lager antreten. Ab der Ostpolitik Brandts verlor diese Methode an Wirkung. Ab dem Grundlagenvertrag mit der DDR im Jahre 1970 ließ diese Propaganda nach, sie wurde ab 1990 endgültig obsolet.

Die Vertriebenen haben einen völkerrechtlich begründeten Anspruch auf Rückkehr in ihre Heimat und auf Restitution. Daneben steht der Anspruch auf Rücknahme des Kollektivschuldvorwurfs. Wer seine Ansprüche geltend macht, handelt nicht revanchistisch. Die Landsmannschaften sollten solche Vorwürfe entschieden zurückweisen, woher immer sie auch kommen, denn der Revanchismusvorwurf zielt immer auch auf moralische Disqualifizierung.

Dr. Manfred Ludwigs, geb. 1943 in Erfurt, studierte nach dem Abitur in Landshut an der Universität München Wirtschaftswissenschaften für das Lehramt. Lehrtätigkeit von 1979 bis 2000 und Zweitstudium der Politikwissenschaft und Pädagogik in Salzburg. Auslandstätigkeit von 1981 bis 1984 und von 1991 bis 1997 als Schulleiter der postsekundären kaufmännischen Berufsschule der deutschen Industrie in Südafrika. Von 2004 bis 2011 ergänzende Studien in Volkswirtschaft und Internationaler Politik an der University of South Africa.

Kaiserliche Hoftage

Nürnberg und seine Kaiserburg: Nach der Sanierung präsentiert eine Ausstellung den Glanz alter Tage

Anno 1050 wird Nürnberg erstmals in einer Urkunde erwähnt. Zu dieser Zeit war der Burgfelsen bereits befestigt. Zu Füßen der Reichsburg entwickelte sich unter kaiserlichem Schutz und Schirm ein Gemeinwesen, das zu den reichsten und mächtigsten Stadtstaaten Europas aufstieg. Noch heute zehrt die ehemalige Reichsstadt vom Kaiserbonus. Ihr Wahrzeichen ist die Kaiserburg, die Touristen aus aller Welt in hellen Scharen unwiderstehlich anzieht.

Nach Abschluss der Generalsanierung, für die das Bayerische Staatsministerium der Finanzen 16 Millionen Euro aufgewendet hat, ist die Kaiserburg nun wieder für Besucher geöffnet. Waren die Räume zuvor nur im Rahmen von Führungen zugänglich, kann man die Burg nun auf einem Rundgang individuell erkunden. In den früher nur spärlich ausgestatteten Sälen, Kammern und Kabinetten ist eine prächtige Sonderschau eingerichtet worden, die sich der Freistaat Bayern weitere drei Millionen Euro kosten ließ. Aus der Sonderschau wird nach und nach eine Dauerausstellung werden: Die kostbaren Originale werden durch Nachbildungen ersetzt.

Die gegen 1200 errichtete Kaiserkapelle ist das bedeutendste Bauwerk der Burganlage. Dieses stauferzeitliche Architekturdenkmal besteht aus zwei übereinander liegenden Kapellen, die durch eine Öffnung miteinander verbunden sind. Die Unterkapelle war für die Burgbediensteten vorgesehen. Zur Oberkapelle, die mit farbig gefassten Statuetten (1487) der heiliggesprochenen Kaiser und Kaiserinnen Karl der Große, Heinrich II., Kunigunde und Helena (Mutter Konstantins des Großen) sowie einem Veit Stoß zugeschriebenen Kruzifix (um 1500) geschmückt ist, hatte nur der kaiserliche Hofstaat Zutritt. Die dort eingebaute Kaiserempore war dem Reichsoberhaupt vorbehalten. Seit der Wiedereröffnung können sich Besucher in der Oberkapelle wieder frei bewegen, während die Kapelle darunter bei täglich zwei Sonderführungen zugänglich ist.

Das an die Kaiserkapelle angrenzende spätgotische Hauptgebäude (Palas) wurde auf Geheiß Kaiser Friedrichs III. von Habsburg (1415–1493) unter Verwendung romanischer Bauteile errichtet. Im früher leer stehenden Kaisersaal ist nun der größte Teil der Sonderschau ausgebreitet. Von kaiserlicher Pracht kündet eine Dose (um 1720), in die eine zurzeit Kaiser Friedrichs II. von Staufen (1194–1250) in Onyx geschnittener Adler eingelassen ist. Zu den absoluten Glanzlichtern der Schau gehören zwei Exemplare der „Goldenen Bulle“: Das für die Kurpfalz und das für die Stadt Nürnberg. Insgesamt gibt es sieben Exemplare. Sie sind im Juni dieses Jahres zum Weltdokumentenerbe gekürt worden. Die „Goldene Bulle“ gilt als „Grundgesetz“ des Heiligen Römischen Reiches. Ihr erster Teil wurde von Kaiser Karl IV. aus dem Geschlecht der Luxemburger (1316–1387) auf dem Hoftag zu Nürnberg 1356 erlassen. In ihr wurde die Wahl des deutschen Königs durch sieben Kurfürsten festgelegt. Wahlberechtigt waren die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier, der König von Böhmen, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen und der Markgraf von Brandenburg. Die Kurfürsten wurden als „Säulen des Reiches“ bezeichnet, denn sie sollten zusammen mit dem Herrscher, der durch die Königswahl automatisch auch die Kaiserwürde erlangte, für das gesamte Reich verantwortlich sein. Zudem wurden drei Reichsstädte durch die „Goldene Bulle“ privilegiert: Zum Ort der Königswahl wurde Frankfurt am Main ernannt, zum Krönungsort Aachen und der erste Hoftag des neuen Königs sollte schließlich in Nürnberg stattfinden.



Bild: Museum

Was steht da geschrieben? Im Harnisch verloren die Ritter oft den Überblick

Ein weiteres bedeutendes Exponat geht auf Kaiser Sigmund von Luxemburg (1368–1437) zurück. Während des Konstanzer Konzils, auf dem er für die Wiederherstellung der Einheit der römischen Kirche sorgte, stellte er dem Nürnberger Burggrafen Friedrich VI. von Hohenzollern eine Urkunde mit weitreichenden Folgen aus. Sigmund belehnte Friedrich mit der Kur und der Mark Brandenburg. Ihr Amt als Verwalter der Nürnberger Kaiserburg, die unter den Pfalzen des Reiches eine herausragende Stellung einnahm, gaben die Hohenzollern jedoch unter dem Druck der Verhältnisse auf. Ihre neben der Kaiserburg gelegene Burggrafenburg wurde 1420 von einem Gefolgsmann der bayerischen Wittelsbacher zerstört. Die Ruine wurde 1427 von der Stadt Nürnberg erworben, die auch die Betreuung der Kaiserburg übernahm.

Nürnberg verlor 1806 den Status als freie Reichsstadt und wurde dem Königreich Bayern einverleibt. Die Wittelsbacher erhoben die Burg zur Nebenresidenz – und auch die Hohenzollern wussten sich Zutritt zu verschaffen. Sie erwirkten bei König Ludwig II. unter Berufung auf ihre einstige Burggrafschaft ein gemeinsames Nutzungsrecht, was dazu führte, dass Kaiser Wilhelm II. 1897 auf der Nürnberger Kaiserburg logierte.

Im „Eckzimmer“ schwebt eine Nachbildung der Reichskrone über dem 1540 geschaffenen Modell der Stadt Nürnberg. Thema des Raumes ist das besondere Verhältnis Nürnbergs zu seinem obersten Stadtherrn: dem Kaiser. Als der für die Stadt bedeutsamste Gönner erwies sich der in Nürnberg geborene Kaiser Sigmund. Er ist in Halbfigur auf einem Porträt dargestellt, das um 1514 in der Werkstatt Albrecht Dürers gemalt wurde. Sigmund verfügte 1424, dass die Reichskleinodien dauerhaft in Nürnberg aufbewahrt werden sollen, was auch bis 1796 geschah. Heute befinden sie sich in Wien.

Der Rundgang endet im Frauenbau (Kemenate). Dafür wurde ein Durchbruch an einer Mauer geschaffen, die zuvor lange Zeit Palas und Kemenate getrennt hatte. Im Frauenbau residiert das vom Germanischen Nationalmuseum betreute Kaiserburg-Museum. Ausgestellt sind wertvolle Waffen und Rüstungen Reitzeug und astronomische Messgeräte, wie sie einst auf dem Burggelände zum Einsatz kamen. Mit der Kaiserburg in Zusammenhang stehende Objekte für festliche und alltägliche Gelegenheiten runden die Präsentation ab. *Veit-Mario Thiede*

Kaiserburg Nürnberg: noch bis 10. November, täglich 9 bis 18 Uhr. Telefon (0911) 2446590, Kaiserburg-Museum: täglich 10 bis 16 Uhr. Informationen: Telefon (0911) 1331238. Infos im Internet: www.kaiserburg-nuernberg.de.

MELDUNGEN

Ein Piepenbrink aus Memel

Bad Segeberg – Als Bauer Piepenbrink kannte ihn die ganze Republik. Wer Günter Willumeit sah und hörte, wie er mit Baskenmütze und norddeutschem Zungenschlag Witze riss, der hätte nie gedacht, dass er aus Ostpreußen stammt. Tatsächlich war der am 10. Dezember 1941 in Memel geborene Komiker ein Flüchtlingskind und landete 1945 über Pommern und Mecklenburg in Schleswig-Holstein. Schon während seines Studiums der Zahnheilkunde in Kiel verdiente er sich in Kneipen als Humorist und Parodist etwas zum Leben hinzu.

Als Dr. med. dent. brachte er mit seinen Witzen in seiner Zahnarztpraxis in Bad Segeberg die Patienten selbst bei schmerzhaften Operationen zum Lachen. 25 Jahre lang praktizierte er als Zahnarzt und amüsierte nebenbei auf Bühnen wie im Fernsehen als Landwirt Piepenbrink sein Publikum. Letztes Jahr wurde bekannt, dass er an Speiseröhrenkrebs leidet. Am 17. Oktober ist der Ostpreuße daran gestorben. *tws*

Barlach in Ratzeburg

Ratzeburg – Vor 75 Jahren, am 24. Oktober 1938, starb der Bildhauer Ernst Barlach in Rostock. Aus diesem Anlass zeigt die Ernst-Barlach-Gesellschaft in Ratzeburg eine Doppelausstellung, die bis zum 24. November im Ernst-Barlach-Museum und in der Stadtkirche Sankt Petri in Ratzeburg (beides am Barlachplatz) zu sehen ist. In „Ernst Barlach – Interventionen“ sind Werke und Fotos des Künstlers zu sehen. Info: www.ernst-barlach.de. *tws*

Paprika im Blut

Zum 100. Geburtstag des erfolgreichen Revuestars Marika Rökk

Hier spricht die Hupfdohle“, zwitschert Marika Rökk in einem ihrer Filme ins Telefon. In der lustigen Bezeichnung für Revuetänzerin drückt sich auch Marikas Naturell aus: Sie wird als emotional, eigenwillig und temperamentvoll bezeichnet. In Budapest aufgewachsen, hatte sie eben „Paprika im Blut“.

Die Tochter eines ungardeutschen Architekten, die am 3. November 1913 in Kairo zur Welt kam, stand mit den großen Filmstars der 30er Jahre vor der Kamera: Theo Lingen, Heinz von Cleve, Zarah Leander und Johannes Heesters. Rökk und Heesters galten als Traumpaar der damaligen Zeit.

Aufgewachsen ist der spätere Tanzstar in Budapest. Schon früh erhielt Marika soliden Tanzunterricht, so dass sie schon 1924 im Alter von elf Jahren als Wunderkind in Paris entdeckt wurde. Es folgten Auftritte als Tänzerin im Moulin Rouge mit der berühmten Balletttruppe „Hoffmann-Girls“. Da Rökk aus der Gruppe herausstach, erhielt sie schon ein Jahr später ein Engagement am Broadway, doch der Durchbruch in den USA gelang nicht. Deshalb kehrte sie 1929 nach Europa zurück. Es war die große Zeit der Tanzrevuen. Nach den Schrecken des Ersten Weltkriegs sehnten sich die Menschen nach Zerstreuung. In den sogenannten „Roaring Twenties“ schlug die Stunde der Tanzpaläste, es begann die Ära der Revuen mit ihrer Glitzerwelt.

Für die leidenschaftliche Tänzerin Marika Rökk sollte mit einer Revue-Tournee ihre große Karriere beginnen. Sie trat in Monte Carlo, Paris, Cannes und London auf. Wegen ihres perfekten Tanzes wurde sie bald vom Film entdeckt.



Traumpaar der 30er Jahre: Marika Rökk und Johannes Heesters Bild: action press

1934 bemerkte die Universum Film (Ufa) ihr Talent und nahm sie unter Vertrag. Ihr Deutsch mit ungarischem Akzent und die „sprechenden Beine“ wurden zu ihrem Markenzeichen, die in zahlreichen Filmen verwertet wurden: Sie spielte das fröhliche ungarische Mädchen. Die ihr auf den Leib zugeschnittenen Filme verfolgten das gleiche Muster: Ein verkanntes Talent setzt sich gegen alle Widrigkeiten durch und endet als triumphierender Star. Höhepunkt dieser Filme waren stets großartige Tanzszenen. Regisseur war meist ihr Ehemann Georg Jacoby.

Als Rökk zum Star wurde, herrschten in Deutschland die Nazis. Obwohl die Rökk-Jacobi-Filme völlig unpolitisch waren, setzte Propagandaminister Goebbels sie als Instrument zur Ablenkung des Volkes ein. Ein Umstand, der neben Rökk auch vielen Stars der NS-Ära schadete. Nach dem Krieg erhielt Rökk zeitweilig Auftrittsverbot, das 1947 vom Ehrengericht der österreichischen Schauspielervereinigung wieder aufgehoben wurde. Ab 1948 drehte sie wieder Filme, wechselte ab den 60er Jahren aber an die Bühne. Sie trat in Revuen und Musicals auf. Rökk erhielt mehrere Auszeichnungen für ihre Leistungen. Sie war die erste Preisträgerin des Bambis. 2004 starb sie knapp 90-jährig in Baden bei Wien an den Folgen eines Herzinfarkts. *MRK*

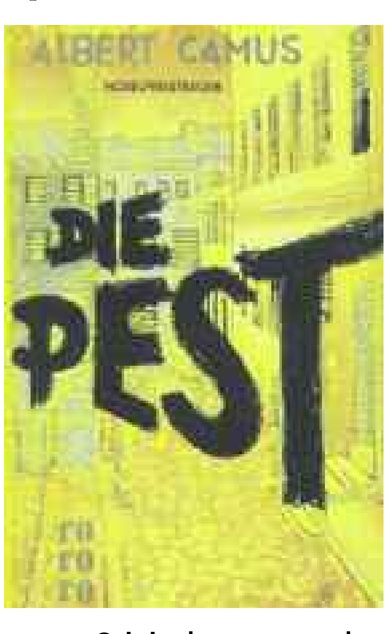
Das kam ihm fremd vor

Vor 100 Jahren geboren – Literaturnobelpreisträger Albert Camus

Als deutsche Truppen in Frankreich einmarschierten, beendete ein junger Journalist einen Roman, der ihn mit einem Schlag zum Star der französischen Literaturszene erhob. Die Handlung über einen Mörder, der wie aus dem Nichts heraus ohne Motiv und nur weil ihn „die Sonne geblendet“ habe, einen Araber erschießt, interpretierten viele Leser damals als Parabel auf den Blitzkrieg.

Tatsächlich griff der Autor Albert Camus in seinem 1940 entstandenen, aber erst zwei Jahre später erschienenen Roman „Der Fremde“ philosophische Themen über die Absurdität des Lebens und Entfremdung des Ichs von der Welt auf. Weil der Ich-Erzähler Meursault so seltsam gefühllos und derart distanziert von seinem Verbrechen berichtet, als beträfe ihn das Ganze nicht, erscheint das Missverhältnis zwischen dem Täter und der Tat umso erschreckender. Die Diskrepanz von persönlichen Zielen und Ergebnissen der Realität konnten die Franzosen in den Kriegsjahren am eigenen Leib spüren, als eine fremde Macht ihr alltägliches und politisches Leben bestimmte.

Camus traf den Nerv der Zeit vielleicht auch deshalb, weil er als Kolonialfranzose einen distanzierten Blick auf Frankreich hatte und sich dort selbst wie ein „Fremder“ vorkam. Am 7. November 1913 wurde er im algerischen Weinanbaugebiet Mondovi geboren, wohin es seinen aus Südfrankreich stammenden Vater verschlagen hatte. Als dieser im Ersten Weltkrieg fiel, wuchs der Sohn in einem Kleine-Leute-Viertel Algiers bei der spanischstämmigen Mutter auf. Da er sich wegen ihres Analphabetismus schämte, stürzte er sich mit umso größerem Eifer auf die Bücher. Camus studierte in Algier Philosophie und entwickelte hier seine



rororo-Originalcover aus den 1950ern von „Die Pest Bild: Archiv

Theorie des Absurden, die er 1942 in „Der Mythos von Sisyphos“ ausbreitete. Der Essay beginnt bereits mit dem programmatischen Satz: „Es gibt nur ein wirklich ernstes Problem: den Selbstmord.“ Seine Überzeugung, das Leben sei illusionslos und gottlos, brachte ihm den Ruf eines Existenzialisten ein. Camus bestritt das stets. Es war Jean-Paul Sartre selbst, der „Der Fremde“ als wichtigstes Werk des Existenzialismus feierte. In Camus sah er anfangs einen philosophischen und politischen Weggefährten, war dieser doch ebenfalls Kommunist und – nach einer journalistischen Tätigkeit in Paris – Widerstandskämpfer.

Doch als sich Camus nach dem Krieg vom Marxismus lossagte, ging Sartre auf Distanz zu ihm. Camus' 1947 erschienener Roman „Die Pest“ wurde von Sartre verrissen. Auch hier kann die Pest, die in der algerischen Stadt Oran aus heiterem Himmel ausbricht, sowie deren Bekämpfung als Parabel von Krieg und Résistance wie auch über die Gefahr eines Atombombenkriegs gelesen werden. Doch eine Pest ganz zu bekämpfen sei eine Illusion, stellt Camus fest: „Ich habe genug von den Leuten, die für eine Idee sterben, mich interessiert nur noch, von dem zu leben und an dem zu sterben, was ich liebe.“

Camus' Absage an Ideologien kam bei den Pariser Salonrevolutionären um Sartre, de Beauvoir, Gide oder Breton nicht gut an. Camus blieb unter den Pariser Intellektuellen ein Fremder. Gerade auch wegen seines unabhängigen Geistes wurde ihm 1957 der Nobelpreis zuerkannt, den er im Gegensatz zu Sartre, der ihn 1964 ablehnte, auch annahm. Drei Jahre später starb Camus als Beifahrer eines Luxuswagens, den der Neffe seines Verlegers frontal gegen einen Baum steuerte. *Harald Tews*

Drei Schüsse, die die Welt erschütterten

Auch ein halbes Jahrhundert nach dem Attentat auf John F. Kennedy wuchern die Verschwörungstheorien

Rechtzeitig zum 50. Jahrestag des Attentats auf John F. Kennedy wird in der lange Liste der Verschwörungstheorien eine nicht ganz neue Variante aufgefrischt. Nicht der mutmaßliche Attentäter Lee Harvey Oswalds habe am 22. November 1963 in Dallas den tödlichen Schuss auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten abgefeuert, sondern ein verkaterter Leibwächter. Das will der pensionierte australische Kriminalbeamte Colin McLaren belegen können.

Kein Attentat des 20. Jahrhunderts wurde umfassender untersucht, und doch bleibt reichlich Raum für Spekulationen. John F. Kennedy war erst drei Jahre im Amt, als er erschossen wurde. Die Stimmung in Dallas galt als angespannt, als Kennedy die texanische Stadt im Wahlkampf besuchte, erstmals begleitet von seiner Frau Jacqueline Bouvier-Kennedy. Politische Gegner warfen dem Präsidenten vor, US-amerikanische Interessen den Sowjets zu opfern. Bereits wenige Tage zuvor hatte ein Autokorso durch Miami abgesagt werden müssen, weil ein Anschlag befürchtet wurde.

Kennedy war sich dieser Gefahr bewusst. Laut der Aussage eines seiner Assistenten sagte er: „Wenn jemand wirklich den Präsidenten der Vereinigten Staaten erschießen wollte, wäre das keine schwierige Arbeit: Man müsste nur eines Tages mit einem Gewehr mit Zielfernrohr auf ein hohes Gebäude hinauf, niemand könnte etwas gegen einen solchen Anschlag unternehmen."

Genau das passierte in Dallas. In einem offenen Lincoln Continental X-100 fuhr der Präsident auf einer zuvor angekündigten Route durch die Innenstadt von Dallas. Mit im Wagen saßen seine Frau, der Gouverneur von Texas, John Connally, und dessen Frau Idanell sowie zwei Agenten des Secret Service. 350 Polizisten der Stadt Dallas wurden verstärkt von der Staatspolizei. Von politischer Anspannung war nichts zu spüren, die Menschen jubelten. Die Frau des Gouverneurs wandte sich Kennedy zu und bemerkte, man könne nicht sagen, dass Dallas den Präsidenten nicht liebe. „Nein", antwortete Kennedy, „das kann man ganz sicher nicht sagen." Es waren seine letzten Worte.

Auf der Höhe des texanischen Schulbuchdepots fielen mehrere Schüsse. Der erste durchschlug Kennedys Hals, ein weiterer traf Gouverneur Connally. Kennedy blieb nach dem ersten Treffer aufrecht sitzen, da er wegen eines Rückenleidens ein Korsett trug. Ein weiterer Schuss traf ihn tödlich in den Kopf.

Als die Schüsse fielen, sahen etliche Menschen im fünften Stock des Schulbuchdepots einen Gewehrlauf. Die Polizei stürmte das Gebäude. Dort saß Lee Harvey Oswald in der Kantine vor einer Cola. Da er in dem Depot jobbte, wurde ihm erlaubt, das Gebäude zu verlassen. Er suchte seine Wohnung auf, verließ sie aber bald wieder. Auf der Straße sah ihn nach amtlicher Lesart der Polizist J. D. Tippit, der ihn ansprach, weil Oswald einer gerade durchgegebenen Personenbeschreibung entsprach. Mit vier Schüssen aus einem Revolver tötete Oswald den Mann. Er flüchtete in ein Kino, in dem ihn die Polizei festnahm – wegen des Mordes an Tippit, nicht wegen des Kennedy-Attentats.

> Wurde die Wahrheit ein Opfer der Staatsräson?

Protokolle von der Vernehmung Oswalds gibt es nicht – sie wurden nicht angefertigt. Auf einem im fünften Stock des Schulbuchdepots gefundenen Gewehrs mit Zielfernrohr wurde ein Handabdruck Oswalds entdeckt. Die Spuren am Projektil, das den Gouverneur getroffen hatte, stimmten mit dem Lauf des Gewehres überein. Dennoch stritt Oswald ab, das Attentat auf John F. Kennedy verübt zu haben. Der bekennende Marxist, der als US-Bürger mehrere Jahre in der Sowjetunion gelebt hatte, empörte sich, er solle zum Sündenbock gemacht werden.

Oswald sollte in das Bezirksgefängnis von Dallas gebracht werden. Als am 24. November der Gefangenentransport – begleitet von Fernsehkameras – aus der Tiefgarage des Polizeihauptquartiers von Dallas starten sollte, tauchte zeitgleich der Nachtclubbesitzer Jack Ruby auf. Dem Mann wurden Verbindungen zur Mafia nachgesagt. Vor laufenden Kameras schoss Ruby auf Oswald. Dabei rief er: „Du hast meinen Präsidenten getötet, du Ratte!" Oswald starb an dem Bauschuss.

Jack Ruby wurde ein halbes Jahr später zum Tode verurteilt, ohne dass seine Motive klar erkennbar geworden wären. Das Urteil wurde nicht vollstreckt, Ruby starb 1967 an einer Lungenembolie.

Der Tod John F. Kennedys erschütterte die Menschen nicht nur in den USA. 250 000 Berliner nahmen an einer Gedenkfeier vor dem Rathaus Schöneberg teil. Der am 29. Mai 1917 geborene John Fitzgerald „Jack" Kennedy war nur drei Jahre lang Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, aber in diese kurze Zeit fielen Ereignisse, die bis heute die Welt bewegen: die heißeste Phase des Kalten Krieges mit dem Bau der Berliner Mauer und der Kuba-Krise, der Wettlauf um die Raumfahrt, die Anfänge des Vietnamkrieges, das Aufbegehren der afroamerikanischen Bürger.


Kurz vor seinem Tod: John F. Kennedy (M.) mit seiner Frau Jacqueline sowie John und Idanell Connally

Bild: action press

Das Mitglied der Demokratischen Partei war der 35. Präsident der USA und der erste Katholik in diesem Amt. Als Kind einer vermögenden Familie – der Vater leitete ein Investment-Unternehmen – wuchs John F. Kennedy umgeben von Luxus auf. Es mangelte an nichts, außer an Gesundheit. Krankheiten begleiteten Kennedy sein Leben lang. Mehrfach musste er deshalb sein Studium der Volkswirtschaft und der Politikwissenschaft aufschieben. Das hielt ihn allerdings nicht davon ab, sich in den Jahren tüchtig auszutoben, in denen sein Vater Botschafter in London war. Er hatte den Ruf, ein Frauenheld zu sein. Sein gesteigerter Geschlechtstrieb wurde später auf seine medikamentösen Behandlung zurückgeführt.

Während des Krieges war Kennedy Kommandant des Schnellbootes PT-109. Das wurde in der Nähe der Salomonen am 2. August 1943 von einem japanischen Zerstörer gerammt und sank. Obwohl am ohnehin kranken Rücken zusätzlich verletzt, schwamm Kennedy mit einem verletzten Mann seiner Crew im Schlepp zu einer fünf Kilometer entfernten Insel. Von der wurden die Überlebenden gerettet. Die Insel erhielt später den Namen Kennedy-Island.

Nach den Vorstellungen des Vaters hätte eigentlich John F. Kennedys älterer Bruder Joseph politisch Karriere machen sollen. Doch der Bruder fiel 1944. Nun war John F. gefordert, das äußerst hochgesteckte Ziel des Vaters anzustreben, Präsident zu werden. Dabei konnte er auf die finanzielle Unterstützung des Vaters vertrauen. 1946 bewarb er sich erstmals erfolgreich um einen Sitz im Repräsentantenhaus. Drei Wahlperioden gehörte er dem Kongress an. Aber um Präsident zu werden, musste er in den Senat. Der Vater machte dafür mehrere Millionen Dollar locker. Das wurde mit einem äußerst knappen Sieg belohnt. 1952 war John F. Kennedy US-Senator für Massachusetts, er trat „den korrumpierendsten Job der Welt" an, wie er wenig später feststellte. Damit war zwar eine große Hürde genommen, aber als Junggeselle hatte er keine Chance, in das höchste Amt zu gelangen. Er heiratete Jacqueline Bouvier.

Am 8. November 1960 war das große Ziel erreicht – John F. Kennedy setzte sich mit 43 Jahren als jüngster ins Amt gewählte Präsidentschaftskandidat knapp gegen Richard Nixon durch.

Die Amtszeit dauerte nur 1036 Tage. Sie endete mit den Schüssen von Dallas. Seitdem wabern Gerüchte und Mutmaßungen. Zwar geht der offizielle Untersuchungsbericht, der Warren-Report, von der alleinigen Täterschaft Lee Harvey Oswalds aus. Aber trotz einer Faktensammlung auf 888 Seiten nach zehn Monaten Untersuchung und der Befragung von 600 Zeugen vermochte der Warren-Report viele Menschen nicht zu überzeugen. Schon Jackie Kennedy wollte nicht glauben, dass nur ein „alberner, kleiner Kommunist" ihren Mann ermordet habe.

Jetzt soll es noch nicht einmal für einen „albernen, kleinen Kommunisten" reichen. Die für John F. Kennedy tödliche Kugel sei aus dem Gewehr eines Leibwächters gekommen, behauptet der Kriminalist Collin McLaren. Der Secret-Service-Mann George Hikkey, der dem Begleitschutz des Präsidenten zugeteilt war, habe am Abend zuvor zu tief ins Glas geschaut und sei verkatert gewesen. Nach dem ersten Schuss Lee Harvey Oswalds habe er sein Gewehr in Anschlag gebracht. Als der Wagen nach jähem Stopp plötzlich wieder anfuhr, habe sich der Schuss gelöst, der Kennedy in den Kopf traf. Diese Version ist keineswegs neu, aber die ballistischen Erkenntnisse, mit denen sie nun belegt werden sollen, werden als vollkommen neu präsentiert. Angeblich sei der Tathergang auch schon lange bekannt, aber die Wahrheit aus Staatsräson unterdrückt worden. Hickey hat bestritten, einen Schuss abgegeben zu haben. Er kann nicht mehr gefragt werden, er starb vor zwei Jahren. Die Verschwörungstheorien aber leben fort. *Klaus J. Groth*

Europa war sein Vorbild

Vor 75 Jahren starb der Begründer und erste Präsident der Republik Türkei, Mustafa Kemal Atatürk

Volksführern werden maßlose Beinamen verliehen. Selten aber sind sie so zutreffend wie beim osmanischen Kriegshelden und türkischen Staatsgründer Mustafa Kemal. Als die kemalistische Kulturrevolution 1934 für alle Türken einen Nachnamen verbindlich werden ließ, wurde er zu „Atatürk", das ist der „Vater der Türken". Der Name ist handelsrechtlich geschützt und darf auf keinem anderen Zusammenhang verwendet werden. Tatsächlich hat dieser Mann „die Türken" in den politischen Kurs Europas gebracht. Auf der Folie des zerfallenden osmanischen Reichs führte er die Fiktion dieser neuen Nation 1932 sogar in den Völkerbund. Diese Entwicklung ist nicht nur von Widersprüchen gezeichnet, sie ist eigentlich ein Widerspruch in sich, indem Atatürk gleichermaßen Vernichter wie auch Erbe des osmanischen Sultanats war.

Da ist es kein Wunder, dass es heutigen Beobachtern oft schwer fällt, die Merkmale der islamischen Renaissance in der jüngeren Türkei von den Kennzeichen des überlieferten kemalistischen Personenkultes zu unterscheiden. Einerseits nutzte Kemal die vorhandene Einbindung des mul-


Bild: Archiv

Mustafa Kemal Atatürk

tiethnischen osmanischen Staatsvolks in den Islam. Andererseits etablierte er einen radikalen Laizismus. Er versuchte den heiligen arabischen Koran durch Übertragung in die neutürkische Sprache zu entzaubern und führte die lateinische Schrift ein. Aber den eigenen fast heiligmäßigen Namen bewahrt noch immer das Gesetz zum Schutz seines Ansehens vor jeder Profanisierung. Diese pragmatische Inkonsequenz setzte sich postum fort. Der Sarkophag in dem ungeheuren Mausoleum auf einem antiken phrygischen Grabhügel in Ankara ist nach Mekka ausgerichtet. Mustafa Kemal Atatürk, der bereits mit 57 Jahren an den Folgen einer Leberzirrhose starb, wurde erst 1953 dorthin überführt.

Geboren wurde er 1881 in Saloniki in der makedonischen Provinz des Reiches. Den ersten Beinamen Kemal (Vollendung, Reife) erhält er als Knabe in der Militärschule. Unbotmäßigkeit, Alkoholismus und der Verkehr mit Prostituierten tragen ihm Verweise ein. Dennoch absolviert er die Ausbildung mit guten Ergebnissen und wird zur Aufstandsbekämpfung in Syrien und zum Partisanenkampf gegen die Italiener in Libyen eingesetzt. Die jungtürkische Reformelite weist den politischen Aktivisten zunächst ab. Später entwickelt sich eine Rivalität zum Kriegsminister Enver Pascha, mehrfach nimmt ihn dabei der deutsche Befehlshaber Liman von Sanders in Schutz.

1915 schlägt die Geburtsstunde des „Retters von Gallipoli". Bei der versuchten Eroberung der Dardanellen erleben die Alliierten eine Niederlage. Drei Kriegsschiffe werden versenkt, drei weitere schwer beschädigt. Seine eigenmächtige Verteidigung der Ariburnu-Anhöhe gegen starke neuseeländische und australische Einheiten vereitelt deren Landung und führt zum Rücktritt von Marineminister Winston Churchill. 1917 begleitet Kemal den osmanischen Kronprinzen ins deutsche Hauptquartier nach Kreuznach. Als der ihn vorstellen will, wird er sogleich von Wilhelm II. unterbrochen, der sofort die Einheit zu nennen weiß, die Kemal bei Gallipoli befehligte.

Die griechische Invasion nach Weltkriegsende wird dann paradoxerweise zum Geburtshelfer der modernen Türkei. Mit der normativen Kraft des Faktischen führen Kemals Erfolge in der asymmetrische Kriegsführung gegen die Besatzer Anatoliens zur Anerkennung des Parlaments in Ankara durch die Istanbuler Regierung. Als einziges unterlegenes Land gelingt der Türkei die Revidierung eines Siegerdiktats. Der hohe Preis dafür besteht in einem gewaltigen Bevölkerungsaustausch von Griechen und Türken. 1923 schreibt der Vertrag von Lausanne die Grenzen der heutigen Türkei fest.

> Nationalismus und Laizismus gehören zu seinem Erbe

Nach dem erfolgreichen Unabhängigkeitskrieg setzte die kemalistische Kulturrevolution ein. Das Türkentum soll vorerst nicht ethnisch, sondern über die Sprache und das Zugehörigkeitsgefühl begründet werden. Auf diesem Wege sollen auch die Kurden und andere Volksgruppen eingebunden werden. 1922 wird das Sultanat beendet und die Herrscherfamilie des Landes verwiesen. 1924 erlischt das Kalifat. Kemal erwog zugleich, die christlichen Patriarchate und das Oberrabbinat abzuschaffen. Er übernimmt das italienische Strafrecht und die deutsche Verkehrsordnung. Die wechselnde Kopfbedeckung des Staatsgründers, vom Fez über die Lammfellmütze zum Panamahut, wird zum äußeren Merkmal des Wandels. 1914 hatte er noch auf einem Kostümball in Sofia als Janitschar das Ehrgefühl der Bulgaren provoziert. 20 Jahre später erlässt er ein „Gesetz über das Huttragen". Im Zusammenhang mit der „Hutrevolution" werden sogar Todesurteile vollstreckt und wegen des Mangels an vorschriftsmäßigen Kopfbedeckungen gehen Herren mit Damenhüten auf die Straße.

Eine abwägende Einschätzung seines Wirkens und seiner Persönlichkeit wird erschwert durch die immer noch staatstragende Bedeutung von Atatürks Vermächtnis. *Sebastian Hennig*

Sieger von Roßbach und Zorndorf

Friedrich Wilhelm von Seydlitz gilt als einer der genialsten Reiterführer der neuesten Geschichte

Was in der modernen Kriegführung die Panzer sind, waren zur Zeit Friedrichs des Großen – und auch noch später – die Kürassiere, die schweren Reiter. Als größter Reitergeneral jener Zeit gilt Friedrich Wilhelm von Seydlitz. Er half dem Alten Fritz manche Schlacht zu gewinnen. Vor 240 Jahren starb er – am 8. November 1773.

Die Seydlitz sind schlesischer Uradel. Friedrich Wilhelm wurde jedoch am 3. Februar 1721 in Kalkar bei Kleve, das damals schon zu Preußen gehörte, als Sohn eines Rittmeisters geboren. Mit 18 Jahren trat er 1739 in ein preußisches Kürassierregiment ein. Bereits im Ersten Schlesischen Krieg (1740–1742) tat er sich hervor. Bei Ratibor geriet er im Frühjahr 1742 nach tapferem Kampf in Gefangenschaft, wurde aber nach wenigen Wochen ausgetauscht. Im Zweiten Schlesischen Krieg (1744/45) zeichnete er sich bei Hohenfriedberg aus. Mit eigener Hand nahm er den sächsischen General Georg Sigismund von Schlichting gefangen. Der König beförderte ihn dafür zum Major. Mit 32 Jahren wurde er 1753 Kommandeur eines Kürassierregiments.

Den Gipfel des Ruhms erklomm Friedrich Wilhelm von Seydlitz im Siebenjährigen Krieg (1756–1763). Bei Kolin griff er mit zehn Schwadronen entscheidend ein. Zwei Tage später war er Generalmajor. Kurz vor der Schlacht bei Roßbach am 5. November 1757 ernannte ihn der König zum Oberbefehlshaber der gesamten preußischen Kavallerie. Durch seinen kühnen Reiterangriff entschied Seydlitz den Sieg über die Reichsarmee und die Franzosen. Der Erfolg trug ihm den Rang des Generalleutnants ein. Er selbst wurde in der Schlacht verwundet und musste sich den Winter über in Leipzig auskurieren.

Seydlitz' zweiter großer Erfolg war der Sieg über die Russen in der Schlacht bei Zorndorf am 25. August 1758. 61 Schwadronen warf er in den Kampf, mit denen er den entscheidenden Angriff durchführte. In der unglücklichen Schlacht bei Kunersdorf ein Jahr später zerschmetterte ihm eine Kartätschenkugel die rechte Hand. Er heilte die Wunde in Berlin aus und heiratete bei dieser Gelegenheit die Gräfin Susanne Johanna Albertine von Hacke, dann begab er sich wieder an die Front. Wesentlichen Anteil hatte er an der Verteidigung Berlins gegen die Russen im Herbst 1760.

Nach dem Friedensschluss übertrug Friedrich II. seinem bewährten Reitergeneral die Inspektion aller in Schlesien stehenden Kavallerieregimenter. 1767 beförderte er ihn zum General der Kavallerie. Zehn Jahre nach Kriegsende starb Friedrich Wilhelm von Seydlitz in Minkowski bei Namslau. Auf dem Berliner Wilhelmsplatz ließ ihm der König eine Statue errichten.

Friedrich Wilhelm von Seydlitz war nicht nur ein tapferer Soldat und tüchtiger Reiterführer. Er hatte auch wesentlichen Einfluss auf die Kriegskunst seiner Zeit. Den taktischen Wert der Kavallerie sah er in der Ausbildung der gesamten Reitertruppe in der Geländereiterei im Gegensatz zur Ausbildung des einzelnen Reiters in der hohen Schule. Campagne-Schule nannte man dieses System. Die von Friedrich dem Großen eingeführte Kampfform beherrschte er meisterhaft: die Attacke im Galopp mit anschließendem Stoß in schärfster Gangart und geschlossener Einbruch mit der blanken Waffe. Wenn nach diesem System eine gewaltige Masse von Pferdeleibern heranpreschte, gerieten die feindlichen Reihen ins Wanken.

Seydlitz, der vielfach als der genialste Reiterführer der neueren Geschichte bezeichnet wird, war von Jugend auf selbst ein ausgezeichneter Reiter. In Schwedt an der Oder, wo er als junger Offizieranwärter Dienst bei den Dragonern des Markgrafen tat, erzählte man damals bewundernd mancherlei über die Reiterkunststückchen des jungen Seydlitz. In Ostpreußen hat er nie Dienst getan, doch verband ihn eine enge Beziehung mit dem ostpreußischen Pferd. Er war der erste höhere Kavallerieführer, der den Wert des Trakehners als Militärpferd erkannte und ausschließlich Trakehner kaufte. *E.B.*



In der Schlacht bei Roßbach am 5. November 1757: Friedrich Wilhelm Freiherr von Seydlitz-Kurzbach — Bild: BpK

Kommandant von U 434 kam aus Arys

Am 14. November 1913 wurde Wolfgang Heyda als zweites Kind des Rechtsanwalts Karl Heyda und dessen Frau Charlotte geborene Zander im ostpreußischen Arys, Kreis Johannisburg geboren. Seine Eltern stammten beide aus Königsberg. Heyda besuchte die Grundschule in Liegnitz und anschließend das Johanneum, wechselte jedoch in der Sekunda an das Städtische evangelische Realgymnasium in der Baumgartstraße, wo er am 26. Februar 1931 das Abitur ablegte. Nach der Schule studierte Heyda an der Universität von Exeter englische Literatur, Geschichte und Volkswirtschaft bis zum Dezember 1931. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland begann er eine Banklehre bei der Deutschen Bank AG in Liegnitz, bewarb sich jedoch gleichzeitig als Marineoffizierbewerber.

Am 14. August 1932 ging der größte Wunsch des jungen Mannes endlich in Erfüllung. Er begann seine Laufbahn als Matrose/Seeoffizieranwärter bei der Marine. Am 6. November 1932, nach dem üblichen Ausbildungsgang, folgte eine Auslands-Ausbildungsreise auf dem Kreuzer „Köln“. Heyda lernte entfernte Länder und Menschen anderer Völker kennen. Ihm wurden zukünftige seemännische, waffentechnische und seetaktische Fähigkeiten vermittelt.

Am 1. Januar 1934 wurde Heyda zum Fähnrich zur See befördert, am 1. September 1935 zum Oberfähnrich zur See und am 1. Januar 1936 zum Leutnant zur See. Seit dem 1. Oktober 1937 Oberleutnant zur See, bekam Heyda im Oktober 1939 ein Bordkommando auf dem Kreuzer „Admiral Scheer“. Im April 1940, nach der Beförderung zum Kapitänleutnant, wechselte er zur immer größer werdenden U-Boot-Waffe. Wolfgang Heyda übernahm als Kommandant U 120, das zur 21. U-Flottille gehörte. Am Ende seiner Ausbildung bekam Heyda ein eigenes Boot, einen Neubau von der Danziger Schichau-Werft, U 434.

Wolfgang Heyda starb 1947 an Kinderlähmung

Am 26. Oktober 1941 verließ U 434 Kiel zu seiner ersten und letzten Feindfahrt. Nach Zwischenstopps in Frederikshavn und Kristiansand nahm es Kurs auf den Nordatlantik. Bei der Verfolgung des Geleitzuges HG 76, wurde U 434 am 18. Dezember 1941 nördlich von Insel Madeira von den britischen Zerstörern „Blankney“ und „Stanley“ durch Wasserbomben aufgebracht und zerstört. Über Gibraltar und England führte dann der Weg in die sechsjährige Kriegsgefangenschaft im Lager Bowmanville/Ontario in Kanada. Heyda nutzte die Zeit mit Studien und konnte einen technischen Hochschullehrgang mit dem Vorexamen absolvieren. Nach einem missglückten Fluchtversuch und der Verlegung in ein anderes Lager studierte Heyda fünf Semester Literatur, englische und amerikanische Geschichte sowie Philosophie. Zwei Gedichtbände, eine Erzählung und eine geschichtliche Arbeit entstanden in diesen Jahren. Weiterhin wurde er während der Gefangenschaft zum Korvettenkapitän befördert und heiratete per Ferntrauung die Königsbergerin Ruth Brosell.

Nach der Entlassung am 6. Mai 1947 siedelte sich Wolfgang Heyda mit seiner Frau in Kiel an. Doch schon am 21. August 1947 starb er an Kinderlähmung, die Geburt seiner Tochter am 16. Februar 1948 erlebte er nicht mehr. *PAZ*

Durchbruch mit der Luise

Vor 125 Jahren erhielt Emil Hundrieser für die Sitzstatue der Königin die »Kleine Goldene Medaille«

Vor 125 Jahren gelang dem gebürtigen Königsberger Bildhauer Emil Hundrieser mit seiner auf der 60. Ausstellung der Königlichen Akademie der Künste zu Berlin vorgestellten Sitzstatue der Königin Luise der Durchbruch. Diese Arbeit war zwar ohne Auftrag erfolgt, aber dennoch für Hundrieser lukrativ, da die Königin Luise aufgrund ihrer Popularität schon in vielen Bildwerken geehrt worden war.

Das Modell zeigt Königin Luise, auf einem Empire-Lehnstuhl sitzend, soeben die Lektüre eines Buches unterbrechend, um sinnend zu verharren. Aufrechten Hauptes schweift ihr Blick in die Ferne. Das Werk ist in seiner ganzen Erscheinung idealisiert, Gewandbehandlung und Haarmodellierung weisen aber schon auf die neubarocke Stilform hin, die in Reinhold Begas' Werk in Vollendung zum Ausdruck kommen sollte.

Auf der Ausstellung, die vom Juli bis zum Oktober des Dreikaiserjahres 1888 dauerte, waren weitere namhafte Kollegen wie Max Baumbach, Alexander Calandrelli, Emil Cauer, Gustav Eberlein oder Erdmann Encke mit Modellen vertreten. Hundrieser erhielt für sein Modell die „Kleine Goldene Medaille“. Georg Voß, der für die Zeitschrift „Kunst für Alle“ diese Ausstellung kommentierte, beschrieb Luises „runde Formenfülle“ als der des Encke'schen Standbildes im Tiergarten nachempfunden.

Maßgeblich war jedoch für Hundrieser laut Überlieferung eine von Johann Gottfried Schadows Hand gefertigte Büste der Königin Luise. Seitens der National-Galerie Berlin erfolgte der Auftrag, die Sitzstatue in carrarischem Marmor auszuführen. 1895 wurde das Werk von der National-Galerie Berlin angekauft. Doch bereits 1910 gelangte es als Leihgabe in den Kurpark von Bad Pyrmont, wo es heute noch zu besichtigen ist. Der Erfolg war sicherlich auch darin begründet, dass diese Luisen-Darstellung mit dem Sitzmotiv einen Prototypen der wilhelminischen Ära darstellte. Die Sitzstatue wurde auch auf der Münchner Internationalen Ausstellung 1892 vorgestellt, löbliche Erwähnungen in führenden Kunstzeitschriften und allgemeines Interesse an Hundriesers Werk folgten.



Foto: Museum im Schloss Bad Pyrmont

Beliebte Sehenswürdigkeit: Marmorstatue der Königin Luise

Mit seinem Modell zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal am „Deutschen Eck“ in Koblenz führte Hundrieser einen weiteren Prototypen ein, der formal vorbildlich für andere Bildhauer werden sollte. Das Motiv der Darstellung eines weiblichen Genius an der Seite der Reiterstatue war zwar bereits 1889 im Entwurf zum Reiterstandbild für das Kyffhäuser-Denkmal geboren, doch wurde hier die Variante preisgekrönt und zur Ausführung bestimmt. Erst 1895 konnte er das Modell von 1889 umsetzen. Dieses mit 14 Metern ohne Sockel damals größte Reiterdenkmal der Welt wurde 1897 feierlich eingeweiht. Reinhold Begas zum Beispiel hat das Motiv des weiblichen Genius an der Seite der Equestre-Statue für sein Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal in Berlin aufgegriffen. Begas Einfluss wiederum führte sehr früh zur Loslösung aus der von Hundriesers Lehrer Rudolf Siemering übernommenen Rauch-Tradition. Der neubarocke Kunststil, der als Zeitstil zu begreifen ist, drückt sich auch in Hundriesers Werken aus.

Sitzstatue gelangte 1910 nach Bad Pyrmont

Mit Beginn des neuen Jahrhunderts ließ der Einfluss des Kaisers auf die Kunst seiner Zeit nach; die Avantgarde, zu der Künstler wie August Kraus, Louis Tailon oder Peter Breuer gehörten, setzte sich allmählich durch. Hundrieser war es jedoch zeitlebens nicht möglich, sich vom Neubarock zu lösen und die neuen Akzente in der Kunst aufzugreifen. Seine letzten Schaffensjahre sind geprägt durch überwiegende Arbeiten für einen privaten Auftraggeberkreis. Der Staat hatte ihn fast vergessen; in den wenigen, von kommunaler Seite ausgeschriebenen Wettbewerben, an denen der Künstler teilnahm, scheiterte er. Ihm war nur noch ein Auslandserfolg beschieden, eine internationale Wettbewerbsausschreibung zu einem Denkmal zum Andenken an die Gründung des Weltpostvereins. Hundriesers 1903 eingereichtes Modell brachte ihm einen ersten Preis. Der Erfolg war für ihn noch einmal sehr beachtlich, hatten doch etwa 120 Modelle zur Wahl gestanden, von denen lediglich sechs Entwürfe prämiert worden waren. Neben Hundrieser wurden drei weitere Bildhauer mit einem ersten Preis ausgezeichnet. In einer engeren Konkurrenz siegte dann aber ein Franzose, dem die Ausführung seines Modells zugesprochen wurde.

Hundrieser, der 1905 als Nachfolger Rudolf Siemerings, der in jenem Jahr verstorben war, Direktor des Rauch-Museums wurde, hat offensichtlich mit Aufnahme dieser Tätigkeit seine Bildhauerlaufbahn aufgegeben. Als Hundrieser am 30. Januar 1911 in seiner Wohnung starb, hatte er den Ruhm um einige Jahre überlebt. *PAZ*

Es wird mit moralischer Erpressung regiert

Zu: Verschiebung der Schuld (Nr. 42)

Es scheint mir gar nicht das Ziel der EU zu sein, den Flüchtlingsstrom aus Afrika unter Kontrolle zu bekommen. Wie sonst ist es erklärbar, dass aus höchsten Kreisen der EU – allen voran von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und EU-Außenbeauftragte Viviane Reding – die Forderung zu hören war, die Aufnahmeregelungen für Flüchtlinge zu lockern. Bisher ist diesen Forderungen von Seiten der europäischen Innenminister allerdings eine klare Absage erteilt worden.

Nur wer sich vor Augen hält, das die EU lediglich die Blaupause zur „Neuen Weltordnung“ ist, der kann davon ausgehen, dass früher oder später die multikulturelle Vermischung unseres mehrheitlich weißen Kontinents nachhaltiger denn je vorangetrieben wird. Offiziell steht der humanitäre Gedanke bei der Aufnahme von Flüchtlingen anscheinend im Vordergrund, zumindest wird dies so dargestellt, aber ähnlich wie bei der BRD im kleinen, wird hier die Einwanderung kultur- und raumfremder Menschen in erster Linie als Mittel zur Zersetzung genutzt.

Der Gummibegriff der „Vielfalt“ wird hier zweckentfremdet und ins Gegenteil verkehrt, denn gerade die Vielfalt der einzelnen europäischen Völker soll ja eben nicht erhalten bleiben, sondern nur schrittweise in einen multikulturellen Einheitsbrei verwandeln.

Leider ist dieser Plan schon ziemlich weit verwirklicht worden. Flankiert wird all das von diversen „Pro Asyl“-Vereinigungen und den nahezu gleichgeschalteten Medien, die ganz genau wissen, dass in Europa mit moralischer Erpressung regiert wird.

Jens Niemann, Seelze

Postum in Polen geboren?

Zu: „Enorm vorangekommen“ (Nr. 37)

Im *PAZ*-Interview sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Brähmig: „So hat auf unsere Initiative die Konferenz der Innenminister in der Tat bereits im Frühjahr beschlossen, dass bei der Eintragung des Geburtsortes die Wünsche eines etwa in Königsberg – heute Kaliningrad – geborenen Antragstellers angemessen berücksichtigt werden.“

Die Botschaft hör' ich wohl, allein die Wirklichkeit ist eine andere. So lange es gesetzlich möglich ist, dass es im Ermessen des Standesbeamten liegt, entweder auf den Zeitpunkt des Beurkundungsereignisses oder auf den Zeitpunkt der Beurkundung im Sterberegister abzustellen, so lange kann man auf den Seelen der Hinterbliebenen herumtrampeln. Was ist das für eine Rechtsordnung?

Ich selbst bin im Kreis Angerburg in Ostpreußen geboren. Soll auf der einmal auf mich bezogenen Sterbeurkunde hinter dem Geburtsort in Klammern Polen stehen? Nein, danke! Ist es nicht an der Zeit, das betreffende Gesetz zu ändern? **Alfred Schwarz, Frankfurt am Main**

Zweifel an Gauck

Zu: Blasser Blender (Nr. 40)

Ich finde den *PAZ*-Artikel wirklich gut. In diesem Staat muss auch ein Bundespräsident Kritik aushalten können.

Sind denn der Bundespräsident und die Kanzlerin für Deutschland oder Europa zuständig? Wir haben genügend Mitbürger, die in Armut leben und mit jedem Pfennig rechnen müssen. Die Straßen und Brücken, die Schulen und Schwimmbäder und viele andere Gebäude sind marode, die Firmen verabschieden sich aus einer Firmenaltersversorgung und vieles mehr. Ein Mitbürger, der Wohngeld bekommt, kann nichts für das Alter zurücklegen. Wie lange wird es den Euro noch in dieser Form geben? Wie wollen wir die Kosten für die Wirtschaftsflüchtlinge „wuppen“? Vielleicht geben die Fernsehbosse, die Politiker, Bundespräsident Gauck oder andere Gutmenschen mal etwas von ihrem Vermögen ab.

Bleiben Sie auf der Linie, ich lese die Zeitung sehr gerne und die Zweitleser sagen mir immer wieder überrascht, „So etwas schreiben die anderen nicht“. Die schweigende Mehrheit steht zu Ihnen. **Joachim Bolz, Breitenfelde**

Muslime kommen

Zu: Verschiebung der Schuld (Nr. 42)

Aiman Mazyek, Generalsekretär des Zentralrats der Muslime, wie auch andere Vertreter muslimischer Verbände beklagen wortreich die Situation der Muslime in Deutschland. Islamfeindlichkeit schlage ihnen entgegen, täglich würde ihnen Gewalt und Unrecht zugefügt. Muslime seien die Juden unserer Zeit. Islamophobie müsse Straftatbestand werden. Die Morde der NSU seien nur die Spitze des Eisberges.

Von diesen Vorwürfen möchte ich ausgehen, wenn ich an die Flüchtlinge im Mittelmeer denke. Ein wesentlicher Teil der Flüchtlinge, die mit Hilfe von Schlepperbanden nach Europa wollen, dürften Muslime sein. So waren nach Auskunft vom „Amt für Migration und Flüchtlinge“ in den Jahren 2005 bis 2007 genau 48,7 Prozent der Asylbewerber Muslime. **Wilfried Puhl-Schmidt, Kehl**



Bild: action press

Ist der Flüchtlingsstrom nach Lampedusa hausgemacht? Erst durch den auch von der EU unterstützten Sturz stabiler Regierungen wie in Libyen und Ägypten kam es zum Flüchtlingselend

Sozial-Tourismus

Zu: Getrübter Blick (Nr. 41)

Die Phrasen der lernunwilligen EU-Politiker sind nur noch ein weiterer Anreiz für noch mehr waghalsigen Sozial-Tourismus.

Warum protestiert man nicht auch gegen die strengen Einwanderungsbestimmungen der USA und gegen den riesigen Zaun an der Grenze zu Mexiko? Wenn Flüchtlingsboote aus Häfen kommen, kann das Auslaufen durch Verträge mit den entsprechenden Staaten verhindert werden. Auch lassen sich Kapitäns- und Offizierspatente derjenigen aberkennen, die illegal Personen an Bord nehmen. Für die Ermittlung der im Hintergrund gut verdienenden Schleuser ließen sich die Heere von Geheimdienstagenten endlich einmal sinnvoll einsetzen. Auf der anderen Seite könnten im Ausland Fachkräfte ordnungsgemäß angeworben werden, die in der EU wirklich benötigt werden.

Dr. Klaus-J. Schneider-Haßloff, Berlin

Von Strauß lernen

Zu: Verehrt, verhasst und schmerzlich vermisst (Nr. 38)

Mit Strauß wäre die dramatische Finanzlage der Kommunen nicht eingetreten. Er war der letzte Politiker auf hoher Ebene, der noch um die Abläufe in den Kämmereien in Städten und Gemeinden sowie den Kanälen zwischen diesen und Kreisen, Ländern und Bund Bescheid wusste. Er besaß einen Weitblick, den man jetzt erst richtig schätzen lernt, da die derzeitigen Politikdarsteller der Wetterfahne immer wieder nachlaufen. Die Autobiografie von Strauß sei allen empfohlen, die sowohl herzhaft lachen als auch viele Hintergründe kennenlernen wollen. **Gernot Schmidt, Wilnsdorf**

Erst Anführer verjagen, dann selbst abhauen

Zu: Verschiebung der Schuld (Nr. 42)

Wo um Gottes Willen kommen die vielen Flüchtlinge her und warum kommen die angeblich Mittellosen, die für eine Überfahrt in einem Seelenverkäufer zirka 1000 Euro zahlen, in Scharen zu uns? Und warum wird uns von unseren Politikern und Medien eingebleut, dass wir sie als wahre Freunde mit Wohlwollen empfangen sollen? Das leuchtet uns nicht so recht ein, denn, bezahlt werden sie ja von unseren Steuergeldern.

Diese Flüchtlinge haben insofern Pech, weil die Alliierten bekanntlich ihre Führer ausgemerzt haben. Wenn es diese „bösen“ Führer (Gaddafi zum Beispiel) noch gäbe, wären diese Flüchtlinge Asylanten und würden so noch besser bezahlt bei uns.

Politische Flüchtlinge können es also nicht sein, da ja die USA und besonders England die politischen Führer dieser Massen verschwinden ließen, weil sie – wie damals in unseren Medien berichtet wurde – alles Schurken, Schlächter oder Banditen waren, die das Volk ausgesaugt und malträtiert haben, wie es – außer in der *PAZ* – in allen Zeitungen zu lesen war. Später stellte sich heraus, dass alles erstunken und erlogen war. So wie im Irakkrieg.

Was die augenblickliche Massenzuwanderung betrifft, haben unsere Politiker für die Zuwanderer das mitleiderregende Wort „Schutzsuchende“ geprägt. Hier sei die Frage erlaubt: vor was Schutz suchen? Das libysche Volk war in seiner großen Mehrheit für Gaddafi, der erwiesenermaßen dem Land als Nachfolger von König Idris (der praktisch ein Stammesfürst war und seine Senussi natürlich „bevorzugte“) einen ungeheuren Aufschwung und einen gewissen Wohlstand gebracht hatte und zwar vor allem von dem Geld, das er vom Verkauf des libyschen Öls erwirtschaftet hatte.

Zugegeben: Unzufriedene Bürger, die ihre Regierung nicht mögen, gibt es überall. Ich bin auch nicht zufrieden mit allen Entscheidungen der Bundesregierung. Nur habe ich keine bereitwilligen ausländischen Freunde, die mich ebenso unterstützen würden, eine politische Clique mit militärischen Mitteln aus dem Land zu jagen. **Bert Jordan, Landstuhl**

SPD-Ideale im Morast versunken

Zu: Schwarzes Brandenburg (Nr. 40)

Das originäre Programm der Sozialdemokratischen Partei wurde nun schon über mehrere Generationen derart oft angepasst und umgeschrieben, dass nur noch der Zipfel von der ursprünglichen 1863er-SPD-Mütze sichtbar ist. Alles andere von der SPD ist zusammen mit dem deutschen Idealismus politisch korrekt im Morast versunken.

Nachdem durch die bereits 1919 erzwungene Deindustrialisierung den Deutschen das Arbeiten praktisch unmöglich gemacht wurde, braucht man auch keine Arbeiterpartei mehr. Eigentlich braucht Deutschland überhaupt keine Parteien mehr; denn zumindest die Bundesrepublik wird täglich ein Stück mehr abgewickelt. Was sich bei den Ostgebieten noch über eine Generation lang hinzog und bezüglich der früheren SBZ wenige Jahre dauerte, das erledigt aktuell die Nomenklatura als Staat im Auftrag unserer „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“ (Carlo Schmid, 1948) ganz entspannt in wenigen Monaten.

Die Partei „Alternative für Deutschland“ möge zur Kenntnis nehmen, dass sie allenfalls dafür sorgen kann, damit man in Deutschland noch über die wahren Belange der Deutschen medienwirksam diskutiert. Gut, auch das ist in der Tat eine gigantische Leistung. Aber mehr wird aktuell keiner deutschen Minderheit gestattet. **Gerald Franz, Bonn**

Böser »Terrorakt«

Zu: Polizei entfernt Mahnmal (Nr. 42)

Die Danziger Vergewaltiger-Skulptur war im Internet schon zu sehen. Ich behaupte, der Künstler ist ein mutiger Student. Er wollte die Skulptur auch nach Berlin bringen. Aber hier wäre das ein bitterböser nazistischer Terrorakt. **Peter Schumacher, Melsungen**

Lindner doch ein Heiliger?

Zu: Der Retter (Nr. 39)

„Sachkenntnis trübt die Klarheit des (Vor-)Urteils“, sagt man. Oder war es der Dunstwirbel von Bernd Luckes AfD, der den Blick des Autors auf Christian Lindner getrübt hat? Anders als im Wochenrückblick behauptet, hat Lindner den Koalitionsvertrag nicht mitverhandelt. Lindner ist erst am 14. Dezember 2009 FDP-Generalsekretär geworden. Auch den Mitgliederentscheid zum Euro-Rettungsschirm hat er nicht organisiert. Ein Blick in das damalige Organigramm der FDP-Bundesgeschäftsstelle zeigt, dass dafür die Bundesgeschäftsführerin als Organisationsleiterin zuständig war, nicht jedoch Lindner.

Lindner war zwischen 1997 und 2004 erfolgreich beruflich selbstständig. 2000/2001 war er Minderheitsgesellschafter eines Internet-Unternehmens, das das Schicksal des Neuen Marktes geteilt hat. Die KfW-Fördermittel hat nicht Lindner erhalten – das wäre rechtlich gar nicht möglich gewesen –, sondern ein privater Risikoinvestor, der sich an der Unternehmensgründung beteiligt hatte. KfW-Fördermittel sind übrigens unter anderem bewusst für die Förderung des Einsatzes von Wagniskapital beziehungsweise von technologischen Neugründungen ausgelegt, die aufgrund ihres Risikoprofils keine reguläre Finanzierung erhalten würden.

Unabhängig vom Einzelfall muss sich der Autor fragen lassen, ob er jungen Unternehmensgründern Mut macht, indem er das unternehmerische Scheitern eines 21-jährigen beziehungsweise das massenhafte Scheitern der „New Economy“ zu einem Lebensmakel hochstilisiert. Die Wochenrückblicke habe ich bisher stets mit großem Vergnügen gelesen. Das ist nunmehr durch Zweifel an objektiver Recherche leider getrübt. **Hans Bundszus, Rösrath**

Danziger Vergewaltiger-Mahnmal als dankenswerte Provokation

Zu: Polizei entfernt Mahnmal (Nr. 42)

Unsere öffentlich-rechtlichen und auch privaten Medien tun sich sichtlich schwer mit der Thematik Massenvergewaltigung durch Rotarmisten in den Ostgebieten. Die Aufstellung des Vergewaltiger-Mahnmals in Danzig ist für Polen ein großes Ärgernis. Wäre die Skulptur in Warschau, Lublin oder Krakau ausgestellt worden, die Reaktionen in Polen wären eher positiv gewesen. Denn dann wäre klar, dass die schwangere Frau eine Polin sein muss und keine Deutsche.

In Danzig aber ist die Wahrscheinlichkeit, dass die vergewaltigte Frau eine Deutsche war, ungleich höher. So sind auch die Mainstream-Medien peinlich berührt. Die „Bild“-Zeitung berichtet zum Beispiel darüber, dass in Danzig „überwiegend deutsche Frauen“ betroffen waren, aber auch „deportierte Gefangene aus Polen und Russland. Klar. Die deutsche Frau und ihr ungeborenes Kind dürfen keine Opfer sein. Niemals! Aus diesem Grund werden die polnischen und russischen Frauen ebenfalls genannt.

Ich bin mir sicher, dass es auch zu Übergriffen auf Polinnen und Russinnen kam, jedoch nicht in diesem Ausmaß. Auch der „Spiegel“ bemüht sich um Zurückhaltung. Die genaue Zahl der Opfer von Vergewaltigungen stehe ja gar nicht fest. Den Vogel aber schießt „Welt-online“ ab: „Laut nichtrussischen Historikern haben sowjetische Soldaten während der letzten Kriegsmonate massenweise Frauen vergewaltigt.“ Wie russische Historiker darüber denken, kann man in der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“ nachlesen. Bei russischen Historikern waren die Russen nett, freundlich und kinderlieb.

Als studierter Historiker bin ich überdies beschämt über die Unwissenheit unserer deutschen Kommentatoren. Diese scheinen nicht zu wissen, dass die Nazis ein Generalgouvernement errichteten, nachdem die UdSSR einen eigenständigen polnischen Staat unter deutscher Oberhoheit als unerwünscht ausgeschlagen hatte. Diese scheinen nicht zu wissen, dass die Rote Armee am 17. September 1939 in Ostpolen einmarschierte und dieses nicht gerade kampflos besetzte. Auch um das Schicksal der deutschen Ostgebiete wissen diese Menschen wenig bis nichts.

Ich bin ein erklärter Freund Polens, aber diese Dinge müssen endlich auf den Tisch. Deutsche waren nicht nur Täter. Sie waren auch Opfer. Opfer von Vergewaltigungen, Hinrichtungen, Deportationen. Unrecht kann nicht durch neues Unrecht aufgewogen werden. Die Skulptur zu schaffen war mutig. Sie aufzustellen eine gute Tat. Gedenkt endlich der Opfer der Roten Armee! Nicht nur im ehemaligen Ostdeutschland, sondern auch in der nachmaligen DDR. Denkt an die sowjetischen Speziallager auf dem Boden der SBZ, die nichts anderes waren als die Fortführung der KZ unter russischen Vorzeichen!

Wir verlieren unsere eigene Geschichte, weil wir uns der Geschichtsschreibung der Sieger- und Vertreiberstaaten unterordnen und diese Sicht der Dinge übernehmen. Wir müssen endlich zu einer gerechten und neutralen Geschichtsschreibung zurückfinden. Ein kurzes Aufbäumen im Blätterwald stellt darum die Skulptur des Danziger Kunststudenten dar. Dafür gebührt ihm Dank. **Marc Müller, Grebenstein**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 2. November 2013

MELDUNGEN

Neuer Friedhof in Goldap

Goldap – An der Zadumy-Straße, neben dem alten Friedhof, wo die freien Begräbnis-Plätze enden, entsteht ein neuer Friedhof. Er soll etwa eine Million Euro kosten. Er umfasst vier Hektar, und die Begräbnisplätze sollen für 30 Jahre ausreichen, sagte der Stellvertretende Bürgermeister von Goldap, Jacek Morzy. Außer dem städtischen Friedhof in Goldap befinden sich in der Gemeinde noch andere, hauptsächlich Soldaten-Friedhöfe. In der gesamten Gemeinde Goldap befinden sich 120 Dorffriedhöfe aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Morzy erklärte, dass sich die Gemeinde um EU-Mittel zur Renovierung dieser Friedhöfe bemühen werde. Geplant ist auch die Herausgabe eines Faltblattes über die Vorkriegsfriedhöfe in der Gemeinde Goldap. *PAZ*

Bürgermeister ausgezeichnet

Treuburg – Der Bürgermeister von Treuburg, Waclaw Olszewski, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Feierlichkeit vollzog sich im Oktober in der deutschen Botschaft. Das ist eine sehr hohe Auszeichnung, die auch Ausländern verliehen wird. Bürgermeister Olszewski sagte, dass er überrascht und glücklich sei. „Maßgebend waren meine langjährigen Bemühungen um die Verständigung unserer Völker“, sagte Olszewski. Die Auszeichnung motiviert zu weiteren Tätigkeiten, ergänzte Olszewski. In Polen wurden 58 Personen mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. *PAZ*

Neues BMW-Werk geplant

Königsberg – Der deutsche Automobilhersteller BMW und sein Königsberger Partner „Awtotor“ bauen gemeinsam ein Pkw-Werk bei Königsberg. Das Werk ist Teil der neuen Autostadt im nördlichen Ostpreußen, die bis 2020 fertiggestellt sein und dann 21 Betriebe beinhalten soll. In diesem „Autocluster“ werden erstmals nicht nur wie bisher importierte Teile zusammengebaut, sondern es erfolgt eine komplette Fertigung vor Ort. „Awtotor“ hatte vor Kurzem den 100 000. BMW für den russischen Markt geliefert. *T. Wyrwoll*

Ein Haus steht Kopf

Königsbergs neueste Attraktion unweit des Oberteichs – Ludmila Putina setzt sich für Erhalt des Parks ein

Vielen heutigen Bewohnern der Stadt Königsberg liegt viel daran, im Zentrum Grünflächen zu erhalten, um Erholungsmöglichkeiten in Stadtnähe und Anziehungspunkte für Touristen zu schaffen. Seit Kurzem ist die Stadt um eine Attraktion reicher: Im „Park der Jugend“ am Oberteich gibt es ein Haus, das auf dem Kopf steht.

In diesem Haus ist alles anders: Der Giebel dient als Boden und das Fundament als Dach. Wie das Gebäude selbst ist auch sein gesamter Inhalt auf den Kopf gestellt: Sämtliche Möbel, Waschbecken und die Badewanne „stehen“ auf der Decke. Das merkwürdige Haus befindet sich in Königsberg im „Park der Jugend“. Eingerichtet ist es mit allen Gegenständen, die sich üblicherweise in einer Wohnung befinden. Über eine Treppe gelangt man wie bei einem gewöhnlichen Haus durch den Flur ins Innere. Dort findet man Schränke, Betten, Tische, Stühle und Sanitäranlagen. Dem Besucher werden ein Schlafzimmer und ein Wohnzimmer gezeigt. In diesem gibt es einen Fernseher und einen Elektrokamin. Alles sieht einladend und gemütlich aus. Wenn sich nicht alles an der Decke befände. Und das ist noch nicht alles. Auch die Hundehütte und das neben dem Haus geparkte Auto stehen falsch herum.

Der lustige Bau zieht Besucher aller Altersgruppen an, an Wochenenden stehen sie am Eingang sogar Schlange. Die Gäste untersuchen mit solchem Enthusiasmus alle Gegenstände, dass einige schon repariert werden mussten. Damit es nicht langweilig wird, werden die Möbel und das Interieur von Zeit zu Zeit ausgetauscht.



Verkehrte Welt: In diesem Haus in der Nähe des Oberteichs ist alles andersherum Bild: J. T.

Das Königsberger „Überkopf“-Haus ist das 24., in 23 anderen Ländern der Welt gibt es bereits solche Häuser. Initiator der Attraktion in Königsberg ist Jurij Klewtsow, ein Bauunternehmer, der von einem polnischen Beispiel inspiriert wurde. Nach der Besichtigung eines kopfstehenden Hauses dort beschloss er, in Königsberg ein ähnliches zu bauen. Er rechnet damit, dass sich seine Idee schnell auszahlen wird. Der

Von polnischem Vorbild inspiriert

Park der Jugend, in dem das Haus ungeachtet seines bescheidenen Ausmaßes aufgestellt ist, verfügt über verschiedene Plätze und Einrichtungen zur Freizeitgestaltung für Kinder und Erwachsene. Es gibt einen Bootsanleger, einen Rundweg am See, eine Go-Kartsowie eine Eisbahn, ein Riesenrad und einen Miniatur-Verkehrsübungsplatz, wo Kinder sich mit den Verkehrsregeln vertraut machen können.

Den Park gibt es schon seit längerem, aber in den 1990er Jahren war er dem Verfall preisgegeben. Wissend, dass Ludmila Putina, die damalige Frau des Präsidenten Wladimir Putins, in Königsberg geboren wurde, schrieben einige engagierte Bürger ihr einen Brief in der Hoffnung, dass ihr das Schicksal des Parks, in dessen Nähe sie ihre Kindheit verbracht hatte und wo sie zur Schule gegangen war, nicht gleichgültig sein würde.

Ludmila Putina reagierte auf die Bitten des Volkes, und nach dem Stadtjubiläum 2005 fanden im Park tatsächlich Änderungen statt. Die Arbeiten standen unter dem Schutz der Präsidentengattin. Sie reiste mehrmals nach Königsberg und besuchte auch den Park. In dessen Mitte steht das neue Gebäude des „Zentrums für die Entwicklung der russischen Sprache“, an dessen Eröffnung die Präsidentengattin, die selbst von Beruf Philologin ist, teilnahm. Das Gebäude ist im Stil des russischen Klassizismus gebaut und ähnelt adligen Herrenhäusern des 18./19. Jahrhunderts. Heute ist das „Zentrum für die Förderung zwischenmenschlicher Kommunikation“ hier untergebracht, das sich mit der außerschulischen Bildung für Kinder befasst. Außerdem ist es ein beliebter Ort für Eheschließungen geworden, deshalb parken an Wochenenden viele Hochzeitsautos davor.

Da der Park, unweit der Wallenrodtstraße, in der sich die Deutsche Botschaft befindet, in einem malerischen Bezirk liegt, ist es nicht verwunderlich, dass er einer der meistbesuchten Orte der Stadt ist. *Jurij Tschernyschew*

EU lehnt Minderheitenschutz-Initiative ab

Deutsche in Polen sind enttäuscht über die Antwort der Europäischen Kommission

Vor zwei Jahren hatte die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) – eine offiziell unabhängige Dachvereinigung von Organisationen nationaler Minderheiten Europas – eine europäische Bürgerinitiative unter dem Motto „Du bist nicht alleine – Eine Million Unterschriften für die Vielfalt in Europa“ gestartet. Mit einem Team von Experten wurde mit dem „Minority Safepack“ ein Bündel von Maßnahmen und Gesetzen zur Förderung und zum Schutz der europäischen Minderheiten sowie der Regional- oder Minderheitensprachen erarbeitet.

Gemäß Lissabonner Vertrag muss das Europaparlament sich im Rahmen der Bürgerinitiative mit jeder Petition befassen, für die man es schafft mindestens eine Million Unterschriften von Bürgern mindestens sieben europäischer Staaten zu sammeln.

Die europäischen Minderheiten haben mit viel Begeisterung die Unterschriften gesammelt, in der Hoffnung, dass die Bürgerinitiative „Minority Safepack“ zur Verabschiedung der Gesetze führen wird, die zu mehr Rechten und Möglichkeiten auf europäischer Ebene verhelfen.

Die FUEV hat auf ihrer Internetseite folgende Daten veröffentlicht: „In den 47 Staaten Europas leben rund 340 autochthone Minderheiten mit mehr als 100 Millionen Menschen. Jeder siebte Europäer ist Angehöriger einer autochthonen Minderheit/Volksgruppe. Es gibt allein in der EU neben den 23 Amtssprachen über 60 Regional- oder Minderheitensprachen, die von rund 40 Millionen Menschen gesprochen werden.“ Das zeigt, dass die Angehörigen der autochthonen Minderheiten eine große Gruppe bilden, die für die Verbesserung ihrer Rechte in der EU mit solchen Initiativen wie „Minority Safepack“ solidarisch kämpfen wollen.

Enorme Unterschiede der Lage in vielen Ländern Europas

Für die Unterschriftensammlung und Unterstützung der Initiative hat sich auch die deutsche Minderheit in Polen engagiert. Bernard Gaida, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Polen, schrieb zum Thema der Situation der nationalen Minderheiten in Europa für die Wochenzeitung Wochenblatt.pl: „Die Staaten Europas mit dem ‚Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten‘ und die ‚Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen‘ haben außer Schutz vor Diskriminierung auch keine aktive Unterstützung der Volksgruppen in ihren Bestrebungen nach Bewahrung der Sprache und Kultur deklariert.

Jedoch hat man seit Jahren außer ratlosem Monitoring keinen Weg gefunden um die Länder, welche die Deklarationen nicht erfüllen, zum Handeln zu zwingen. Das verursachte enorme Unterschiede der Lagen nationaler Minderheiten von Land zu Land. Von der beispielhaften Minderheitenpolitik in Rumänien oder kultureller Autonomie der Südtiroler bis zu Griechenland, welches der türkischen Gemeinschaft jegliche Rechte abspricht.“

Trotz einer Million Unterschriften hat die Europäische Kommission am 16. September 2013 die Initiative abgelehnt. Begründung: außerhalb des Kompetenzrahmens der Europäischen Kommission.

„Wir können die Antwort nicht nachvollziehen. Wir sind ganz und gar nicht der Auffassung,

FUEV muss bis Mitte November über eine Klage entscheiden

dass unser Vorschlag außerhalb des Kompetenzrahmens der Europäischen Kommission fällt. Wir sind natürlich enttäuscht, aber wir werden deswegen unsere Kampagne für mehr Minderheitenrechte nicht aufgeben“, erklärt der Vorsitzende des einreichenden Bürgerkomitees, FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen in einer ersten Einschätzung.

Die Vertreter der nationalen Minderheiten in Europa verstekken ihre Enttäuschung nicht und äußern ihren Widerspruch. „Die Vorreiter für die Modernisierung der EU, nämlich Schotten, Flamen, Katalanen, Basken und Südtiroler, sammeln europaweit eine Million Unterschriften für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes aller europäischen Völker. Die Ablehnung der FUEV- Initiative, für die sich vor allem die Südtiroler Volkspartei (SVP) stark gemacht hat, und die, vom Selbstbestimmungsrecht ablenkend, nur die Stärkung von Minderheitenrechten innerhalb der jeweiligen Staaten vorsah, zeigt, dass es richtig und wichtig ist, von vorneherein für eine ganze Sache zu kämpfen! Es ist Zeit, alle Kräfte in Europa für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu sammeln, anstatt in kleineren einzelnen Aktionen mit zu großem Kraftaufwand nur halbe Sachen anzustreben. Damit ist nichts erreicht, es ist wertvolle Zeit vergeudet, und es sind kostbare Mittel verschwendet“, so die Süd-Tiroler Freiheit.

„Es bleibt nun bis Mitte November Zeit, um zu entscheiden, ob gegen die Ablehnung der Europäischen Kommission beim Gerichtshof in Luxemburg Klage einreichen werden soll.“– so die FUEV. *Edyta Gladkowska*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

da hatte er sich doch noch besonnen, der Oktober, und uns ein paar durchsonnte Herbsttage geschenkt. Aber nun ist der November da, der stille Monat, die Gräber werden zugedeckt, und in den Kirchen wird an die Verstorbenen erinnert, die irgendwo in fremder Erde liegen. Über viele Gotteshäuser haben wir in letzter Zeit berichten können, und es ist kein Wunder, dass erneut Fragen oder Hinweise gekommen sind, die sich mit kirchlichen Themen beschäftigen. Sie füllen unsere Familienseite und schließen auch unseren Sonderbeitrag ein, in dem wir von dem Projekt „Gnadenkirche Tidofeld“ berichten, das die Erinnerung an Flucht, Vertreibung und Neubeginn lebendig halten soll. Diese Information entnahmen wir einem Faltblatt, das Frau **Ursula Karge** aus Norden ihrem Schreiben beilegte, in dem sie über die von ihr gesammelten 600 Konfirmationsurkunden berichtet, von denen rund 70 aus Ostpreußen stammen! 80 hatte sie für eine Ausstellung in der Ludgeri-Kirche Norden ausgesucht, die so erfolgreich war, dass sie verlängert werden musste. Frau Karge hatte ein Gästebuch ausgelegt, in das sich Besucher eintragen konnten, was sie auch fleißig taten. Dabei wurde auch ein vermeintliches „Missgeschick“ geradegerückt. Das hatte Frau Karge in einer der frühen Urkunden – die älteste stammt aus dem Jahr 1830! – entdeckt. Auf der handgeschriebenen Urkunde gratuliert ein Pastor seiner Konfirmandin zum „Bundestag“ – anstatt zum „Bund des Tages“, wie Ursula Karge meinte. Im Gästebuch steht nun die Richtigstellung eines Frankfurter Pastors zu lesen, der erklärt, dass „Bundestag“ in früheren Zeiten die Bezeichnung für den Konfirmationstag gewesen sei. Eine stattliche Mappe mit Originalen soll zur endgültigen Aufbewahrung nach Ellingen gehen. Und nun hat sich auch das Luther-Haus in Eisenach gemeldet, das sich auch für eine Sammlung interessiert, weil das Archiv vergrößert werden soll. Dort war die Geschichte der Konfirmationsurkunden so gut wie unbekannt, umso größer ist jetzt das Interesse. Ursula Karge, die natürlich über diese nicht erwartete Ausweitung ihres Projektes erfreut ist, weist darauf hin, dass die Sammelaktion formell abgeschlossen ist. Falls aber noch weitere Konfirmationsurkunden auftauchen – was ja bei Nachlässen von Vertriebenen denkbar ist – können diese wie bisher an sie gesandt werden. (Ursula Karge, Hollweg 20 b in 26506 Norden, Telefon: 04931/3166.)

Ja, mit den Fehlinterpretationen ist das so eine Sache! Selbst wenn es um Engel geht, hat manchmal der Teufel seine Hand im Spiel – der Druckfehlerteufel nämlich, dem Herr Dr. **Wolfgang Fiedler** die Verantwortung für den Buchstabenschlenker zuschiebt, der in Folge 41 in seinem Beitrag über Taufengel aus dem altpreußischen Ortsnamen Bladiau ein „Baldrian“ machte. Damit geht Dr. Fiedler noch sehr schonend mit diesem Irrtum um, den ich leider erst bemerkte, als der Übertragungsfehler nicht mehr zu korrigieren war – da hätte ich Baldrian gebraucht! Auch unsere Leserin **Ilse Thomann** gab vorsichtig zu bedenken: „Mir ist kein Ort Baldrian mit einem Taufengel bekannt. Könnte es sein, dass es sich um das Kirchdorf Bladiau im Kreis Heiligenbeil handelt? Dort gab es einen sehr schönen Taufengel mit einer großen Muschelschale als Taufbecken“. Womit Frau Thomann – die bereits Dr. Fiedlers Schwägerin, Frau **Becker-Carus**, mit Taufengel-Fotos aus Kirchen des Kreises Heiligenbeil beglückte – durchaus Recht hat, denn auch Herr Dr. Fiedler erwähnt in seinem neuen Schreiben den Engel mit der Muschelschale: „Die evangelische Kirche von Bladiau im Kreis Heiligenbeil, heute russisches Gebiet, existiert nicht mehr. Ob der Taufengel noch bis zu ihrer Zerstörung dort vorhanden war, wann die letzte Taufe erfolgte oder ob er ausgelagert wurde und dann unterging, weiß ich nicht. Bemerkenswert sind die Angaben zur Kirchengeschichte. Der Schwebeengel mit der großen Muschelschale, dessen Alter bisher wiederholt „um 1700“ angegeben wird, dürfte in der Schnitzerwerkstatt der Familie Riga bereits 1696 entstanden sein“.

Bei Erwähnung des Namen „Isaak Riga“ läuteten bei unserm Leser **Knut Walter Perkuhn** sofort die Alarmglocken: Er stammt nämlich aus dem Kirchspiel Stockheim im Kreis Bartenstein, zu dem die im Besitz der Familie Perkuhn befindlichen Güter Lisettenfeld und Meisterfelde gehörten. Die Stockheimer Kirche war Knut Walters erste Anlaufstelle in eine neue Lebensepoche – leider bekam die einen anderen Verlauf durch den Einmarsch der Roten Armee und der anschließenden Flucht. Herr Perkuhn stieß als unermüdlicher Familienforscher auf einen im Januar 1971 im Ostpreußenblatt erschienenen Beitrag „Das Kirchspiel Stockheim“ von **Paul Monski**, in dem es zu der bereits um 1400 erbauten Kirche heißt: „Der Altar stammte aus der Werkstatt des Isaak Riga, der von 1680 bis um 1700 eine große Anzahl Kirchen mit zeitgemäßen Altären und Kanzeln versah. Die Stockheimer Kanzel war um 1660 entstanden. Das schönste Stück war die Orgel, 1712–1714 von **Johann Josua Moosengel** in Königsberg erbaut. Für eine Dorfkirche war die Ausstattung reich und würdig zu nennen“. Von einem Taufengel ist in Stockheim allerdings nicht die Rede.


Bild: privat

Kirche von Sorquitten: Taufengel mit Taube

Dafür wird noch einmal auf den Taufengel in der Kirche von Sorquitten Bezug genommen – in einem Schreiben von Herrn **Wolfgang Reith** aus Neuss. Unser Leser freute sich über die Veröffentlichung in Folge 41, wunderte sich aber, dass der Schwebeengel mit der Taube nicht abgebildet war und übermittelt uns deshalb eine von ihm gemachte Aufnahme. Nun ist die Sorquitter Kirche so reich an sakralen Schätzen, dass wir mit dem Altarbild unseren Lesern einen umfassenderen Einblick bieten wollten, ein Bild des Taufengels sollte später folgen. Aber nun holen wir das schon heute nach und nehmen die Übersendung des schönen Engelfotos zum Anlass zur Veröffentlichung. Auch für eine andere Aufnahme aus der Sorquitter Kirche möchten wir uns bei Herrn Wolfgang Reith bedanken, die eine weitere Besonderheit zeigt: Die Himmelfahrt Christi! Sie wird in einer sehr eindrucksvollen Form dargestellt: Aus einer wolkenartigen Rosette in der Decke über dem Altar ragen die Füße des aufsteigenden Gottessohnes. Eine wohl einzigartige Darstellung, die alle Besucher beeindruckt, woher sie auch kommen mögen. Mich auch, als ich vor einigen Jahren in dieser wundervollen Kirche eine Stunde der Ruhe und Besinnung verbringen durfte.

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Das sind einige Zuschriften aus unserem Leserkreis auf die in Folge 41 veröffentlichten Suchfragen nach Taufengeln in ostpreußischen Kirchen von Herrn Dr. Wolfgang Fiedler. Die ersten Anrufe erhielt er, bevor er die Veröffentlichung in der *PAZ* gelesen hatte. Darunter auch den von Herrn **Frank Schneidewind**, der ihm vor allem für die von Dr. Fiedler geplanten Forschungen im Kreis Mohrungen gute Hinweise geben konnte. So vermochte er ihm einige Namen von dort lebenden deutschen Personen nennen, die Wolfgang Fiedler bei seinem geplanten Besuch Zugang zu den noch verbliebenen Kirchen im Osteroder Raum verschaffen könnten. Herr Schneidewind kennt von früheren Besuchen einige Kirchen, die damals noch Relikte aus der Vorkriegszeit aufwiesen. Dazu gehören die evangelischen Gotteshäuser in Gilgenburg mit den imposanten Helden-Gedenktafeln, in Marienfelde, Leip und die ehemalige Gutskirche der Familie Höpfner in Geierswalde. Bleiben wir auf dem kirchlichen Sektor: Noch einmal ein Rückblick auf die schöne Patronatskirche von Coadjuthen und unseren Bericht über die Einweihung der Gedenktafeln. Hierzu hat sich Herr **Pfarrer i. R. Klaus Plorin** gemeldet, dessen Name unserer Leserschaft nicht unbekannt ist, denn wir haben seine Erinnerungen an die Nachkriegsjahre im zerstörten Königsberg in verschiedenen Folgen gebracht. Zwar haben sich ehemalige Schicksalsgefährten, die er auch mit Namen nennen konnte, bisher nicht gefunden, es kamen auch keine direkten Angaben zu den von ihm geschilderten Vorgängen in der Johanna Ambrosius Schule und in den Waisenhäusern, aber da hatten wir die Erwartungen von vorneherein nicht zu hoch geschraubt, da die Zahl der möglichen Zeugen ja gering ist und auch die lange Zeitspanne berücksichtigt werden muss. Aber seine Schilderungen erbrachten ein so eindrucksvolles Bild von der damaligen Lage der in Königsberg verbliebenen Kinder – auch wenn sie keine Waisen waren wie Klaus Plorin, denn er durfte ja mit seiner Mutter bis zur gemeinsamen Ausreise zusammen bleiben –, dass wir sie in voller Länge veröffentlichten. Diese Berichte sind besonders wichtig zur Information für unsere neuen und jüngeren Leserinnen und Leser, die an authentischen Aussagen von Zeitzeugen interessiert sind, die sie bisher selbst aus dem eigenen Familienkreis nicht erhalten konnten. Aber so ganz ohne Echo blieben seine in die Berichte eingefügten Suchwünsche auch nicht, wie er uns in seinem Dankesschreiben für die Veröffentlichungen auf unserer Familienseite mitteilt: „Immerhin haben **Frau van der Loo** und **Frau Pfeiler-Iwohn** mich angerufen, und wir konnten einige Informationen über unsere Königsberger Nachkriegsereignisse und Schicksale austauschen. Das hat unsere jeweiligen Erinnerungen teilweise ergänzt oder auch korrigiert und ist für mich deshalb schon sehr wertvoll gewesen“. Und dann kommt Pfarrer Plorin auf unseren in Folge 41 erschienenen Bericht über die Coadjuther Kirche zu sprechen: „Das Thema passt genau in die Zielsetzung der Rundbriefe unserer „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V.“, deren Redakteur ich bin, über das evangelisch-kirchliches Leben in Ostpreußen damals und heute zu berichten“. Deshalb möchte Pfarrer Plorin diesen Bericht in die Weihnachtsausgabe der Rundbriefe übernehmen, worüber wir uns sehr freuen. Und auch darüber sind wir froh: Das „Evangelische Gesangbuch für Ost- und Westpreußen“, nach dessen Besitzerin **Grete Szelies** ich seit Jahren vergeblich gesucht hatte, kommt nun doch in die richtigen Hände. Wie in Folge 42 zu lesen, hatte sich aus Australien Herr **Rüdiger Sakuth** gemeldet, dessen Großonkel Eigentümer der „Christlichen Verlagsbuchhandlung“ in Szillen/Schillen war. So zeichnet **Ludwig** Sakuth für einen Teil des fast 900 Seiten zählenden Gesangbuches als Herausgeber und Verleger. Herr Rüdiger Sakuth teilte uns mit, dass seine in der Bundesrepublik lebende Cousine intensive Familienforschung betreibe und sich bei uns melden würde. Das hat Frau **Anne-Marie Daniels** aus Zernien inzwischen getan und da sie sich wie erwartet für das sehr gut erhaltene, kostbare gebundene Gesangbuch interessiert, bekommt sie es zugesandt. Damit ist die Geschichte aber noch nicht zu Ende sondern bekommt eine neue Version. Zwar geht es diesmal nicht um das Gesangbuch sondern um das Foto mit der Ansicht vom „Geschäftshaus Sakuth“ in Szillen, das uns Rüdiger Sakuth als Beweis für seine Angaben übermittelte. In dem stattlichen Gebäude hatten auch weitere Firmen ihren Sitz, so das Bekleidungs- und Wäschegeschäft Franz Roewer, das sich auf Betten spezialisiert hatte und sogar eine maschinelle Bettfedern-Reinigung mit elektrischem Antrieb anbot. Nun kam ein Anruf von unserm Leser **Alfred Amandi**, der noch einen Kleiderbügel mit der Aufschrift „Franz Roewer“ besitzt und diesen gerne den Nachkommen des damaligen Geschäftsinhabers überlassen möchte. (Anschrift: Döbbeckerstraße 20 in 30823 Garbsen Havelse, Telefon: 05137/70103.) Ich hoffe, dass auch hier eine Verbindung zustande kommt. So greift eben ein Rädchen in das andere, und dass dieses Räderwerk „Ostpreußische Familie“ auch am Laufen bleibt, dafür sorgen unsere Leserinnen und Leser mit ihren Fragen, Wünschen, Antworten, Berichten und Hinweisen.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede
Bild: Pawlik

Eure

Ruth Geede

Dokumentationsstätte für Flucht und Vertreibung

Das Projekt Gnadenkirche Tidofeld in Norden steht vor seiner Vollendung – Einweihung am 2. November

Wenn uns Frau Ursula Karge auf die Gnadenkirche Tidofeld in Norden aufmerksam macht, dann hat sie dafür einen guten Grund: Eine aus ihrer Sammlung zusammengestellte Mappe mit Konfirmationsurkunden wird die Dokumentationsstätte zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen erhalten, die an diesem Wochenende eingeweiht wird. Und es werden gerade Urkunden aus den ehemaligen Ostgebieten sein, die dort bewahrt und den Besuchern gezeigt werden, unter denen sich mit Sicherheit auch Zeitzeugen befinden, die nach Flucht und Vertreibung hier eine erste Bleibe fanden. Als Kinder oder Jugendliche, denn es sind 65 und mehr Jahre vergangen, aber die Erinnerung daran soll wach gehalten werden in Kirche und Baracke, dort, wo während der ersten Nachkriegsjahre 6000 Flüchtlinge und Vertriebene untergebracht waren. Die Initiatoren aus dem evangelisch-lutherischen Kirchenkreis Norden, der als Träger des Projekts sich dieser Aufgabe stellt, konnten mit der Unterstützung von Bürgern und Politikern rechnen, denn sie banden nicht nur die Themen Flucht und Vertreibung sondern auch die Integration der Heimatlosen in die Planung mit ein. Gute Voraussetzung für die Realisierung war gegeben, denn die Gnadenkirche Tidofeld bot sich als Dokumentationsstätte geradezu an. Bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde in dem kleinen Ort, der damals noch nicht in die Stadt Norden eingemeindet war, ein Durchgangslager für Marinesoldaten errichtet. Dieses wurde nach dem Krieg von der Stadt Norden als Flüchtlingslager genutzt, das zu einem der größten in Niedersachsen wurde. Obwohl die ersten Jahre von Not, Entbehrung und Ungewissheit über die eigene Zukunft geprägt waren, entstand unter den 1200 Menschen, die hier im Durchschnitt lebten, eine lebendige Solidar- und Schicksalsgemeinschaft. In den Holzbaracken wurde eine Krankenstation eingerichtet, kleine Läden und Handwerksbetriebe und sogar eine Gaststätte trugen zu einer Normalisierung des Alltagslebens bei, das sich auf engsten Raum beschränken musste, was aber auch das Zusammengehörigkeitsgefühl förderte.


Bild: privat

Mahnmal für Flucht und Vertreibung: Gnadenkirche in Tidofeld

Einen wesentlichen Beitrag zur Aufnahme und Eingliederung der Heimatlosen leisteten die Kirchen durch geistliche Betreuung und materielle Hilfe. Der kleine Kirchenraum der Baracke II erhielt 1951 einen Glockenstuhl, der sich wie ein Mahnmal über den Baracken erhob. Nachdem diese bis 1960 abgebaut wurden und damit auch der Kirchenraum verschwand, wurde ein Jahr später die heutige Gnadenkirche Tidofeld als evangelisch-lutherische Kirche erbaut. Sie dokumentiert schon als Gebäude die Geschichte von Flucht, Vertreibung und Integration, die für das 20. Jahrhundert so prägend war. Ihre Lage inmitten einer für Flüchtlinge errichteten Siedlung zeichnet sie als eine der herausragenden Vertriebenenkirchen aus.

Aber auch im neuen Jahrhundert bleibt das Thema Flucht, Vertreibung und Integration von großer Aktualität. An dieser historischen Stätte einen Ort des Erinnerns entstehen zu lassen, an dem das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten dokumentiert wird, war ein Hauptanliegen der Initiatoren dieses Projekts, das den vollen Titel „ Gnadenkirche Tidofeld – Dokumentationsstätte zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen und Nordwestdeutschland“ erhielt. Aber man will sich nicht nur auf die Dokumentation allein beschränken, sondern die Besucher in die aktuelle Thematik mit einbinden. Aus leidvoller Erfahrung und gelungener Integration lässt sich für Gegenwart und Zukunft lernen - deshalb hat die Projektgruppe, in der Theologen, Historiker, Zeitzeugen und Vertreter des Bundes der Vertriebenen zusammen arbeiten, besonders an die nachfolgenden Generationen gedacht. Für Schulklassen, Konfirmanden – und Jugendgruppen aus dem In-und Ausland soll hier ein Ort lebendigen Geschichtsunterrichts entstehen. Da die Region Norden und Norddeich zu den beliebtesten Urlaubsregionen in Deutschland gehört, könnte Tidofeld zu einer internationalen Begegnungsstätte werden. Für die Heimatlosen, die damals in den Baracken eine erste Unterkunft fanden, wird Tidofeld ein Ort der Erinnerung bleiben, der unterschiedliche Empfindungen auslöst.

Über die am 2. November um 14 Uhr stattfindende Einweihung werden wir gesondert berichten. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Janneck, Herbert, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 5. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kessler, Elise, geb. **Herrmann**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 3. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Wilhelm, Helene, geb. **Schlicht**, aus Battau, Kreis Samland, am 4. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kröll-Troyke, Margarete, geb. **Beyer**, aus Schirrau, Groß Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. November
Messerschmidt, Gerda, aus Danzig, am 3. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Koch, Leni, geb. **Warniak**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 8. November
Marks, Liesbeth, geb. **Mallasch**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 5. November
Perlbach, Heinz, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 4. November
Wieder, Berta, geb. **Weyer**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 5. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Binsch sen., Hans, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Dombrowski, Otto, aus Burdung, Waplitz, Kreis Neidenburg, am 7. November
Raudonat, Fritz, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bubritzki, Elisabeth, geb. **Schramma**, aus Borken, Kreis Lyck, am 7. November
Reimer Fritz, aus Paterswalde, Paterswalde Mitte, Kreis Wehlau, am 7. November
Steger, Ernst-Otto, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, am 7. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Claas, Irmgard, geb. **Sczesny**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 4. November
Prank, Bruno, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 8. November
Przyborowski, Herta, geb. **Pfeiffer**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung am 8. November
Schablowski, Eva, geb. **Schoenfeldt**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 3. November
Schröder, Magda, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 7. November
Schulze, Irmgard, aus Usdau, Kreis Neidenburg, am 7. November
Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, am 3. November
Zimmermann, Lieselotte, geb. **Gerber**, aus Petersdorf, Petersdorf Nord, Kreis Wehlau, am 6. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Anschütz, Hildegard, geb. **Schanko**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 5. November
Borowski, Karl, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 3. November
Dinter, Christel, geb. **Joneleit**, aus Lyck, Bismackstraße 40, am 4. November
Grusdt, Hans G., aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. November
Haupt, Herta, geb. **Färber**, aus Hoofe, Kreis Preußisch Eylau, am 2. November
Kloss, Hedwig, geb. **Rautenberg**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 7. November
Kuhnke, Gerhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 4. November
Lüers, Christa-Maria, geb. **Alexander**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 4. November
Meier, Else, geb. **Wietoska**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 6. November
Meller, Erich, aus Pobethen, Kreis Samland, am 2. November
Rading, Herta, geb. **Gerlach**, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 6. November

Schroeder, Friedel, geb. **Johann**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 6. November
Sterzik, Ida, geb. **Klesz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Toplarski, Hildegard, geb. **Skowronek**, aus Lyck, Yorkstraße 16, am 8. November
Toppat, Edith, geb. **Scheffler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 4. November
Warnat, Fritz, aus Schloßberg, Kreis Ebenrode, am 7. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November
Hosnofsky, Eva, geb. **Motikat**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 4. November
Klamma, Max, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 7. November
Manfraß, Gertrud, geb. **Rippert**, aus Gubitten, Kreis Mohrungen, am 8. November
Saemann, Horst, aus Rosignaiten, Kreis Samland, am 3. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Buchner, Walter, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Godlewski, Willi, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Houben, Ursula, geb. **Modregger**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 2. November
Janz, Gertraud, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 2. November
Richter, Christiane, aus Königstein, am 7. November
Schiemann, Lydia, geb. **Waschkawitz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 5. November
Tiska, Rüdiger, aus Zollernhöhe, Kreis Sensburg, am 5. November
Wenzel, Lisbeth, geb. **Randt**, aus Adlersdorf, am 5. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bergknecht, Lore, geb. **Drückler**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 8. November
Borkowski, Günter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 3. November
Braczko, Horst, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 4. November
Duscha, Heinz, aus Talheim, Kreis Neidenburg, am 3. November
Frontzek, Heinz, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 6. November
Gerhard, Ewald, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 8. November
Griga, Helmut, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. November
Heise, Paul, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 7. November
Kannenberg, Willibert, aus Rummau-West, Kreis Ortelsburg, am 6. November
Kirschbacher, Maria, geb. **Specht**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 3. November
Köhler, Hanna, geb. **Tetzlaff**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. November
Lörchner, Ruth, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 4. November
Mau, Irmgard, geb. **Schirrmacher**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 2. November
Möbius, Gerhard, aus Wehlau, Neustadt 4, am 7. November-
Mrotzek, Siegfried, aus Pillau, Kreis Samland, am 3. November
Neumann, Waltraut, geb. **Bendz**, aus Neidenburg, am 4. November
Ollech, Paul, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. November

Przygodda, Gerhard, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Südermann, Eva, geb. **Westphal**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 4. November
Tiska, Luzie, geb. **Reh**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berger, Ingrid, geb. **Kannenberg**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 7. November
Ciesla, Heinz, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 4. November
Cyganowski, Zygmund, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrungen, am 6. November
Demant, Fritz, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 8. November
Franke, Christel, geb. **Dietrich**, aus Lyck, am 3. November
Geldschus, Werner, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 5. November
Gerland, Brigitta, geb. **Nitsch**, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 7. November
Glaubitz, Lisa, geb. **Pokern**, aus Pillau, Kreis Samland, am 8. November
Hahn, Reinhard, aus Tapiau, Schlageterstraße 1, Kreis Wehlau, am 4. November
Hein, Manfred, aus Königsberg, am 7. November
Jahn, Annemarie, geb. **Krause**, aus Goldbach, Goldbach Süd, Kreis Wehlau, am 2. November
Kuczewski, Anita, geb. **Schrenka**, aus Ortelsburg, am5. November
Lagies, Helga, geb. **Fischer**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. November
Lieckfeldt, Heinz, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 8. November
Matzeit, Manfred, aus Darguszen, bei Karkelbeck/Memel, am 29. Oktober
Meyer, Gisela, geb. **Hofer**, aus Königsberg-Ponarth, Godriner Straße, am 6. November
Richter, Hermann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 5. November
Saul, Harald, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 2. November
Schieweck, Gerda, geb. **Malewski**, aus Gudnick, Kreis Rastenburg, am 5. November
Schmidtke, Gerda, geb. **Hegerfeld**, aus Wehlau, Große Vorstadt 3, am 8. November
Schönberger, Christel, geb. **Raudies**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 8. November
Strobel, Gertrud, geb. **Iwannek/Seher**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. November
Veitschegger, Lore-Marie, aus Lyck, am 3. November
Weiß, Horst, aus Purgagen, Kreis Neidenburg, am 7. November
Wowerat, Paul, aus Tapiau, Klein Schleuse 1, Kreis Wehlau, am 2. November
Ziemen, Brigitte, geb. **Zander**, aus Tapiau, Königsberger Straße 18, Kreis Wehlau, am 4. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Batz, Anneliese, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 7. November
Bondzio, Fritz, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 5. November
Krüger, Klaus, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 3. November
Krummland, Eleonore, geb. **Wissigkeit**, aus Ebenrode, am 2. November
Krutsch, Helga, geb. **Reiniger**, aus Pollwitten, Kreis Samland, am 6. November

Nieduschewski, Dieter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 3. November
Olbrisch, Anton, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. November
Paul, Ewald, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 2. November
Schröder, Dr. Karl-Hermann, aus Allenburg, Markt 7, Kreis Wehlau, am 4. November
Sodeikat, Gerwin, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 5. November
Urban, Gerda, geb. **Kozian**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 8. November
Wagner, Lothar, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 5. November
Wittholz, Ingeburg, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 7. November

TERMINE DER LO

Jahr 2013

2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Weihnachtsfreizeit für Senioren

Vom 19. Dezember 2013 bis 2. Januar 2014 bietet das Ostheim eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an.

Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen, der Gymnastik oder Diameditationen nach dem Frühstück, über kleine Spaziergänge, einem ostpreußischen Filmabend, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel, sowie echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet wohl jeder Gast etwas passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der Heimat ist.

In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und genießen ein.

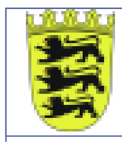
Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen – diese bitte nur schriftlich – richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 2. November, 15.15 Uhr, SWR: Kein schöner Land. Oberlausitz.
SONNABEND, 2. November, 20.15 Uhr, Arte: Alfred Brehm – Die Gefühle der Tiere. Doku.
SONNTAG, 3. November, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
MONTAG, 4. November, 20.15 Uhr, MDR: Bühne frei für Marika. Musiklustspiel, D 1958 mit Marika Rökk und Johannes Heesters.
MONTAG, 4. November, 22 Uhr, NDR: Antibiotika am Ende? Immer mehr Krankheitskeime sind gegen Antibiotika resistent. Medizinreportage.
MONTAG, 4. November, 22.05 Uhr, N-TV: Von Spreewaldgurken bis FKK. Die DDR privat.
MONTAG, 4. November, 23.30 Uhr, ARD: Goldschmidts Kinder. Gegen alle Repressalien gründete die Lehrerin Goldschmidt 1935 in Berlin eine jüdische Schule. Reportage.
DIENSTAG, 5. November, 20.15 Uhr, ZDF: Nacht über Deutschland – Novemberpogrom 1938. Doku.
DIENSTAG, 5. November, 20.45 Uhr, MDR: Der vergessene Ostwall – Die unterirdische Festung der Nazis. Doku, D 2013.
DIENSTAG, 5. November, 22.25 Uhr, 3sat: Betongold. Wie die Finanzkrise in mein Wohnzimmer kam.
MITTWOCH, 6. November, 18.30 Uhr, Phoenix: Die biblischen Plagen – Zorn Gottes oder Rache der Natur (1+2/3). 20.15 Uhr: Teil 3.
MITTWOCH, 6. November, 22.45 Uhr, ARD: Boom oder Blase? Wie das Fracking die Welt verändert.
DONNERSTAG, 7. November, 15.50 Uhr, Arte: Wildes Deutschland. Vorpommerns Küste.
DONNERSTAG, 7. November, 22.30 Uhr, SWR: Deutschland, deine Künstler. Senta Berger.
DONNERSTAG, 7. November, 23.10 Uhr, Arte: Drohnen – Von der Waffe zur Überwachung. Doku, USA 2013.
FREITAG, 8. November, 20.15 Uhr, 3sat: Falsche Versprechen. Wenn Betongold zum Albtraum wird. Sind die als sehr sicher und stets verfügbar angepriesenen Immobilienfonds Betrug am Anleger? Doku.
FREITAG, 8. November, 21.45 Uhr, Phoenix: Deutschland, eilig Vaterland: Wie die Einheit glückte.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Montag, 11. November, 14 Uhr, Reichsadler: Martinsgans-Essen mit Beiprogramm. Um Anmeldung wird gebeten.

Ludwigsburg – Mittwoch, 20. November, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Stuttgart – Freitag, 8./Sonnabend, 9. November, Haus der Heimat, Großer Saal, Schlossstraße 92: BdV-Frauentagung. Alle Frauengruppenleiterinnen in Baden-Württemberg sind eingeladen, an der Tagung teilzunehmen. Anmeldung an den BdV Baden-Württemberg, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Gedenkfeier aller Ansbacher Landsmannschaften für die Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung am Denkmal auf dem Waldfriedhof. Ab 15 Uhr: Treffen in der Orangerie bei Kaffee und Kuchen.

Bamberg – Mittwoch, 20. November, 15 Uhr, Café Graupner, Lange Straße 5: Der Dom zu Königsberg.

Ingolstadt – Sonntag, 17. November, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchener Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Montag, 4. November, 12.30 Uhr, Treffen beim Nordfriedhof, 13.30 Uhr, Hauptfriedhof, Eingang Marschall Straße: Gedenken der verstorbenen Landsleute, anschließend 15 Uhr: Kaffee und Kuchen in der „Blauen Stunde“. – Dienstag, 19. November, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960. – Freitag, 8. November, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Starnberg – Donnerstag, 14. November, 13 Uhr, Bayerischer Hof: VS-Sitzung zum Thema „Gestaltung der Vorweihnachtsfeier“, 15 Uhr, Kulturnachmittag.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 17. November, 10.30 Uhr, Donauschwabenufer, Stadtmauer unter dem Saumarkt: Gedenkstunde mit Kranzniederlegung der Landsmannschaft Donauschwaben.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Landesverband – Sonnabend, 16. November, 10 Uhr, Rathaus Schöneberg: Kulturtagung der Landsmannschaften. Beginn mit einer ökumenischen Andacht. Feierliche Eröffnung im Anschluss an die Andacht im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg.



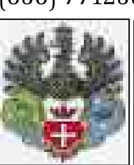
Lyck – Sonnabend, 2. November, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.

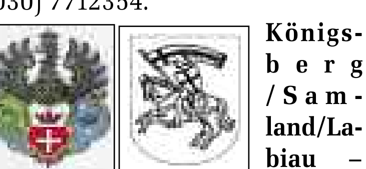


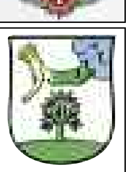
Rastenburg – Sonntag, 10. November, 15 Uhr, Rstaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



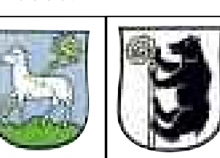
Frauengruppe – Mittwoch, 13. November, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Totenehrung und Landleben in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





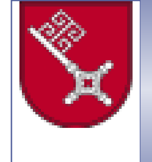


Königsberg/Samland/Labiau – Donnerstag, 28. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

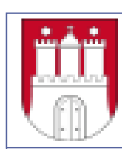


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Freitag, 15. November, 12.30 Uhr, Grothenns, Arberger Heerstr. 101, (Telefon 480020): Diesjähriges Entenessen der Gruppe. Der Preis beträgt 22,50 Euro. Dafür gibt es Hochzeitssuppe, eine halbe Ente, Rotkohl, Rosenkohl, Salzkartoffeln, Klöße mit viel Soße und grünen Salat. Zu erreichen ist die Gaststätte ab Endhaltestelle Weserwehr mit der Linie 40. Sie fahren dann bis zur Haltestelle „Colshornstraße“ bei der Arberger Mühle oder mit der Linie 1 bzw. Bundesbahn bis Bahnhof Mahndorf und dann mit der Linie 40. Sie können sich ab sofort, spätestens bis zum 11. November, bei Frau Richter (Telefon 405515) oder in der Geschäftsstelle anmelden.

Bremerhaven – Sonntag, 17. November, 11.45 Uhr, Kapelle Geestemünde: Volksbund-Veranstaltung – Freitag, 22. November, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 16. November, 10 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödingsmarkt): Christkindlmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften mit vielen Angeboten an heimatlichen Spezialitäten und Literatur. Das Ostpreußenzimmer befindet sich im zweiten Stock. In der Cafeteria ist für das leibliche Wohl gesorgt.

KREISGRUPPE



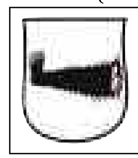
Elchniederung – Mittwoch, 27. November, 14 Uhr, Gesellschaftshaus Lakkemann, Hamburg-Wandsbek: Treffen der Gruppe. Einstimmung auf die Adventszeit mit vorweihnachtlichem Programm, dazu bitte ein Julpäcken mitbringen. Gäste sind herzlich willkommen.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Die Gruppe lädt zur Weihnachtsfeier mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und musikalischer Begleitung ein. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Verwandte und Freunde sind ebenfalls willkommen. Über Anmeldungen freuen sich Marlies und Günther Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Sensburg – Sonnabend, 9. November, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 25. November, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus bis 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. – Montag, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Mekkelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus bis 443 bis Waldquelle): Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art.



HESSEN

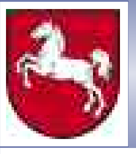
Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 16. November, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Treffen der Gruppe. nach der Kaffeetafel setzt Ruth Lask ihre Lesung aus ihrem Buch „Mein Lebensweg“ fort. – **Noch Plätze frei** – Für die Busfahrt vom 16. bis 19. Mai 2014 zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Kassel sind noch Plätze frei. Information und Anmeldung bei Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788 oder Gisela und Christian Keller, Telefon (06074) 98327.

Frankfurt am Main – **Bericht** – Im Oktober trafen sich die Mitglieder der Gruppe zu einem kulturellen, geselligen Zusammentreffen unter dem Motto: „Streiflichter durch Preußen“, sowie zum Erntedank. Die Vorsitzende, Gerlinde Groß, lenkte zum Erntedank die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf die vielen fleißigen Bauern, zu denen zum Teil auch die ostpreußischen Vorfahren zählten. Über Jahrhunderte hinweg gingen sie genügsam, fleißig und zäh ihrem mühsamen Tagewerk nach und schufen für sich und andere das tägliche Brot. Sie hatten die ursprüngliche Wildnis zu einer blühenden, ertragreichen Landschaft und so, bis zur unmenschlichen Vertreibung, Ostpreußen zur Kornkammer Deutschlands gemacht. Der geschichtliche Streifzug setzte sich fort, indem an die Lieblingskönigin der Ostpreußen, Königin Louise, erinnert wurde. Gerlinde Groß erzählte aus deren Leben und den Ereignissen, die sich in Darmstadt und Frankfurt am Main zu damaliger Zeit zugetragen haben. In ihrem zehnten Lebensjahr kam Louise mit ihrer Schwester Frederike nach Hessen. Nach dem Tod der Mutter kamen sie in die Obhut ihrer Großmutter nach Darmstadt. Oftmals waren sie zu Gast bei Frau Aja am Hirschgraben in Frankfurt, im Hause Goethes. Als der preußische König in der alten Reichsstadt Quartier bezog, ergab es sich, dass Louise dem preußischen Kronprinzen begegnete. Es muss wohl Liebe auf den ersten Blick gewesen sein, denn am 18. März 1793 hielt der König persönlich um die Hand Louises für den Kronprinzen und um ihre zwei Jahre jüngere Schwester Frederike für seinen Sohn Louis-Ferdinand an. Wenige Tage später findet die Verlobung statt. Es folgten Höhen und Tiefen bis zu ihrem viel zu frühen Ende. – Annemarie Aschenbrenner wusste von alten Erntebräuchen zu berichten, die sie auch im ostpreußischen Dialekt den Anwesenden nahe brachte. Hannelore Neumann schloss sich ihren Erzählungen an, indem sie eine beschaulich schöne Welt führte. Anschließend berichtete die Vorsitzende von einer Reise nach Groß-Podel im Kreis Stolp. Im schrecklichen Austreibungs-Winter waren im März 1945 neun Fuhrwerke mit 27 Personen aus Hasselberg im Kreis Heiligenbeil auf der Flucht vor der Roten Armee dort, in Pommerns dichten Wäldern, gestrandet. In Angst und Hunger versteckten sie sich im Wald in einer Beisetzungskapelle der Familien von Braunschweig, drangsaliert von polnischen und russischen Plünderern. Gerlinde Groß war damals, als Kleinste der Gruppe, zwei Jahre alt. Es war für sie ergreifend, woran sich ein Mensch erinnern kann und welche Gefühle freigesetzt wurden beim Anblick der 1948 gesprengten Kapelle, dem dichten Wald, der beeindruckenden Landschaft mit seinen heute freundlichen, einfachen aber wissbegierigen Menschen. Nelly Neufeld trug mit ihrem Chor zur musikalischen Unterhaltung des Nachmittags bei.

Kassel – Donnerstag, 7. November, 14.30 Uhr: Musikalische Heimatstunde mit Nelly Neufeld und ihrem Chor. – **Bericht** – Beim Treffen am 10. Oktober ging der Blick weit in den Norden der Heimat, nämlich zur Kurischen Nehrung. Unter dem Titel „Nidden, Thomas Mann und die Künstler-Kolonie“ erinnerte der Schlesier und Reiseleiter Norbert Leder an jene Traumlandschaft am Haff, welche besonders vor 1945 viele Schöngeister anzog. Im ersten Teil des Berichts schilderte der Referent die erdkundliche Entwicklung der Nehrungen von der Nacheiszeit bis zur Bändigung der Wanderdünen vor etwa 100 Jahren. Die aufmerksamen Zuhörer erfuhren etwas über das Grundmuster des Nehrungsaufbaus mit Flachstrand, Vordüne, Palwe und Sanddüne und erschraken über das, was sie wohl schon einmal in der Schule lernten: Es gibt Nachweise von 15 Dorfstellen, die in früheren Jahrhunderten vom Flugsand überdeckt wurden. Erwähnung fanden weitere landeskundliche Merkwürdigkeiten, bis das Augenmerk auf Thomas Mann und die Künstlerkolonie in Nidden gerichtet wurde. Der Anziehungskraft des Landstreifens zwischen Kurischem Haff und Ostsee erlagen zahlreiche Künstler, unter den Malern etwa Lovis Corinth aus Tapiau, Karl Schmidt-Rottluff, Max Pechstein und Ernst Mollenhauer. Von den Literaten seien stellvertretend nur E.T.A. Hoffmann, Agnes Miegel, Paul Fechter und – von Herrn Leder ausführlich beschrieben – Thomas Mann genannt. Fazit des Vortrags: Wilhelm von Humboldt fand seinerzeit die treffenden Worte zum Paradiesausläufer Kurische Nehrung: „Man muss sie gesehen haben...!“

Trebur – Einladung zur Nachbetrachtung der Ostpreußen Reise, die vom 11. bis 18. August durchgeführt wurde und uns in den nördlichen Teil von Ostpreußen führte. Termin: Freitag, 15. November, ab 11 Uhr im Gasthaus und Hotel Zum Erker, Saal, 1. Stock, Trebur, Hauptstraße 1. Nach einer kurzen Begrüßung kann ein Stamm-Essen eingenommen werden. Auch à la carte ist möglich. Zwei eifrige Reiseteilnehmer haben je eine DVD und eine CD erstellt. Diese werden nach dem Essen vorgeführt. Die DVD hat eine Laufzeit von 45 Minuten. Auf der CD können über 150 Bilder angesehen werden. Freuen wir uns auf ein Wiedersehen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Donnerstag, 7. November, 19.30 Uhr, Halepaghenbühne: Helfried Weyer präsentiert in einem grandiosen Panoramavortrag die „Mongolei – Stille Klöster, goldener Sand, weiße Berge“. Kartenvorverkauf bei Foto Köpcke und Allerleibuch, Torfweg 6. Anmeldung bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Hannover – Freitag, 15. November, 12 Uhr, Ihmeblick, Roesebeckstraße 1: Grützwurstessen. Anmeldung erforderlich.

Helmstedt – Donnerstag, 14. November, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe. – Sonnabend, 16. November, Stephani Friedhof: Volkstrauertag.

Osnabrück – Freitag, 15. November, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 19. November, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 14. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Joachim Berg zeigt den Film „Reise in ein fremdgewordenes Land – Ostpreußen, Ermland und Masuren“ von Karla-Sigrun Neuhaus. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei. – Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 4. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33619 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 7. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33619 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 14. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33619 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Sonntag, 17. November, 15 Uhr, Sennefriedhof: Volkstrauertag. Kranzniederlegung. – Donnerstag, 21. November, 14.30 Uhr, Wil-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

helmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 18. November, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düren – Mittwoch, 13. November, 15 Uhr, HDO, Holzstraße 7 A: Treffen der Gruppe. – Sonntag, 17. November, Neuer Friedhof: Volkstrauertag.

Düsseldorf – Donnerstag, 7. November, 10 Uhr, Oberschlesisches Landesmuseum, Ratingen-Hösel: Herbsttagung der AG Heimatstuben: Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten von Ostdeutschen Heimatstuben und Sammlungen. – 19.30 Uhr, GHH/Raum 412, „Ostpreußenzimmer“: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 8. November, 18 Uhr, GHH/Ausstellungraum: Große Herbstveranstaltung der Künstlerwerkstatt „Das große Format“. – Sonnabend, 9. November, 18 Uhr, Restaurant Frankenheim, Wielandstraße 14/Wehrhahn (erreichbar ab Hauptbahnhof mit der Straßenbahnlinie 704 Richtung Derendorf, Ausstieg „Pempelforter Straße“): Traditionelles Gänseessen. Anmeldungen erbeten bis 2. November unter Telefon (0211) 682318. – Montag, 11. November, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Kino. „Jeder stirbt für sich allein. ein Film mit Hildegard Knef und Carl Raddatz nach dem Roman von Hans Fallada (1893–1947). – Montag, 18. November, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag und Lesung mit Dr. Vera Schneider, Dr. Klaus Johann und Dr. Gerhard Trapp „Hinternational – Johannes Urzidil (1896–1970) – ein Schriftstellerleben zwischen Prag und New York“. – Freitag, 22. November, 16 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Verleihung des Andreas-Gryphius-Preises an Hans Bergel.

Essen – Freitag, 15. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Referat über die Heimatkreisgemeinschaft Goldap.

Gütersloh – Donnerstag, 7. November, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.

Hemer – Sonnabend, 16. November: „65 Jahre Brückenbau für die Heimat“.

Leverkusen – Mittwoch, 13. November, 14 Uhr; Treffen der Frauengruppe. Wie seit vielen Jahren wurde auch für diesen Tag St. Martin eingeladen, der jedem ein Stückchen Brot mitbringt. Auch eine Kindergruppe mit Laternen wird die Teilnehmer an diesem Nachmittag erfreuen. Informationen bei Anna Pawelka, Telefon (0214) 95763.

Mülheim – Sonntag, 17. November, 11 Uhr, Altstadtfriedhof: Volkstrauertag. Totengedenken mit Kranzniederlegung am Gedenkstein.

Neuss – Donnerstag, 7. November, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Es wird die Fortsetzung des Films „Schatzkästchen Ostpreußen, Dokumentarfilm zwischen den Jahren 1920–1945“ gezeigt. – Sonntag, 17. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof Neuss, Rheydter Straße: Teilnahme an der Feier zum Volkstrauertag.

Wesel – Sonnabend, 16. November, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Kulturabend. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind dazu herzlichst eingeladen. Der Kulturreferent Paul Sobotta hält ein Referat über „Die ostpreußische Tierwelt“. Traditionell werden Schnittchen, belegt mit geräucherter Gänsebrust, dazu Tee mit Rum oder Zitrone angeboten. Anmeldungen bis zum 7. November bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Ursula Paehm, Telefon (0281) 44262376, erbeten.

Witten – Montag, 18. November, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Veränderungen in Nord- und Südostpreußen nach dem EU-Beitritt Polens.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

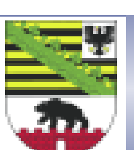
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 9. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Heimatnachmittag mit Filmvorführung „Reise durch das Memelland“.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Am 5. Oktober feierten die Mitglieder der Kreisgruppe das typisch ostpreußische Erntedankfest. Sie kamen nicht nur aus ihrem Ort, sondern aus Wolfen, Johanngeorgenstadt, Hohndorf im Erzgebirge und Chemnitz. Der Saal war mit viel Liebe geschmückt und aus den verschiedensten Getreidearten konnte man gebundene kleine Kunstwerke bewundern (Plon). Die Tische hatte Irmgard Gläser dekoriert und Kärtchen aufgestellt mit Erinnerungen an die Erntekrone und einem Gedicht über das kostbare Brot, was oft zu wenig geschätzt wird. Horst Braczko hatte eine alte Waage aufgestellt mit Gewichten wie es früher üblich war. Große Körbe mit Obst und Gemüse, Kastanien und Eicheln schmückten den Raum. Günter Hartwig, der Fotograf, hatte eine Bildergalerie vorbereitet, die Sehenswürdigkeiten und Schönheiten Ostpreußens zeigten. Sie entstanden bei gemeinsamen Fahrten in die Heimat. Dadurch wurden viele Erinnerungen wach gerufen und er erhielt regen Zuspruch, Lob und Anerkennung für seine sehr guten Bilder. Kurt Weihe begrüßte herzlich alle Teilnehmer. Der Raum war gefüllt bis auf den letzten Platz. Es waren weit über 100 Menschen gekommen. Jeder Einzelne erhielt einen ganz persönlichen Willkommensgruß. Als besonderen Gast konnte der Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Freistaat Sachsen e. V., Alexander Schulz, begrüßt werden, der auch als Mitglied von der Kreisgruppe Chemnitz zur Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna wechselte. Nun begann der Einmarsch der Erntearbeiter. Jeder trug ein besonders altes typisches Bauernwerkzeug, welches Horst Braczko zur Verfügung gestellt hatte. Kurt Weihe begleitete musikalisch den Einzug der ostpreußischen Landarbeiter. Die meisten Frauen trugen stolz ihr ostpreußisches Trachtenkleid. Die Erntekrone, die von Horst Braczko vorbereitet war, wurde ehrfurchtsvoll von Elli Springwald und Hannelore Kedzierski in den Saal getragen und alle Erntearbeiter hatten sich im Kreis aufgestellt. Elli Springwald erzählte die Geschichte der Erntekrone. Irmgard Gläser rezitierte das Gedicht „ein kleines Stückchen Brot.“ Die Gruppe sang gemeinsam das Lied „Nun danket alle Gott.“ Nach diesem fröhlichen Auftakt begann die kulturelle Umrahmung. Reinhard Gerullis begrüßte den gemischten Chor aus Langenberg. Fröhlich und mit viel Schwung wurden bekannte Heimat- und Erntelieder vorgetragen. Im Programm des Chores waren eingebunden Gedichte aus der Heimat, vorgetragen von Elli Springwald, Irmgard Gläser und Reinhard Gerullis. Nach dem Kulturprogramm des Chores überreichte Reinhard Gerullis der freundlichen Dirigentin einen bunten Blumenstrauß. Danach stärkten sich alle bei Kaffee und Kuchen sowie belegten Broten mit frisch geschlachteter Wurst und Speckfettbroten. Nachdem sich alle reichlich gestärkt hatten, begann ein Dialog zwischen Irmgard Gläser und Anneliese Marschall, der alle nachdenklich machte. Kurt Weihe hatte stets die passenden Lieder ausgesucht und unterstützte dieVeranstaltung musikalisch. Elli Springwald trug das Gedicht von der „Schirz“ vor. Zum Abschluss sangen alle das Lied „Nach meiner Heimat“. Kurt Weihe gab wichtige Informationen bekannt. Reinhard Gerullis hatte selbst gereimte Zeilen vorgetragen von gemeinsamen Erlebnissen und erhielt großen Beifall. Er verabschiedete sich herzlich von den Teilnehmern und hoffte auf ein frohes, gesundes Wiedersehen zur nächsten Veranstaltung im Dezember.



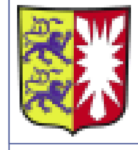
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 11. November, 14 Uhr, Krötenhof: Gedenken aller Kriegsopfer.

Halle – Freitag, 8. November, 14 Uhr, Reilstraße 54 (Begegnungsstätte der Volkssolidarität): Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 8. November, 15 Uhr, Sportgaststätte des TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 10. November, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen der Mitglieder zum Volkstrauertag. Anschließend Vorstandssitzung. – Dienstag, 19. November, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

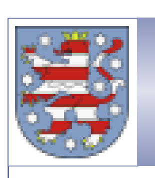
Bad Schwartau – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg: **Ein Adventsnachmittag mit Ruth Geede.** Die Autorin, Jahrgang 1916, die älteste noch aktive Schriftstellerin und Journalistin Deutschlands, wird aus ihren Werken lesen – vorwiegend Advent- und Weihnachtliches – und über ihre Zeit in Lüneburg und dem Museum, mit dem sie bis heute verbunden ist, sowie über ihre Jahre in Hamburg, wo sie bis heute lebt, berichten. Die Ostpreußen fahren am 1. Dezember (1. Advent) rechtzeitig vom ZOB Bad Schwartau ab, um noch zu einem Rundgang im Museum einzutreffen. Danach wartet ein Mittagessen auf die Teilnehmer. Anschließend um 15 Uhr treffen sich alle mit Ruth Geede, um mit ihr ein paar adventliche Stunden zu verbringen. Wer mit möchte, bitte schnellstens bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706 anmelden, da nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen zur Verfügung steht. Näheres bei Anmeldung.

Burg/Fehmarn – Dienstag, 12. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Der Kreisvorsitzende der LO Edwin Falk aus Eutin hält einen Dia Vortrag „Eine wöchentliche Reise durch das Königsberger Gebiet“. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Sonntag, 17. November, 11.30 Uhr, Kapelle Am Friedenshügel: Die Vereinigten Landsmannschaften Flensburg bitten zum Volkstrauertag gemäß Einladung des VdK, Kreisverband Flensburg. Die Gruppe bittet um Ihre Anwesenheit. Busverkehr von Flensburg-Mürwik und zurück.

Neumünster – Mittwoch, 13. November, ab 12 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Treffen zum gemeinsamen Mittagessen und gemütlichen Teil im Anschluss. Anmeldung bitte bis zum 6. November unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonnabend, 9. November, 15 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Bingo. Gänseverspielen. Neben vielen anderen Preisen kann der Weihnachtsbraten gewonnen werden.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 12. November, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Jena – Freitag, 22. November, 14 Uhr, Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen in der Panorama. Alle Landsleute sind herzlich willkommen.

Mühlhausen – Dienstag, 11. November, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg. – Mittwoch, 20. November, 14 Uhr, BdV-Heimatstube: Treffen der Heimatgruppe Ermland.

Schmalkalden – Donnerstag, 7. November, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „Immanuel Kant“.

Vertellkes und Riemkes

65. Redlicher Ostpreuße ist erschienen

Alle Jahre wieder kurz vor Beginn der Weihnachtszeit gibt es nicht nur bereits Lebkuchen und Glühwein, sondern auch das Kalenderbuch „Der redliche Ostpreuße“, das nicht nur ehemaligen Bewohnern der ostpreußischen Provinz das Herz erwärmt.

Für die inzwischen 65. Ausgabe – berücksichtigt man die Vorgänger-Publikation „Der redliche Preuße und Deutsche“ dann ist es sogar die 178. Ausgabe – hat Herausgeberin Silke Osman wieder zahlreiche stimmungsvolle Beiträge von ostpreußischen Autoren herausgesucht, aber auch selbst zur Feder gegriffen, um berühmten Kindern der Provinz zu gedenken.

Gedacht wird in diesem Jahr der Schriftstellerin Agnes Harder, die vor 150 Jahren geboren wurde. Auch ist ein Text von ihr abgedruckt, der Bedauern darüber aufkommen lässt, dass die Verfasserin fast völlig in Vergessenheit geraten ist. Ihre Zeilen sind voller Tiefsinn und Naturverbundenheit und zugleich sprachlich auf höchstem Niveau.

Auf ihren Beitrag folgen weitere von der Qualität her ähnlich hochwertige Kurzgeschichten und Anekdoten, so unter anderem von Hans Graf von Lehndorff, Ernst Wichert und Fanny Lewald. Und auch wenn nicht alle der anderen Beiträge von Autoren wie Hedy Groß, Hannelore Patzelt-Hennig, Walter Scheffler, Renate Dopatka oder Eva Maria Sirotwatka in der gleichen Liga spielen, so präsentieren sie doch fast alle eine besondere Sicht auf Ostpreußen, seine Bewohner und seine Natur. Texte wie „Das Findelchen“ von Ruth Geede oder „Zwischen den Wäldern“ von Hermann Sudermann bieten zudem ein gutes Ende und auch noch eine Moral der Geschicht, die einem ein Lächeln auf die Lippen zaubert.

Zauberhaft ist auch „Seifenblasen“ von Agnes Miegel, der Silke Osman ein wegweisendes Porträt widmet. Auf nur drei Seiten gelingt es der langjährigen *PAZ*-Mitarbeiterin das Wirken der zu Unrecht umstrittenen Dichterin, die vor 50 Jahren starb, zu verdeutlichen.

Auch dem Maler Rolf Burchard, dem Architekten Friedrich Lahrs, dem Komponisten Johann Friedrich Reichardt und der Webmeisterin Annelore Peters widmet Osman ein Kurzporträt. Zudem wird auf das Wirken des Baumeisters Andreas Schlüter und des Autors Toni Schawaller eingegangen.

Schön wäre es gewesen, wenn die Autorennamen am Anfang und nicht Ende eines Beitrages stünden, so dass der Leser sogleich weiß, von wem er jetzt etwas liest. Und leider befindet sich nur unter einigen Texten eine Kurzvita des jeweiligen Verfassers. *Bel*

***Silke Osman (Hrsg.): „Der redliche Ostpreuße. Ein Kalenderbuch für 2014“**, Rautenberg im Verlagshaus Würzburg, Würzburg 2013, geb., 141 Seiten, 9,95 Euro*

Arno Surminski liest im Ostpreußischen Landesmuseum



Mittwoch, 6. November, 19 Uhr: **„Jokehnen oder die Stimmen der Anderen“.** Autorenlesung mit Arno Surminski

Im Mittelpunkt steht der Roman „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“, der mit Armin Müller-Stahl verfilmt und auch ins Französische, Russische und Schwedische übersetzt wurde. Er hat die Leser bewegt, weil viele darin ihre eigene Lebensgeschichte wiederfanden. „Jokehnen“ steht stellvertretend für das Leben in Ostpreußen und für das Trauma von Flucht und Vertreibung.

Arno Surminski, geboren am 20. August 1934 in Jäglack als Sohn eines Schneidermeisters, blieb nach der Deportation seiner Eltern 1945 allein in Ostpreußen zurück. Er ist Autor zahlreicher Romane, Erzählungen und Sachbücher, viele über Ostpreußen, den Zweiten Weltkrieg und die Folgen. Eintritt: 6 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum, Telefon (04131) 7599-50.

Vortrag im OL

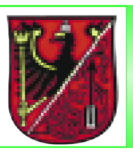
Dienstag, 5. November, 14.30 Uhr: **Angekommen – Vertriebene im Großraum Lüneburg in den 50er Jahren.** Vortrag von Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum erleben“

Die Auswirkungen von Flucht und Vertreibung zum Ende des Zweiten Weltkrieges bekam Niedersachsen besonders stark zu spüren. Von den 12 Millionen Vertriebenen wurden 1949 zirka 1,8 Millionen im Land aufgenommen – das entsprach einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Eintritt 5 Euro (inklusive Kaffee, Tee und Gebäck).

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 7599-50

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

42. Heimattreffen

Das vorweihnachtliche 42. Heimattreffen wird am Sonnabend, 16. November, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr im Hotel Spornitz, nahe Parchim, stattfinden. Hierzu sind alle Landsleute herzlich eingeladen. Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreussen vorgetragen und ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die alte Heimat werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, so dass der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon beeindruckt, gerne zu Nachfolgetreffen kommen wird. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck unter Telefonnummer 038726/ 880 vereinbart werden. Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b,19370 Parchim, Telefon/AB/Fax (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de.



LÖTZEN

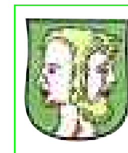
Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ostpreußen trifft Erzgebirge

Sonnabend, 16. November, Lötzener Heimatmuseum, Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), geöffnet ab 10 Uhr. Veranstaltungsbeginn ausnahmsweise um 15 Uhr: „Ostpreußen trifft Erzgebirge“ – ein vorweihnachtlicher Nachmittag mit Geschichten an geschmückter Kaffeetafel. Eintritt frei.

»Leben in der Bude«

„Leben in der Bude“ ist zu salopp formuliert, „lebendiges Museum“ dagegen anmaßend. Irgendwo dazwischen liegt, was sich Monat für Monat in der Lötzener Heimatsammlung in der Patenstadt Neumünster ereignet: „Der besondere Tag“ ist zum besonderen Tag geworden. Am dritten Samstag im Oktober kamen außer treuen Stammgästen und Wiederkehrern zum jetzigen Standort nicht wenige neue Besucher: „Ich habe Sie im Internet entdeckt.“ oder „Ich habe in der Zeitung nur das Wort Ostpreußen gelesen, da wusste ich, da müssen wir hin.“ oder „Ich möchte endlich richtig mit Familienforschung beginnen.“ oder „Ich bin neugierig auf die angekündigten Märchen aus Ostpreußen.“ – das waren einige der Äußerungen. Zur Märchenstunde saßen fast 30 Erwachsene im Halbrund und hörten konzentriert und fasziniert der Erzählerin vom Märchenforum Hamburg, Angelika Rischer, zu. Sie bot „Der Lorbaß und die weiße Mietz“, „Die Gänschenkönigin“, „Vom Bernstein“, „Das Heimtier“ und als Zugabe und Ausklang „Katerchen und Katzchen“. Mit der durch dieses Märchen ausgelösten Heiterkeit verließen die Zuhörer begeistert den Veranstaltungsraum. Eine neue ostpreußische Märchenstunde wird das Jahresprogramm 2014 bieten.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Lycker Treffen in Bremen

Wilhelm Norra lädt zum 5. Treffen der in Bremen und auswärtig wohnenden ehemaligen Lycker ein. Das Treffen findet am Donnerstag, 14. November, von 14 bis zirka 19 Uhr, im Best Western „Hotel zur Post“, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen, statt. Wilhelm Norra bittet um vorherige Anmeldung, da er dem Hotel die Teilnehmerzahl verbindlich mitteilen muss. Nach der Begrüßung um 14 Uhr und einigen Vorträgen findet gegen 16 Uhr das Kaffeetrinken statt. Jeder Teilnehmer ist Selbstzahler. Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 82 06 51.

Reise in den Kreis Lyck im Juni 2014

Eine weitere Fahrt in den Kreis Lyck. Bezirks- und Ortsvertreter Reinhard Donder veranstaltet vom 14. bis 22. Juni 2014 eine Reise in den Kreis Lyck. Geplant sind: Ein Gottesdienst auf dem Friedhof in Kalkofen, Staken auf der Kruttinna, Besuch von Nikolaiken und der Wolfsschanze, eine Bootsfahrt auf dem Lyck-See sowie weitere Ausflüge in der Umgebung. Nach Möglichkeit werden alle Heimatorte der Mitreisenden angefahren. Abfahrtmöglichkeiten ab Dortmund, (Bremen, Hamburg) und Hannover. Die Unterbringung erfolgt in der Pension Rejrat in Seedorf. Die Reisekosten werden insgesamt pro Person zirka 700 Euro betragen. Reinhard Donder sagt: „Bringen Sie Ihre Kinder und Enkel mit, damit in unserer Erinnerung etwas von dem bleibt, was mal war.“

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Jubiläum mit Ehrungen

Kreisgruppe Buchen feierte ihr 25-jähriges Bestehen


Für 25 Jahre Vereinsvorsitz geehrt: Rosemarie S. Winkler (m.) Bild: Ambros

Die Kreisgruppe der Ostpreußen, Westpreußen und Pommern in Buchen begeht in diesem Jahr ein ganz besonderes Jubiläum: Seit 25 Jahren existiert der Verein unter der Leitung von Rosemarie Sieglinde Winkler. Die Vorsitzende und ihr Verein luden im Oktober in den Buchener Wimpinasaal ein, um das Jubiläum mit zahlreichen prominenten Gästen zu feiern. Die Anwesenden erwarteten viele Grußredner, musikalische und volkstümliche Unterhaltung sowie Ehrungen langjähriger Vereinsmitglieder. Landrat Achim Brötel war als Bote des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann gekommen und überreichte Rosemarie Winkler für ihre Verdienste im letzten Vierteljahrhundert im Rahmen der Feierlichkeiten die angesehene Staufermedaille.

Für das musikalische Programm des Nachmittags zeichnete die Musik-Gesanggruppe Biebesheim-Dornheim unter der Leitung von Rudolf Mohr verantwortlich. Sie eröffnete die Jubiläumsfeier stilgetreu mit dem Westpreußen-, dem Ostpreußen-, dem Pommern- und dem Deutschlandlied. Als weitere Unterhaltungsgäste traten die Akteure der Volkstanzgruppe Tauberbischofsheim unter der Leitung von Helmut Wenzel auf, die verschiedene Tänze in Trachten zum Besten gab und dem Publikum die Vielfalt ost- und westpreußischer sowie fränkischer Tänze zeigte. Das Publikums sang kräftig mit.

Landrat Brötel, Bürgermeister Roland Burger sowie Christian Joachim, zweiter Landesvorsitzender und Kulturreferent der LOW Bayern, hielten Reden. Sie gratulierten Winkler und ihrem Verein zum 25-jährigen Bestehen. „Für uns ist das viel, denn mal ehrlich: Wer hätte uns diese Zahl schon zugetraut?“, sagte Winkler in ihrer Eröffnungsrede. Bei der Gründung umfasste der Verein 50 Mitglieder. Auch Burger lobte die Verdienste der Vorsitzenden: „Die Welt lebt von Menschen, die mehr tun, als ihre Pflicht.“ Winkler leistete in ihrer Vorstandsfunktion einiges. Dazu zählten unter anderem über 100 heimatkundliche Ausflüge und Exkursionen sowie 35 Fahrten nach Ostpreußen, Schlesien und Hinterpommern mit über 2000 Teilnehmern. Brötel nannte die Aktionen des Vereins einen „wichtigen Brückenschlag zu den heute dort lebenden Menschen“. Er überreichte Winkler die Staufermedaille, eine Auszeichnung des Ministerpräsidenten höchstpersönlich, die für Verdienste um das Land Baden-Württemberg verliehen wird. Damit reiht sich Winkler in Namen wie Kardinal Walter Kasper, Unternehmer Reinhold Würth, Raumfahrer Ernst Messerschmid, Fernsehmoderator Kurt Felix und Ursula Späth, die Schirmherrin der Aktion für an multipler Sklerose Erkrankter, ein. Sie bedankte sich für die hohe Auszeichnung: „Ich finde es wunderschön, wenn man in der Kommunalverwaltung als Verein eine solche Stütze im Rücken spürt. Man steht nicht allein da.“

Stauffermedaille für Rosemarie Winkler

Neben der Vorsitzenden wurden weitere Mitglieder geehrt, die ebenfalls seit der Gründung im Jahre 1988 zum festen Bestand der Kreisgruppe Buchen zählen. Dazu kamen einige Ehrungen für besondere Leistungen und Verdienste innerhalb des Vereinslebens – etwa engagierter Einsatz bei bestimmten Veranstaltungen oder allgemeines Engagement im Vereinsleben. Im Anschluss an die Ehrungen wurde der Kurzfilm „Das wunderliche ABC“ abgespielt, der die Familiengeschichte des Pfarrers Johannes Joachim aus Königsberg-Ponarth behandelt und einen letzten Unterhaltungspunkt darstellte. Den Abschluss bildete ein gemütliches Beisammensein zu den volkstümlichen Liedern der Musik-Gesanggruppe, um den erfolgreichen Tag ausklingen zu lassen.

Pascal Ambros

Europäischer Gleichklang

Glasmuseum Rheinbach eröffnet internationale Ausstellung

Im Rahmen eines interkulturellen Kooperationsprojektes hat das Glasmuseum Rheinbach eine neue Ausstellung eröffnet. Die 1991 in Weimar gegründete Plattform zur verstärkten Zusammenarbeit Deutschlands, Frankreichs und Polens ist unter der Bezeichnung „Weimarer Dreieck“ bekannt. Das Rheinland pflegt vielfältige Verbindungen zu den Nachbarländern. So hat Bonn zum „50. Jahrestag des Elysée-Vertrages 2013“ eine Brücke zur lothringischen Hauptstadt Nancy geschlagen. Der Rhein-Sieg-Kreis wiederum unterhält seit Jahren eine Partnerschaft mit dem polnischen Landkreis Bunzlau [Bolesławiec].

Die interkulturelle Veranstaltungsreihe „Kulturdreieck – Rheinland, Frankreich, Polen“ läuft bis Ende November. Das Ziel des grenzüberschreitenden Projektes ist, die jeweils eigene Kultur den Nachbarn näherzubringen und die des anderen verstehen zu lernen sowie Gemeinsamkeiten zu pflegen und Begegnungen zu ermöglichen. Die Kulturämter der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises erarbeiten gemeinsam mit zahlreichen Partnern ein umfangreiches Programm.

Das Glasmuseum Rheinbach – das sich zur Aufgabe gemacht hat, die nordböhmische Glasveredlungstradition zu wahren und lebendig zu halten – beteiligt sich am „Kulturdreieck“ mit der Präsentation „Drei Sprachen: Glas – Le verre en trois langues – Trzy jazyki: szklo“. Bei einem Rundgang durch die Ausstellung sieht der Besucher, wie facettenreich die Annäherung von verschiedenen Künstlern an den Werkstoff Glas sein kann. Zu sehen sind Arbeiten von Stanislaw Borowski (Polen), Georg Linden (Deutschland) und Gérald Vatrin (Frankreich). Beeindruckend sind die unterschiedlichen künstlerischen Temperamente, die vom fantastischen Realismus über archaische Stilisierungen bis hin zu geheimnisvollen Fetischen reichen. Alle drei Künstler versuchen, an Grenzen zu gehen und hängen die Messlatten immer höher. Mehr an gravurtechnischer Schwierigkeit als bei Borowski ist ebenso wenig denkbar wie bei Lindens Formübersteigerung oder Vatrins Formenvariationen.


Borowski-Objekt Bild: D.G.

Bei der Vernissage verwies Museumsleiterin Ruth Fabritius auf den bekannten Wahlspruch der drei Musketiere aus Alexandre Dumas' gleichnamigem Roman „Einer für alle, alle für einen“. Auch wenn es bei dem Kulturprojekt um Europa geht, das zusammenwächst, sowie um historische Erzfeindschaften im Zentrum Europas, die endgültig beigelegt sind, gab Fabritius zu bedenken, dass dieses Motto doch nicht ganz passt. Die Lebensläufe der an der Ausstellung beteiligten Künstler aus den drei Ländern werfen für die aus Siebenbürgen stammende Fabritius interessante Fragen auf. Sie sagt: „Aber was bitte schön, ist das Polnische an Stanislaw Borowski, der in Frankreich geboren wurde, in Polen lebte, nach Deutschland flüchtete, in Rheinbach neu startete, dann nach Hennef ging und nach der Wende in Bunzlau ein neues Studio aufbaute, von wo aus seine Arbeiten und die seiner Söhne in alle Welt, vor allem nach Amerika, aber auch in den fernen Osten gingen? Was, bitte schön, ist das Deutsche an Georg Linden, der in Bonn geboren wurde, wo er auch heute noch lebt, der als Glasabteilungsleiter an der hiesigen Glasfachschule inzwischen zahlreiche Absolventen geprägt hat und mit der Glaskünstlervereinigung NRW, der auch die Borowskis angehören, auf zahlreichen wichtigen Glasausstellungen präsent ist.“ Und schließlich ist auch bei Gérald Vatrin nicht etwas typisch Französisches zu erkennen. Der Künstler lebte mit seiner Familie zehn Jahre lang im afrikanischen Mali und hat ausgeprägte ethnologische Interessen.

»Einer für alle, alle für einen«

Für alle ist das Zusammenspiel von Glas und Licht faszinierend. Erst das passende Licht bringt die skurril-poetische Bilderwelt Stanislaw Borowskis zum „Erwachen“. Auch die Objekte von Gérald Vatrin lüften ihre Geheimnisse nur, wenn sie ins richtige Licht gerückt werden. Ebenso kommt der Kontrast zwischen der schrundigrauen Außenhaut und dem fein abgestuften Blau oder Türkis im Inneren der Boote von Georg Linden vor allem bei optimalem Licht zum Tragen.

Die Ausstellung ist bis zum 24. November zu besichtigen. Passend zur Thematik gestaltet das Glasmuseum Rheinbach am 16. November 2013 einen literarisch-kulinarischen Abend mit dem Titel „Einer für alle – alle für einen“. Geplant ist auch ein Workshop im Rahmen der offenen Museumswerkstatt.

Dieter Göllner

Glasmuseum Rheinbach, Himmeroder Wall 6, 53359 Rheinbach, Telefon (02226) 917501, E-Mail: Glasmuseum@Stadt-Rheinbach.de

verwirrt, unschlüssig; früherer türkischer Titel; beharrlich, konsequent; Bundesstaat der USA; metallisch grau glänzend; Entlüftungsvorrichtung; Orgelteil; amerikanischer Präsident (Herbert); Rand eines Gewässers; zünftig, kernig; originell; Richterspruch; in der Nähe von; ugs.: verschwenderisch umgehen; Winkel des Boxrings; Sänger komischer Rollen; deutscher Maler (Anselm); Schwermetall; geistreicher Spaß, Scherz; unberührte Landschaft; spanisch: Hurra!, Los!, Auf!; wichtig, grundlegend; wertvolles Möbelholz; Handarbeitstechnik; einfarbig; frühere frz. Währungseinheit; Küchengerät, Raspel; neugieriger Zuschauer; Opernsologesang; Begeisterung, Schwung; neugierig anstarren; Fehllos bei der Lotterie; weiches Inneres von Brot; Brosame; runde Schneehütte der Eskimos; Kugelspiel, Sportart; englisch: König; Suppenschüssel; Türdrücker; Erwiderung; Nachbildung; holländischer Käse; Möbelstück; Gefäß mit Henkel; Binnenstaat in Westafrika; Kurort am Lago Maggiore; Gott anrufen; handeln; auf etwas, jemanden zu; Staat in Nahost; Kostenverteilung; Gebirgstier (südd. Name); Banknote; Glanz; scherzh.: geschickt entwenden; ungebetener Gast; Teufel; Griff; Stängel; früher: Seeräuber, Pirat; Berg im Himalaja (Mount …); Sauermilchgetränk; baumlose Kältesteppe; ein Mineral; Kultbild der Ostkirche; ein Wurfpfeilspiel; Verlangen nach Nahrung; vorspringender Mauerstreifen; ital. Geigenbauerfamilie; von der Zeit an; leere Redensart; kritischer Wendepunkt; umhüllen, einschließen; spanischer Cellist (Pablo); Kfz-Zeichen Australien; herbeischaffen; Verhältniswort; Entfernung des Inhalts; wagemutig, beherzt; Kletterpflanze; männlicher Nachkomme; süditalienische Hafenstadt in Apulien; Vorgesetzter; hochgewachsen; ausgedehnt; immun, geschützt; Gedichtzeile; Laubbaum; ein Planet; eigensinnig, hartnäckig; griechischer Götterbote; Fluss zur Donau; verteidigend, abwehrend; chemisches Zeichen für Tellur; Kfz-Zeichen Remscheid; linker Nebenfluss der Fulda; Vorsilbe: gegen (griech.); Korridor, Gang; Abkürzung für United Nations; Aufsässiger, Verschwörer; ostfranzösisches Grenzland; unnachgiebig, hart

PAZ13_44

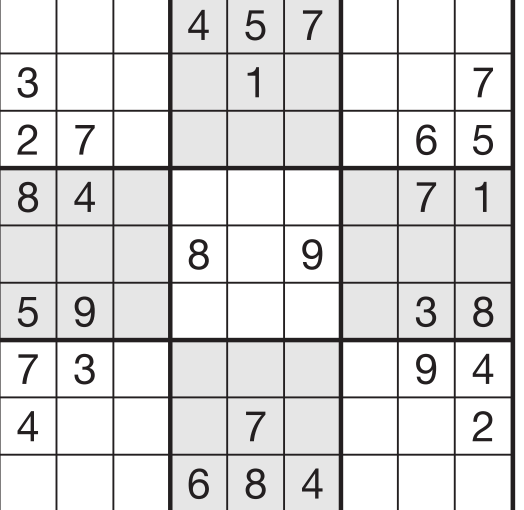
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Ulrich, 2. Anflug, 3. Wismar, 4. Kabine, 5. Kulanz, 6. Garten – Unsinn, Humbug

Kreiskette: 1. Schiff, 2. hinten, 3. Ekarte, 4. Karate, 5. Dattel – Schneekette

Sudoku:

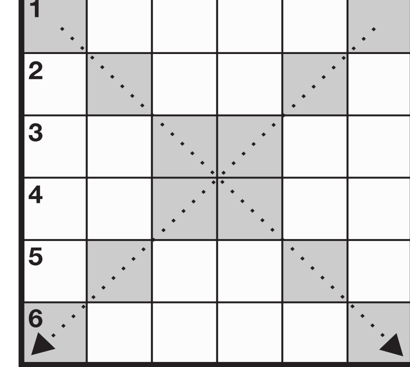
Sudoku



			4	5	7			
3				1				7
2	7						6	5
8	4						7	1
			8		9			
5	9						3	8
7	3						9	4
4				7				2
			6	8	4			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



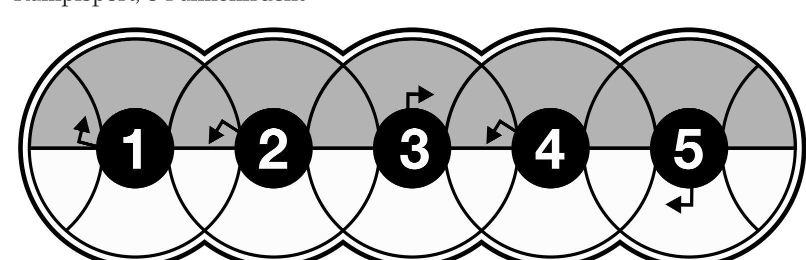
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe für Torheit.

1 Männername
2 Vorbereitung zur Landung
3 dt. Hafenstadt an der Ostsee
4 Schiffsraum
5 Großzügigkeit, Entgegenkommen
6 Kleinanbaufläche

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Teil der Kfz-Winterausrüstung.

1 Wasserfahrzeug, 2 am Ende, 3 französisches Kartenspiel, 4 japanischer Kampfsport, 5 Palmenfrucht



»So viele Ostpreußen auf einmal«

1500 Besucher beim 18. Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern – Ministerin Kuder übernahm Schirmherrschaft

So viele Ostpreußen auf einmal habe ich noch nicht gesehen!“ staunte der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, Deividas Matulionis. Der Ehrengast aus Berlin war am 5. Oktober einer Einladung in das Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg zum 18. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern gefolgt – zusammen mit mehr als 1500 Besuchern. Kreis- und Ortsgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen aus Anklam, Greifswald, Wismar und Ludwigslust waren angereist, sogar aus Hamburg und Buxtehude waren zwei Busse nach Neubrandenburg gekommen. Am weitesten hatte es die ostpreußische Familie Schostak aus Australien. Auch ein NDR-Kamerateam war erschienen – am selben Abend strahlte das „Nordmagazin“ einen Kurzbericht aus.

Mehr als 40 Helfer aus Anklam und Neubrandenburg hatten die Halle festlich geschmückt. Auf den Tischen standen wie immer große Schilder aller 40 ostpreußischen Kreise mit Besucherlisten, in die

Ostpreußen ist nicht von gestern

sich die Landsleute eintragen und finden konnten. Fast 200 Gäste waren erstmalig dabei.

Um 10 Uhr begann die Fest- und Feierstunde, vom Jugendblasorchester Grimmen mit seinem Leiter Volkmar Doß auf hohem musikalischem Niveau umrahmt. Der Landesvorsitzende der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Schukat, eröffnete das Treffen und begrüßte die Teilnehmer und Ehrengäste, darunter 120 Landsleute direkt aus allen Teilen der Heimat – dem heute polnischen Ermland-Masuren, dem russischen Königsberger Gebiet und dem litauischen Memelland. Warum gibt es immer noch solche Treffen fast 70 Jahre nach Kriegsende? Manfred Schukat gebrauchte ein Beispiel: Vor Jahren waren die Königsberger Zeitungen voll von einer Meldung – dort waren offenbar vor der Flucht vergrabene Weckgläser gefunden, geöffnet und von Lebensmittelchemikern untersucht worden. Das eingeweckte Fleisch war nicht nur essbar, sondern es schmeckte sogar noch sehr gut. So sei es auch mit Ostpreußen – nicht nur von gestern, sondern erlebbar und genießbar, man brauche nur hinzufahren. Manfred Schukat lud die Landsleute ein, mit Kindern und Enkeln die Heimat zu besuchen.

Nun folgte der traditionelle Einzug der Heimatfahnen. Unter den Marschklängen des Jugendblasorchesters wurden die Fahnen sämtlicher ostpreußischer Heimatkreise aufgerufen und in die Halle getragen – ein emotional sehr bewegendes Erlebnis. Das geistliche Wort sprach der Demminer Propst Gerd Panknin, dessen Frau ostpreußische Wurzeln in Piktupönen hat. In der Familie wurde bis heute eine Holztafel aus dem Memelland mit dem Spruch „Bete und arbeite“ aufbewahrt, welche der Pfarrer seinen aufmerksamen Zuhörern präsentierte. Zum gemeinsamen Vaterunser und dem folgenden Totengedenken erhoben sich die Besucher und stimmten anschließend in ihre Heimathymne – das Ostpreußenlied – ein.

Als erster Ehrengast sprach der litauische Botschafter zu den Teilnehmern. Der höchste diplomatische Vertreter seines Landes in Berlin ging auf die jahrhundertelangen friedlichen und fruchtbaren Verbindungen zwischen Litauen und Ostpreußen ein und würdigte das Schicksal der ostpreußischen Wolfskinder und ihrer litauischen Retter nach dem Kriege. Von der Veranstaltung zeigte sich der Botschafter sehr angetan und lud seine Zuhörer ein, das heutige Litauen zu besuchen.

Wie schon im Vorjahr hatte die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, die Schirmherrschaft über das Landestreffen übernommen. Sie überbrachte die Grüße der Landesregierung und betonte, wie wichtig solche Veranstaltungen für die gesamtdeutsche Erinnerungskultur sind. Um ihren Worten den nötigen materiellen Nachdruck zu verleihen, überreichte sie unter starkem Beifall einen aktuellen Förderbescheid über 5000 Euro für dieses Treffen an den Landesvorsitzenden Manfred Schukat. Namens der gastgebenden Kommune hieß Stadtpräsident Günter Rühs die Besucher willkommen, ehe der Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen das Wort ergriff.



Erfreut über großen Besucherzustrom: Landesvorsitzender Manfred Schukat Bild: Schülke

Stephan Grigat erlebte zum zweiten Mal ein Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern und beglückwünschte die Landesgruppe zu diesem Zuspruch. Der Festredner setzte drei Akzente: Ostpreußen lebt – sonst wären nicht so viele Menschen heute hier. Die Vertreibung der Ostpreußen war jedoch keine zwingende Folge des Krieges, sondern ein stalinistisches Unrecht, denn aus West- und Mitteldeutschland wurde niemand vertrieben. Aber: Die Ostpreußen fahren heute nicht in die Heimat, um etwas zu fordern, sondern um zu geben. Die Landsmannschaft bewahrt nicht nur die Geschichte und Kultur Ostpreußens, sondern entwickelt sie mit den heutigen Bewohnern weiter. Dann wartete der Sprecher mit einer großen Überraschung auf: Im Namen des Bundesvorstandes zeichnete er Manfred Schukat für seine Verdienste mit der zweithöchsten Ehrung der Landsmannschaft Ostpreußen, der Ottomar-Schreiber-Plakette, aus. Der so Geehrte rang sichtlich um Fassung, ob er dies wirklich verdient habe. Daran ließ aber der tosende Beifall keinen Zweifel. Glückwünsche, Grüße und Präsente aus der Heimat überbrachten Magdalena Piklaps für die Ostpreußen aus dem Memelland sowie Heinrich Hoch und Barbara Ruzewicz für den Dachverband der Deutschen in Ermland und Masuren. Sie gaben ihrer Freude Ausdruck, solch einen Tag unter Landsleuten erleben zu dürfen, und luden herzlich zum Gegenbesuch der Heimat ein.

Hauptattraktion des Landestreffens wurde die Vorführung einer echten Trakehner-Stute vom Privatgestüt Jamel bei Schwerin. Während das Pferd unter den Marschklängen der „Feuerfestpolka“ in die Halle geführt wurde, hielt es die Ostpreußen nicht auf ihren Sitzen – sie spendeten kräftigen Applaus und die Fotoapparate blitzten. Pferdezüchter Rainer Janenz alias „Reitbursche Otto aus Trakehnen“ vermittelte einen kurzen Überblick über die Trakehner Zucht und gab auf Ostpreußisch noch „Die Brautschau“ von Alfred Lau zum Besten. Die Feierstunde endete mit der dritten Strophe des Deutschlandliedes, welche die Anwesenden stehend mitsangen.

Nach der Mittagspause folgten zwei offizielle Grußworte: Für den Landesverband der Deutschen Kriegsgräberfürsorge sprach deren Geschäftsführer Karsten Richter aus Schwerin. Eine Spendensammlung im Saal erbrachte über 1200 Euro zugunsten des Volksbundes, den eine fruchtbare Kooperation mit der Landsmannschaft Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern verbindet. Die angebotene Online-Kriegsgräbersuche wurde am Informationsstand gleich rege genutzt. Von der benachbarten Landesgruppe Schleswig-Holstein grüßte deren Vorsitzender Edmund Ferner die Ostpreußen mit herzlichen und anerkennenden Worten.

Die Veranstalter hatten ein ansprechendes Kulturprogramm vorbereitet und Chöre aus ganz Ostpreußen eingeladen. Die Landsleute aus Heydekrug, Memel, Gumbinnen, Lötzen, Heilsberg, Sensburg und Osterode hatten die weite Anreise mit Bussen nach Neubrandenburg nicht gescheut. So richteten sich am Nachmittag alle Augen auf die festlich geschmückte Bühne.

Unter der bewährten Moderation von Heimatsänger Bernd Krutzinna („BernStein“) kamen alle Ensembles zum Zuge. Festlich gekleidet und stimmgewaltig trug der Chor „Heide“ aus Heydekrug deutsche und litauische Volks- und Heimatlieder sowie den Gumbinner Tanz vor. Informationen über die Vereinsarbeit gab die Vorsitzende Gerlinde Stunguriene, die an diesem Tag Geburtstag hatte. Eine Ohren- und Augenweide waren die jungen Mädchen vom deutsch-litauischen Hermann-Sudermann-Gymnasium Memel unter Leitung ihrer Musiklehrerin Asta Markeviciene. Mit zwei Programmen in verschiedenen Kostümen wartete der russische Kammerchor „Kant“ aus Gumbinnen auf. Als symbolischen Gruß hatten die professionellen Sängerinnen und Sänger ein Brot aus Gumbinnen mitgebracht. Doch damit nicht genug: Die Leiterin Tatjana Matwejewa und Manfred Schukat besiegelten während der Veranstaltung eine Partnerschaft der Landsmannschaft Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern mit dem russischen Kulturhaus Gumbinnen, um die jahrelangen freundschaftlichen Beziehungen auf eine offizielle Grundlage zu stellen.

Danach zeigten in bunten Kostümen die Chöre „Stimme der Heimat“ Lötzen, „Warmia“ Heilsberg und „Masurenklang“ Peitschendorf ihr Können, indem sie Heimatlieder und Gedichte vortrugen. Bern-Stein verstand es, einige Mitwirkende selber am Mikrofon zu Wort kommen zu lassen. Er brachte bekannte und neue, oft selbstverfasste Ostpreußenlieder aus seinem Repertoire zu Gehör. Ein moderneres, aber desto flotteres Programm bot danach das Jugendensemble „Tannen“ Osterode. Als Krönung der steigenden Stimmung führten die Schülerinnen aus Memel eine lange Polonaise durch den ganzen Saal, der sich spontan viele Teilnehmer anschlossen.

Buntes Programm sorgte für Stimmung

So herrschte bis zum Schluss eine frohe Atmosphäre in der großen Halle – kaum jemand wollte vor der Zeit nach Hause. Abgerundet wurde das Programm durch den maritimen Auftritt des Shantychores „De Klaashahns“ aus Rostock-Warnemünde, bevor alle Mitwirkenden zum großen Finale auf die Bühne gerufen wurden. Gemeinsam stimmten sie mit den Besuchern noch einmal das Ostpreußenlied an und reichten sich zum Zeichen der Verbundenheit die Hände. Ehe die Busse abfuhren, sprach Manfred Schukat das Schlusswort. Er dankte den vielen fleißigen Helfern für ihren enormen, zuverlässigen Einsatz und lud die Ostpreußen zum nächsten Landestreffen am 27. September 2014 in die Stadthalle Rostock und ebenso zum Deutschlandtreffen 2014 nach Kassel ein. Für das neue Jahr sind auch wieder zahlreiche Heimatfahrten geplant. Die Ostpreußen gehören zusammen, das hat dieses Landestreffen einmal mehr gezeigt. *Friedhelm Schülke*

Laufend New York erleben

Sightseeing-Tour zu Fuß über 42 Kilometer – Beim Marathon lernt man alle fünf Stadtbezirke von »Big Apple« kennen

Nachdem vor einem Jahr Hurrikan Sandy den New York City Marathon platzen ließ, legen dieses Wochenende wieder 50000 Läufer die Stadt für einige Stunden lahm. Viele sind mit Kameras unterwegs, kommt man doch laufend an Sehenswürdigkeiten vorbei.

New Yorks Autofahrer haben in diesen Tagen schlechte Karten. Ständig sind Straßen abgesperrt. Diesmal schlängeln sich makaber kostümierte Gestalten durch die Sixth Avenue in Greenwich Village, die teilweise mit Beilen und Äxten bewaffnet für nächtlichen Grusel sorgen. Klar: Es ist Halloween, und nur wer die Vorliebe der Amerikaner für Kürbisse und Kunstblut kennt, kann dieser Prozession der Geister und Zombies etwas abgewinnen. Am Straßenrand stehen an diesem letzten Donnerstag im Oktober auch viele Schaulustige aus Übersee, die sich das Treiben ebenso belustigt wie befremdet ansehen. Drei Tage später werden sie selbst es sein, auf die in den Straßen von New York die Kameras der Zuschauer gerichtet sind.

Immer am ersten Sonntag im November ist halb New York für die weltweit größte Laufveranstaltung der Welt abgesperrt. Na ja, fast immer, jedenfalls dann, wenn kein Unwetter wütet. Letztes Jahr fiel der Marathon dem Hurrikan Sandy zum Opfer, der vor der Küste New Yorks für verheerende Schäden gesorgt, ganze Stadtteile unter Wasser gesetzt und die Stromversorgung unterbrochen hatte. Die bereits angereisten ausländischen Sportler, die neben den Reise- und Unterkunftskosten noch die horrende Teilnahmegebühr von 358 Dollar bezahlt hatten, murrten zwar, da sie nach der kurzfristigen Absage gleich wieder die Heimreise antreten konnten, durften sich aber auf einen garantierten Startplatz für dieses Jahr freuen. Schließlich darf nicht jeder an dem begehrtesten Marathon der Welt teilnehmen. Es gibt stets mehr Anmeldungen als Startplätze, und nur wer Losglück hat oder eine Qualifikationszeit vorweisen kann – bei einem 40-Jährigen liegt sie bei kaum machbaren zwei Stunden und 50 Minuten – oder sich für viel Geld über eine Sportreiseagentur einbucht, darf dabei sein.

50000 Läufer sind es, die diesmal wieder zusammenkommen. Mit hunderten Bussen werden die meisten früh morgens in Manhattan abgeholt und zum Startplatz gebracht. Für viele ist das eine erste Sightseeing-Tour. Vorbei am Empire State Building und den im Bau befindlichen Türmen des neuen World Trade Centers geht es in dem vor einem Jahr von Sandy vollständig überfluteten längsten Tunnel Amerikas, dem 2,8 Kilometer langen Brooklyn-Battery Tunnel, unter dem East River hindurch nach Brooklyn mit seinen flachen Kolonialstil-Häusern und von dort über die Verrazano Narrows Brücke nach Staten Island.

Der Anspruch des New York City Marathons ist es, durch alle fünf Bezirke (Boroughs) zu laufen. Daher versammeln sich die Läufer direkt unter der größten US-Brücke zur Hafeneinfahrt von New York im südlichsten Bezirk. Von Staten Island, das unter Sandy mit am stärksten litt, bekommen die Läufer ansonsten nicht viel zu sehen. Für Touristen ist der Bezirk allerdings dank kostenloser Fähren von der Südspitze Manhattans aus ein beliebtes Ausflugsziel, zumal die Fahrt dicht an der kleinen Insel mit der Freiheitsstatue entlangführt.

Unterdessen läuft der Countdown zum Start. Zwei Hymnen dröhnen über die Läufermasse hinweg: die US-Nationalhymne und „New York, New York“ mit Frank Sinatras Tenorstimme. Mit dem Startschuss setzt sich die Masse schwerfällig in Bewegung. Als Erstes gilt es einen Anstieg auf fast 70 Metern zu bewältigen. Mit ihren zwei Fahrebenen ist die Verrazano Narrows Brücke sogar höher als San Franciscos Golden Gate Bridge. Während unten Feuerwehrboote zur Begrüßung Seewasser in die Höhe spritzen, ist von hoch oben in etwa neun Kilometern Entfernung die Freiheitsstatue im Dunst zu erkennen. Wenn die „Queen Mary 2“ bei Ebbe in den Hafen einläuft, bleibt zwischen den Schornsteinen des Passagierdampfers und der Brücke gerade einmal ein Spielraum von zwei Metern.



Bild: action press

Marathon mit Aussicht: Nur Spitzenläufer haben keinen Blick für die New-York-Silhouette

Und schon geht es von der Brücke hinab nach Brooklyn. Mit 2,5 Millionen Menschen leben hier die meisten der insgesamt acht Millionen New Yorker. Wäre der Bezirk 1898 nicht eingemeindet worden, wäre er heute die viertgrößte Stadt der USA. Vor allem für junge Menschen und Künstler wird dieser Bezirk wegen seiner vergleichsweisen günstigen Mieten immer attraktiver. Am Straßenrand spiegelt sich der bunte Bevölkerungsmix der verschiedenen Einwandererschichten wider. Hier ein Viertel mit Fähnchen schwingenden Italo-Amerikanern; ein Block weiter jubeln schwarzgewandete Juden den Läufern zu; an der nächsten Ecke sorgen schwarze US-Bürger mit Live-Musik für Stimmung; ja, auch die Deutschen ließen sich hier nieder, erkennbar an ihren schwarz-rot-goldenen-Fahnen. „Go, Germany, go!“, feuern sie einen Läufer an, wenn sie das dick aufgemalte Nationenkürzel „GER“ unterhalb der Startnummer am Läufershirt erkennen.

Nachdem es zwischen Meile vier und fünf auf der Fourth Avenue schnurgeradeaus geht, biegt man kurz in New Yorks größten Bezirk Queens ein. Wie Brooklyn liegt Queens auf der Südspitze einer 193 Kilometer langen Atlantikinsel, die sich parallel zum Festland erstreckt. Touristen kennen den Bezirk allenfalls durch seine zwei Flughäfen: John F. Kennedy Airport für internationale und La Guardia für nationale Flüge. Tennisfans pilgern im September hierher, wenn in Flushing Meadows die „US-Open“ stattfinden. Viele, die in Manhattan arbeiten, leben in diesem „Schlafzimmer“ New Yorks.

Das Guggenheim wird links liegen gelassen

Die Läufer nehmen unterdessen eine nächste Brückenhürde. Auf halber Strecke geht es auf der Queensboro Brücke über den East River in das „eigentliche“ New York: nach Manhattan. Da auch hier 40 Höhenmeter überwunden werden müssen, gilt der New York-Marathon nicht als schnellste Laufveranstaltung. Obwohl hohe Preisgelder die besten afrikanischen Läufer anlocken, werden hier keine Rekorde gelaufen. Neben der Brücke, bei der beim Bau vor 100 Jahren 50 Arbeiter starben, grüßen Touristen von einer parallel laufenden Seilbahn den Läufern zu. Auf der langgezogenen First Avenue geht es an der vornehmen Upper East Side durchs nördliche Manhattan. Wie bei einer Konfettiparade ohne Konfetti werden die Läufer in den Hochhausschluchten von jubelnden Zuschauern fortgetragen. Der fünfte Bezirk, die Bronx, nähert sich. Dazu muss noch einmal eine Brücke überwunden werden und man verlässt kurz die Insel Manhattan. Mit Touristenbooten kann man von der West Side nahe den Museumsschiffen auf Höhe der 46. Straße aus einmal komplett um Manhattan fahren.

In der Bronx kommen die Läufer am Baseballstadion der New York Yankees vorbei. Den Ruf als Verbrechenshochburg hat der Bezirk längst abgelegt. Es gibt hier Wohlfühloasen wie den Bronx Zoo mit 6000 Tieren oder den Van Cortlandt-Park, in dem man unbehelligt schlendern kann.

Dem kurzen Ausflug in die Bronx folgt der Showdown in Manhattan. Am Harlem-Viertel vorbei wird jetzt auf der von den Mietpreisen her teuersten Straße der Welt gelaufen: Die Fifth Avenue, an der Luxusläden wie Tiffanys liegen, aber auch das St. Regis-Hotel oder die in vielen Filmen auftauchende Public Library. Die Läufer kommen an der Museums-Meile zwischen der 82. und 104. Straße vorbei mit dem Guggenheim und dem Museum of Modern Art, ehe man – sofern noch Kraft vorhanden ist – zum Schlussspurt im Central Park antritt. Unweit des Dakota-Gebäudes, wo John Lennon erschossen wurde, hat die sportliche Strapaze nach 42 Kilometern ein Ende. Wer aber beim Lauf die Augen offenhält, bekommt Seiten von New York zu sehen, die einem sonst verschlossen bleiben. *Harald Tews*

Mann über Bord

Eine Kanufahrt in Namibia kann unangenehm enden – vor allem, wenn Stromschnellen mit im Spiel sind

Ein lautes Platschen, eine Schimpfkanonade. Der dicke Ian ist über Bord gegangen. Jetzt steht er mitten im seichten Fluss und schöpft mit einer Tasse das Wasser aus dem gekenterten Kanu. Die anderen lachen. Die erste Stromschnelle war völlig harmlos, kaum 500 Meter sind zurückgelegt.

Folgt man dem Lauf des Orange River, sind es vom namibischen Noordoewer an der Grenze zu Südafrika bis nach Oranjemund an der Atlantikküste rund 250 Kilometer. Knapp die Hälfte davon liegt vor der fünfköpfigen Gruppe – im Kanu macht das vier Tage. Der 1860 Kilometer lange Strom ist eine beliebte Anfängerstrecke für Kanuten, vor allem das letzte Viertel, das durch den Richtersfeld Nationalpark führt und die Grenze zwischen Namibia und Südafrika markiert.

Krokodile? Keine Sorge – hier sind keine

Die Kühlbox und drei kleine Plastiktonnen sind auf die drei Mohwak-Kanus verteilt. Die Strömung ist kaum wahrzunehmen, Armarbeit ist gefragt. Auf weiten Strecken ist der Oranje kaum einen Meter tief. In den Drakensbergen in Lesotho entspringt er, vereint sich mit dem Vaal und zieht weiter zum Atlantik. Das Mündungsgebiet bei Oranjemund gilt als reichstes Diamantenfeld der Welt. Bis zu den spektakulären Funden 1928 war der äußerste Süden Namibias, der einstigen deutschen Kolonie, ein fast menschenleerer Halbwüstenfleck auf der Landkarte.

Einst lebten hier Buschmänner, die San, die den Oranje „Großen Fluss“ nannten. Weiße und Bantu-Völker drängten sie in die Kalahari-Wüste ab. Die meisten der noch 38000 Buschleute Namibias kämpfen im Reservat „Buschmannland“ im Nordosten des Landes als Kleinbauern und Farmarbeiter um ihr Überleben. Nur wenige leben noch als Jäger und Sammler wie Steinzeitmenschen in der wasserarmen Trockensavanne.

Mittagsrast im Ufergras. Corned Beef und Brot mit Käse machen die Runde. Das Flusswasser kann man trinken, es ist frei von Krankheitserregern. 25 Kilometer legt die kleine Kanuflotte durch ruhiges Fahrwasser zurück. Auf Nilpferde und Krokodile muss niemand achtgeben – es gibt sie hier nicht. Eine windgeschützte Uferpartie dient als Camp. Niemand braucht ein Zelt in dieser warmen Nacht. Die Mücken sind keine Gefahr, die Gegend ist malariafrei. Der Blick auf das endlose Sternenmeer und Kometen am Himmel vertreibt jeden Gedanken, auch die an Leoparden und Giftschlangen, die das menschenleere Richtersfeld besiedeln.

Die abenteuerlichste Passage steht bevor: Shamrock, 500 reißende Meter durch einen mit Felsen übersäten, schluchtartigen Flussabschnitt. „Stromschnellen!“ Aus hunderten Metern Entfernung sind sie zu hören. Alle legen die Rettungsweste an. Jeder umklammert fest sein Paddel.

Etwa 50 Meter breit ist der schäumende Fluss. Die Wellen schwappen ins Boot, das wie ein Pferd scheut. Ian verliert auf dem Rücksitz die Balance, beide Mann gehen über Bord. Das Kanu schießt kieloben davon, die Crew kopfunter hinterher. Aus dem Fluss ragen Findlinge. Mit hohem Tempo geht es flussabwärts, streckenweise mit dem Rücken zur Fahrtrichtung. Kein rettendes Land in Sicht – die steinigen Uferwände sind meterhoch. Noch Minuten bleiben die Gekenterten Spielzeug des Wildwassers, ehe Paddel und Kanu eingeholt sind. Die zwei anderen Boote sind mit Glück durchgekommen.



Landschaft wie aus Winnetou-Filmen: Auf dem Oranje in Namibia — Bild: Jan Jepsen/NTB

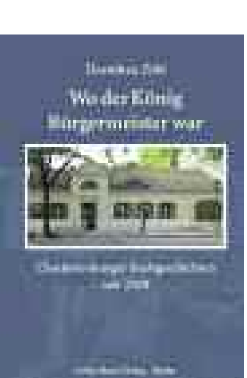
Die nächsten beiden Tage ist der Oranje ruhig, kleinere Stromschnellen ersparen ab und zu das Paddel. Der erste Mensch nach 70 Kilometern: ein Fischer mit Ruderboot. Links säumen mangrovenartige Bäume mit Reihern und Kormoranen auf knorrigen Ästen das Ufer, dahinter die kahlen Berge des Richterfelds. Hier hätte „Der Schatz im Silbersee“ gedreht werden können. Aber nicht Santers Banditen treiben sich hier herum, sondern eine Bande Affen: Grüne Meerkatzen springen vorwitzig am Flussufer entlang.

Pause auf südafrikanischer Seite. Ian, der beim Diamantenkonzern CDM arbeitet, macht Hoffnungen, in der Flussbiegung Hochkarätiges zu finden. Vor Millionen Jahren legte Erosion die Diamanten frei, Flüsse im Einzugsbereich des Oranje nahmen sie auf. Nach einer halben Stunde endet die Suche ohne Fund, der Fluss ruft wieder.

Nach 90 Kilometern auf dem Wasser der erste Ort: Aussenkehr. Der Oranje touchiert erstmals seit dem Start die Autostraße. Die Swapo, die Namibia seit der Unabhängigkeit 1990 regiert, hat hier eine Farm errichtet. Ovambos aus dem dicht bevölkerten Norden des Vielvölkerstaats fanden hier Jobs. Die meisten leben in einfachen Stroh- und Lehmhütten. Anders die reetgedeckten und klimatisierten Chalets einer Lodge. Ein vornehmes Resort hat sich am Flussufer niedergelassen, bietet Ausritte zu Pferd, Bergradtouren und, siehe da, Wildwasserkajakfahrten.

Weiter flussabwärts ist die Idylle vorbei. Farmarbeiter schwingen an der Uferböschung die Axt – die Bäume enden als Brennholz. Erosion und Verschlammen des Oranje sind programmiert. Die Realität hat die Reisenden eingeholt. *Kai Althoetmar*

Unterkunft in Aussenkehr: Norotshama River Resort, PO Box 703, Farm Aussenkehr, Orange River, Namibia. Tel.: 00264 (0)63-297215. E-Mail: noratshama@africaonline.com.na. Internet: www.norotshamaresort.com. Impfungen oder Visa sind nicht erforderlich.



Zu Ehren der Königin

Charlottenburgs Geschichte

Bis 1920 war Charlottenburg autonome Großstadt im Westen Berlins. Mit der 300-jährigen Geschichte Charlottenburgs und parallel dazu mit der Geschichte des ältesten Hauses im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich die Berliner Historikerin Dorothea Zöbl in ihrem jüngsten Buch „Wo der König Bürgermeister war. Charlottenburger Stadtgeschichten seit 1720“ befasst. Im ersten Teil des Buches werden die Gründung und Entwicklung von Stadt, Schloss und Garten bis 1735 erläutert. Jagdschneisen, Sichtachsen und Kanäle verflochten seit dem späten 17. Jahrhundert die Umgebung Berlins mit einem Ring von Herrensitzen und Schlössern.

Von 1695 bis 1699 ließ die hochgebildete Kurfürstin Sophie Charlotte (1668–1705) nahe dem Dorf Lietzow, ihrem Eigentum, ein Sommerschloss mit Tiergarten errichten. Schloss Charlottenburg, das ursprünglich Lützenburg hieß, hatte durch seine direkte Verbindung mit dem Berliner Schloss eine Sonderstellung im Residenzraum des Kurfürstenpaares, wie Zöbl anhand von Karten deutlich macht. 1701 wurde es zu einer repräsentativen Anlage ausgebaut; der Ausbau fiel zeitlich mit der Rangerhöhung des Kurfürsten zum König zusammen. Weit über die Grenzen hinaus war das Schloss als Musenhof berühmt. Ausgehend von einigen Anwesen für Hofbedienstete wurde südlich des Schlosses eine Idealstadt angelegt. 1705 verlieh König Friedrich I. – bis 1701 Kurfürst Friedrich III. – der kleinen Ansiedlung die Stadtrechte. Zu Ehren seiner verstorbenen Gemahlin gab er dem Schloss und der Stadt den Namen Charlottenburg und setzte sich selbst als Bürgermeister ein. Die Autorin erklärt die besondere Infrastruktur der Stadt und führt „Entwicklungen und Konflikte vor Augen, die beim Zusammenwachsen der Bürgerschaft Charlottenburgs vor allem nach Abzug des Hofstaates entstanden“ sind.

Im zweiten Teil des Buches sind sämtliche Phasen des Ausbaus von Charlottenburg bis zur Gegenwart dem Werdegang des ältesten Bürgerhauses im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (Schustehrusstraße 13, erbaut 1712) gegenübergestellt. Dabei zeigt sich allerdings, dass der enorme städtische Wandel in der gewählten knappen Form und hauptsächlich anhand einzelner Häuser- und Menschenschicksale kaum darstellbar ist. Für die Epoche der Industrialisierung während der Kaiserzeit mit der gleichzeitigen rasanten Bevölkerungsentwicklung ergibt sich kein Gesamtbild. Und keineswegs nur die nicht-ortskundigen Leser dürften sich mit Plänen unterversorgt wähnen. Schon Ende des 18. Jahrhunderts lockten Restaurants und Sommerwohnungen stadtmüde Berliner in das ländlich-idyllische Ackerbürgerstädtchen Charlottenburg. Zöbl zitiert aus Georg Hermanns bekanntem Roman der Biedermeierzeit „Jettchen Gebert“ (1906). Die Rede ist von heimkehrenden Berliner Tagesgästen, die „in einer lärmvollen, staubigen Fülle von Sonntagswanderern und Ausflüglern, ein schier unvorstellbarer Strom, zurückfluteten nach dem Brandenburger Tor, aus den Gärten und Kaffeelokalen, dem Schlosspark und der Heide“. *D. Jestrzemski*

Einst Erholungsort für stadtmüde Berliner

Dorothea Zöbl: „Wo der König Bürgermeister war. Charlottenburger Stadtgeschichten seit 1720“*, Gebr. Mann Verlag, Berlin 2013, gebunden, 158 Seiten, 24,95 Euro*



Gutmenschen hinterfragt

Autor nennt Öko-Irrtümer und entlarvt unlogische Ideologien

Der Titel „Du sollst nicht atmen“ verspricht gute Unterhaltung. Und auch der Untertitel „Warum wir am besten das Atmen einstellen sollten und andere Erkenntnisse aus dem Jetzt“ lässt auf eine amüsante Auseinandersetzung mit den Öko-Irrtümern der Gegenwart schließen. Zudem erwähnt er gleich zu Beginn auch noch die US-Zeichentrickserie „Die Simpsons“, so dass dem Autor fortan gleich unzählige Männer zwischen 25 und 45 gebannt folgen. Auch lockern zahlreiche mehr oder weniger geistreiche Cartoons von Thomas Plaßmann den Text immer wieder auf, so dass keiner behaupten kann, er würde intellektuell überfordert. Doch irgendwie reißt einen das Buch dann doch nicht vom Hocker. Rechnet man die Cartoons und die vielen Hinweise auf die Bibel und Jesus heraus, bleiben von den insgesamt ohnehin nur 125 Seiten noch knapp über die Hälfte, die sich textlich mit dem eigentlichen Thema beschäftigen. Die sind zwar durchaus informativ, enthalten aber wenig neue Erkenntnisse.

Sebastian Moll, 1980 geborener wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Evangelischen-Theologischen Fakultät der Universität Mainz, kommt zuerst auf den „Club der Nicht-Tuer“ zu sprechen, womit er unter anderem Klimaschützer, Vegetarier und Veganer meint. Weiter geht es zu den Gutmenschen, die Moll mit einer faustischen Wendung so beschreibt: „Ein Teil von jener Brut, die stets das Gute denkt und nie das Gute tut.“ Diese Spezies entlarvt der Autor anhand einiger konkreter Beispiele. So geht er auf Politiker ein, die eine gleichmachende Gemeinschaftsschule fordern, ihre eigenen Kinder aber auf Privatschulen schicken. Aber auch auf Gentechnik-Gegner kommt er zu sprechen, die lieber einen gentechnisch optimierten Vitamin-A-reichen Reis bekämpfen, als mit diesem den Tod von unzähligen Kindern infolge von Mangelernährung zu verhindern. Grundsätzlich würde die Tier- und Naturliebe der Gutmenschen mit Menschenverachtung einhergehen. Vor allem der westliche Lebensstil sei den Gutmenschen zuwider. So würde das einfache Leben von Menschen in Entwicklungsländern romantisiert und die westliche Zivilisation als gestresst und vom Kapitalismus vereinnahmt bezeichnet. „Im Grunde ist es doch erstaunlich, dass bislang keiner von ihnen sein unglückliches Dasein aufgegeben hat, um ein beschauliches Leben in der somalischen Steppe oder in einem verarmten rumänischen Dorf zu führen.“

Tier- und Naturliebe gepaart mit Menschenverachtung

Besonders bestechend findet Moll die Logik der Gutmenschen, der er ein eigenes Kapitel widmet. So fordern sie die Gleichberechtigung der Frau und führen diese mit Gendertheorien ins Extreme, gleichzeitig betonen sie aber, wie sehr sie fremde Kulturen schätzen, auch wenn das im besonderen Fall bedeuten kann, dass Frauen bis zum Kopf im Sand verbuddelt und gesteinigt werden.

Spannend findet der Autor auch die These, dass die wirtschaftliche Rückständigkeit von Entwicklungsländern auf deren Kolonialisierung durch Westeuropa zurückzuführen sei. Aber warum geht es dann der ehemaligen Kolonie Kanada so gut, weist Moll auf die Lücke in der Theorie hin. Und während selbst der Umstand, dass ein korrupter Herrscher in Afrika sein Volk verhungern lässt, auf die Kolonialvergangenheit zurückgeführt werde, käme kein Gutmensch auf die Idee, die Machtergreifung von Hitler auf die unverhältnismäßigen Bedingungen des Versailler Vertrages zurückzuführen.

Manchmal bereiten die Ausführungen des Autors Freude, so wenn er zum Beispiel betont, dass es in ganz Deutschland infolge von Züchtung keine einzige Kuh gebe, die nicht „genetisch optimiert“ sei. Oder wenn er fragt, was jene Menschen meinen, die vom „Erhalt des natürlichen Zustands“ sprechen. „Wann genau war denn eine Landschaft in ihrem natürlichen Zustand? Zum Zeitpunkt des Urknalls?“ Manchmal plätschert der Text aber auch nur so dahin. Zudem erschließt sich nicht jedem sofort, was die Hochzeit von Kanaa mit dem Thema Öko-Irrtümer und Gutmenschen zu tun hat. Aber dann: „Nun ist es an der Zeit, entschlossen zurückzuschlagen, und zwar mit drei Charaktereigenschaften, die dringend zurückerobert werden müssen und die jeden Gutmenschen vor Entsetzen erschauern lassen: Stolz, Lebensfreude und Tatkraft.“ *Rebecca Bellano*

Sebastian Moll: „Du sollst nicht atmen. Warum wir am besten das Atmen einstellen sollten und andere Erkenntnisse aus dem Jetzt“*, adeo, München 2013, gebunden, 125 Seiten, 14,99 Euro*



Tragischer Held

Polnischer Offizier sammelte Belege für NS- und Sowjetverbrechen

Noch heute jagt einem die bloße Erwähnung des Konzentrationslagers Auschwitz einen Schauer über den Rücken. Es ist bekannt, dass die Inhaftierung dort einem Todesurteil gleichkam. Würde man mit einer Zeitmaschine zurückversetzt, wäre dies der letzte Ort, den man freiwillig aufsuchen würde. Der 1901 geborene polnische Offizier Witold Pilecki hingegen tat jedoch genau dies. 1940 ließ er sich absichtlich verhaften und in Auschwitz einliefern, um im Lager eine Widerstandsorganisation aufzubauen.

Viele entsetzliche Dinge sah der Soldat, doch waren die Momente der Besinnung scheinbar für ihn die fürchterlichsten. Die Aufzeichnungen des zweifachen Familienvaters wurden mehr als 50 Jahre unterdrückt, doch nun liegen sie erstmals mit dem Titel „Freiwillig nach Auschwitz. Die geheimen Aufzeichnungen des Häftlings Witold Pilecki“ auch in deutscher Sprache vor. Die Schilderungen vom Lagerleben rauben dem Leser manchmal schier den Atem. Kaum fassbar erscheinen die Grausamkeiten, welche die Inhaftierten hier durchleben mussten, sofern sie diese denn überhaupt überlebten. Das Buch ist nichts für Zartbesaitete.

Drei Jahre durchlebte der Soldat die Hölle auf Erden, ehe ihm im April 1943 die Flucht gelang. Pileckis Berichte über die fürchterlichen Geschehnisse im Lager Auschwitz gelangten tatsächlich über Umwege zur polnischen Exilregierung nach London und somit auch zu den Alliierten. Doch diese hielten die Berichte für übertrieben und lehnten eine gewaltsame Befreiung der Inhaftierten ab. Das Ziel, einen Aufstand im Lager anzuzetteln und den Ausbruch zu versuchen, konnte Pilecki aber ohne Hilfe von außen nicht erreichen.

Der erschütternde Bericht des Soldaten erscheint dem Leser umso tragischer unter dem Gesichtspunkt, dass ihm zwar 1943 die Flucht aus Auschwitz gelang, er aber 1947 vom polnischen Geheimdienst gefasst wurde und ein Jahr darauf wegen angeblicher Spionage für den Westen hingerichtet wurde. Pilecki hatte, nachdem er 1946 seine Auschwitz-Aufzeichnungen beendet hatte, angefangen, Belege für sowjetische Gräueltaten und Gulags zu sammeln, was Moskau missfiel. *Vanessa Ney*

Witold Pilecki: „Freiwillig nach Auschwitz. Die geheimen Aufzeichnungen des Häftlings Witold Pilecki“*, Orell Füssli Verlag, Zürich 2013, gebunden, 256 Seiten, 19,95 Euro*



Vergessene »Männerversteherin«

Ungewöhnliches Porträt der Schriftstellerin Caroline Schlegel-Schelling, die vor 250 Jahren geboren wurde

Vor 250 Jahren wurde Caroline Schlegel-Schelling 1763 in Göttingen als Tochter des Orientalisten Michaelis geboren. Unter den sogenannten Universitätsmamsellen, einem Freundinnenkreis von Professorentöchtern, war sie die Aufgeweckteste und führte ein entsprechend bewegtes Leben. In diesem haben alle Formen des Miteinanders von Mann und Frau ihre Spuren hinterlassen. Das beginnt mit der Zweck-gemeinschaft der ersten Ehe, führt zur Leidenschaft für einen unzuverlässigen Mann und vollendet sich über den Weg der Freundschaftsehe mit August Wilhelm Schlegel und in der freundschaftlichen Liebe zu Friedrich Schelling.

Der entscheidende Umbruch ihres Lebenslaufes kündigt sich an, als sich die junge Witwe mit ihrer Tochter Auguste – zwei andere Kinder sind bereits verstorben – 1792 im brodelnden Mainz niederlässt, um ihr Auskommen mit Näharbeiten und Übersetzungen zu bestreiten. Als Therese, eine Jugendfreundin aus Göttinger Tagen, ihren Ehemann, den Naturforscher und Reiseschriftsteller Georg Forster, verlässt, übernimmt Caroline bei diesem die Rolle einer „moralischen Krankenwärterin“. Die damit einhergehenden Verdächtigungen erträgt sie mit erstaunlicher Gelassenheit, „...weil ich selten frage, wie kan das andern erscheinen“. Ihr durch die Wirren der Mainzer Republik und die darauffolgende Haftzeit beschädigter Ruf kann durch die Ehe mit August Wilhelm Schlegel wieder hergestellt werden. Goethe und Wilhelm von Humboldt setzen sich für sie ein.

Von Zeitgenossinnen gehasst

Sabine Appel lässt in ihrer Biografie „Caroline Schlegel-Schelling. Das Wagnis der Freiheit“ den Zauber der Persönlichkeit von Schlegel-Schelling lebendig werden und bettet ihre Leben in eine ausgewogene Beschreibung der Verhältnisse ein. „Das Wagnis der Freiheit“ von dem der Untertitel spricht bleibt immer als Gefährdung gegenwärtig. Appel erfindet keine emanzipatorische Legende, sondern geht den Spuren nach, wobei sie nicht umhin kommt, immer wieder die Männer, an denen sich Carolines Wesen widerspiegelt, genauer in den Blick zu nehmen. Die Charakterbilder von Forster und den Schlegel-Brüdern geben den Rahmen ab, innerhalb dessen Carolines Handlungen verständlich werden. Dabei ist die Rede von einer „Männerversteherin“. Grundlage ihres Verständnisses war eine entschieden behauptete weibliche Position. Eine außergewöhnliche schriftstellerische Begabung, welche ihr August Wilhelm Schlegel attestierte, hat sie kaum für eigene Werke verwertet. Nur Entwürfe und kleinere Schriften sind überliefert. Darin unterscheidet sich ihr weibliches Selbstbewusstsein wesentlich vom Selbstverwirklichungsfuror der Dorothea Veit, Therese Forster oder Bettina Brentano. Caroline vermeidet den ungleichen Wettbewerb und bewahrte sich ihren Instinkt. Damit hat sie im Verborgenen weit mehr bewirkt und ermöglicht als jene in ihrer pseudomännlichen Verspanntheit. Sie wurde zur treibenden Kraft von Schlegels Shakespeare-Übersetzungen. Die Legende korrigiert sich, derzufolge den Frauen in geistigen und kulturellen Belangen über Jahrhunderte kein entscheidender Beitrag zu leisten vergönnt war. Der Beitrag wird an der falschen Stelle gesucht. Die bedeutendsten Frauen der europäischen Geistesgeschichte exponierten sich freilich nicht äußerlich. Sie waren wie Caroline mit ihren Männern an der Wurzel des Schaffens tätig, hielten so die Quelle rein, aus der diese Beiträge vordrangen.

Hatte sie ein Kind mit Goethe?

Sabine Appel ist es in ihrem Buch gut gelungen diesen verborgenen Rang darzustellen. Ein Rang, der schon zu Lebzeiten immer wieder Anfechtungen ausgesetzt war. Eine ebenso vitale, gebildete und lebenskluge Person wie Caroline forderte wiederholt Unglimpf und Neid heraus. Die schwierigen Lebensverhältnisse mit den Schlegel-Brüdern, Dorothea Veit und Schelling werden mit der nötigen Delikatesse entfaltet. Der Anspruch von Brüderlichkeit, Gleichheit und Freiheit scheitert hier zuletzt in der kleinsten Revolution der Häuslichkeit, in der Jenaer Romantiker-Wohngemeinschaft der Brüder Schlegel samt ihren Frauen und Freunden. Nach dem tragischen Tod ihrer Tochter Auguste, von der behauptet wird, Goethe sei in Wirklichkeit der Vater, findet Schlegel-Schelling mit ihren letzten Mann, dem Philosophen Friedrich Wilhelm Schelling, den benötigten Frieden.

Die Bruchstücke von Werk und Leben Carolines können uns heute noch berühren, wenn sie mit dem Feingefühl und der Kenntnis dargestellt werden, wie sie dieses Buch aufweist. *Sebastian Hennig*

Sabine Appel: „Caroline Schlegel-Schelling. Das Wagnis der Freiheit“*, C.H. Beck München 2013, gebunden, 287 Seiten, 19,95 Euro*

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin

Dirigent: Christian Blüggel
mit Begleitheft
01-12 Regimentsmärsche I
13-15 Dienststücke des Königsregiments
16-23 Musik der Kavallerie
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow
28-43 Feldstücke der Kavallerie
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow
48-58 Regimentsmärsche II

Gesamtspieldauer: 69: 46 Min
Best.-Nr.: 7257



€ 15,95

Memelland-Schlüsselanhänger



Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Preußen-Schirmmütze





Preußen-Schirmmütze
dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



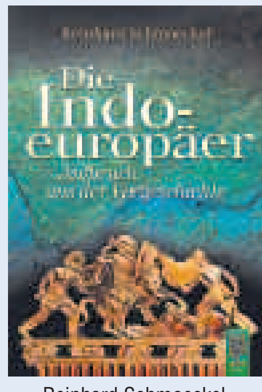
Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche
Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch.
Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij;
14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps;
15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne
23. Abmarsch

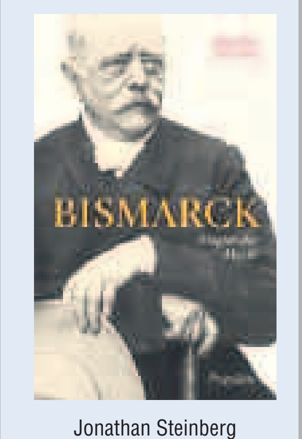
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894

CD

€ 14,95



Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch aus der Vorgeschichte
Geb., 587 Seiten,
Best.-Nr.: 7244, € 24,80



Jonathan Steinberg
Bismarck Magier der Macht
Geb., 752 Seiten
Best.-Nr.: 7250, € 29,99

Birgit Kelle
Dann mach doch die Bluse zu
Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn

In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten? Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gerne sind, es zeigen und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen. „Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in diesem Land. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen.“

€ 17,99

Birgit Kelle, Geb., 224 Seiten, Best.-Nr.: 7258

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen;
2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide;
5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle;
13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund;
15 In einem kühlen Grunde;
16 Ännchen von Tharau;
17 Ade zur guten Nacht;
18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht;
21 Der Mond ist aufgegangen



Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893





Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99

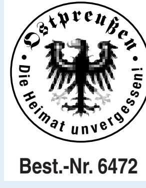


Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80

Rundstempel



Best.-Nr. 6216



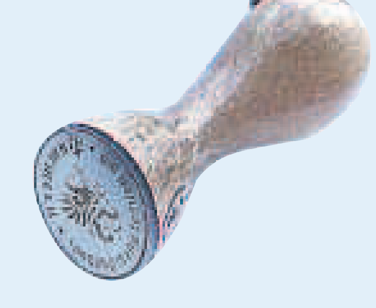
Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539

pro Stück nur € 12,95



Musique pour Luise
Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
4 Allegretto
5 Andante
6 Rondo. Vivace
Friedrich Heinrich Himmel
7 Favorit-Polonaise
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
8 Le Depart
9 Le Retour
Friedrich Heinrich Himmel aus Grand Sestetto
10 Andante sostenutto
11 Allegro giojoso



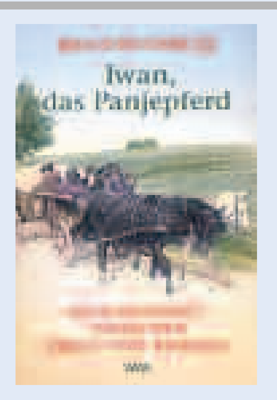
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900

€ 14,95





Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 S. mit einigen s/w. Abb.
Best.-Nr.: 3372



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert
1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet
u.v.m.



Best.-Nr.: 6899

€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

€ 17,95

CD

CD

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Musik von Friedrich II.



Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95

CD

Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

CD

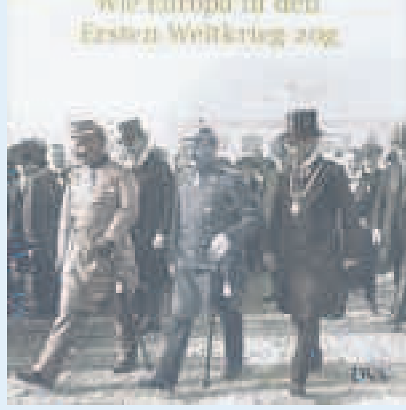
CD

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog

Bahnbrechende neue Erkenntnisse über den Weg in den Ersten Weltkrieg 1914 Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.

Geb., 896 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7259





€ 39,99

Aktion*



+++ gratis +++

Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

44/13

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

UN: Nikolaus muss weg!

Den Haag – Eine „Expertengruppe“ der UN fordert, dass die Niederländer ihre Nikolaus-Tradition abschaffen. Beim Geschenke verteilen wird „Sinterklaas“ von einer Schar Helfern begleitet, den „schwarzen Petern“, die von schwarz angemalten Leuten gespielt werden. Das sei „rassistisch“ und bedeute eine „Rückkehr zur Sklaverei“. Die Masse der Niederländer reagiert empört auf die Traditions-Schelte. *H.H.*

Venezuela: Glücksbehörde

Caracas – Venezuelas sozialistischer Präsident Nicolás Maduro hat angekündigt, eine Behörde zur Erreichung des „größten öffentlichen Glücks“ einzusetzen. Die Behörde solle die Probleme von Alten, Kindern, Behinderten und Obdachlosen lösen. Gleichzeitig wurde der 8. Dezember zum „Tag der Liebe und Treue“ für Maduros im März verstorbenen Vorgänger Hugo Chávez erklärt. Venezuela erlebt einen beispiellosen Niedergang infolge sozialistischer Misswirtschaft. *H.H.*

ZUR PERSON

»Europa ist nicht das Eldorado«

Während die afrikanischen Wirtschaftsimmigranten in der Europäischen Union ein großes Thema sind, steht dieses bei der Afrikanischen Union keineswegs auf der Tagesordnung, obwohl es ihre Bürger sind, die da im Mittelmeer ertrinken. Man muss sich schon Mühe geben, wenn man eine afrikanische Persönlichkeit finden will, die versucht, die eigenen Landsleute von der gefährlichen Reise gen Norden abzuhalten. Dem „Focus“ ist dies bedingt gelungen. Er führt **Yousson N'Dour** an. Der Sänger des Welthits „Seven Seconds“ stammt aus dem Senegal und lebt auch noch dort. N'Dour bat in einem im senegalesischen Fernsehen ausgestrahlten Kurzfilm junge Senegalesen darum, das Land nicht zu verlassen. „Ihr seid die Zukunft Afrikas“, hieß es in dem Spot, der mit drastischen Bildern von einer weinenden Mutter und einer an der Küste angespülten Männerleiche arbeitete.

Was der „Focus“ jedoch unerwähnt ließ, war der Umstand, dass der Film bereits 2007 gesendet wurde und von der spanischen Regierung bezahlt wurde, deren Kanarische Inseln unter dem Ansturm senegalesischer Illegaler leiden. Aber auch danach hat der 54-Jährige sich dafür engagiert, junge Leute zum Bleiben zu bewegen. „Ich rate den Jungen immer davon ab, in die Boote zu steigen, denn Europa ist nicht das Eldorado, das sie denken“, so N'Dour 2010 gegenüber der „taz“. Da er vor allem aktuelle ökonomische Gründe und nicht die französische Kolonialvergangenheit als Ursache für den Abwanderungsdrang sieht, wollte er 2012 bei der Präsidentschaftswahl kandidieren, wurde jedoch nicht zugelassen. Dafür stellte er sich dem Wahlgewinner erst als Tourismusminister und jetzt als Berater zur Verfügung. Er ist überzeugt, dass positive Vorbilder die jungen Leute von der Abwanderung abhalten können. *Bel*





Botschaftshäppchen

Knallharte Weicheier

Was man als Busfahrer lieber sein lässt, warum man auf das deutsche Recht pfeifen kann, und wie uns die EU erklärt, wo »draußen« ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Der Medienunternehmer Klaus Kelle nennt uns eine „Weicheirepublik“ (siehe Zitat rechts). Das könne man an unserem hilflosen Geflatter nach dem „NSA-Skandal“ ebenso sehen wie an der Abscheu der Deutschen vor dem Waffengesetz der Amerikaner. Wir verstünden die Amis nicht, die sich gegen einen Überfall wehren und deshalb bewaffnet sein wollen. Wir dagegen, so Kelle, „geben Räubern, was sie wollen, machen keine Scherereien, hoffen, dass es nicht so schlimm wird und die Versicherung später alles ersetzt. Menschen, die ein Recht für sich proklamieren, selbst Widerstand zu leisten, betrachten wir als Barbaren“.

Ganz Unrecht hat er nicht: Während wir angesichts echter Verbrecher mehr über deren „schwere Kindheit“, unsere „soziale Kälte“ und die Möglichkeit für die „Rückführung in die Gesellschaft“ sinnieren, kennen wir bei „Selbstjustiz“ keine Gnade. Das Wort „Bürgerwehr“ rangiert in der Liste der Igittigitt-Vokabeln gleich hinter „Terrorist“.

Aber sind wir deshalb „Weicheier“? Oh nein, wir können auch durchgreifen, wenn's drauf ankommt. Das machen die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) gerade vor. Folgender Skandal soll sich in der Hauptstadt zugetragen haben: Drei Jugendliche hatten „vergessen“, ihren Fahrausweis abzustempeln (wenn der Fahrausweis nicht abgestempelt, also „entwertet“ ist, kann man ihn immer wieder benutzen. Die Karte nicht abzustempeln ist also ebenso wie gar keine zu lösen). Der Busfahrer forderte die drei daher auf, den Bus zu verlassen.

Die wollten aber nicht und gerieten mit dem Fahrer in ein Wortgefecht. Erst, als er mit der Polizei drohte, beugten sie sich seinem Hausrecht. Als sie gingen, beschimpften sie den Fahrer als „Nazi“, der daraufhin zurückfauchte: „Seid froh, dass ich nicht an der Macht bin, dann würde hier einiges anders laufen mit euch Gesindel.“

Das alles hat Dennis Wendländer, ein 19-jähriger Schüler und Aktivist der Linkspartei, mitbekommen und sich empört per Offenem Brief an die BVG gewandt, in dem er darauf hinweist, dass die Jugendlichen „migrantisch“ seien und der Busfahrer „faschistisch“.

BVG-Sprecherin Petra Reetz ging sofort auf hundertachtzig: Der Vorfall, wenn er denn so gewesen sein sollte, hätte „schwere Konsequenzen“. Für die drei Schwarzfahrer und „Nazi!“-Brüller? Natürlich nicht. Der Busfahrer ist dran! Das gäbe laut Reetz „mindestens eine Abmahnung“, also die Vorstufe zum Rauswurf mit Schimpf und Schande. Und Frau Reetz grollte „mindestens“, also ist selbst der sofortige Rausschmiss des Fahrers möglich.

Reagieren so Weicheier? Aber nicht doch: Wehe dem, der sich von „migrantischen“ Jugendlichen nicht ohne Gegenwehr als „Nazi“ beschimpfen und als Hanswurst demütigen lässt, dessen Hausrecht man erst respektiert, wenn er mit der Polizei droht, sondern der ihnen seinerseits ein Schimpfwort zurückgibt! Der bekommt es mit der dunklen Seite unserer Gutmenschlichkeit zu tun. Der verliert womöglich gar seinen Job.

> Wer sich von »migrantischen« Jugendlichen nicht beleidigen lässt, muss bestraft werden

Vor Gericht wäre die Sache wohl ziemlich klar: Den „Nazi“ hätte man den Jugendlichen als Ausdruck ihres „südländischen Temperaments“ gewiss verziehen, das Schwarzfahren sowieso („schwierige soziale Lage aufgrund täglich erfahrener Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft“). Der Fahrer hingegen käme vermutlich wegen Bedrohung, Beleidigung und mutmaßlich zweifelhafter politischer Anschauungen („Anhaltspunkte für den Verdacht auf rechtes Gedankengut“) unter die Räder von Justiz und Verfassungsschutz.

Südlich temperamentvoll geht es auch in Hamburg zu. Wie bundesweit bekannt, genießen einige Dutzend Afrikaner dort Kirchenasyl. Sie sind aus dem menschenverachtenden Elend namens Italien an die Elbe geflüchtet. Die italienischen Schergen hatten ihnen 500 Euro in die Hand gedrückt mit der Empfehlung, dass nördlich der Alpen ein Weichei-Volk wohnt, das ihnen alles gibt, was sie gern hätten, wenn sie nur heftig genug auf die Pauke hauen.

Doch derzeit hakt die Sache, weil jemand entdeckt hat, dass es in Deutschland Asylgesetze gibt, die sogar für Ausländer gelten. Die Afrikaner sind stinksauer. Mühsam hatten Hamburgs Innensenator Michael Neumann (SPD) und Bischöfin Kirsten Fehrs ein „Geheimabkommen“ ausgehandelt, um die Lage zu entspannen: Die Italien-Flüchtlinge dürfen (gegen das Gesetz) so lange in Hamburg bleiben, bis alle Rechtsmittel zu ihren Gunsten ausgeschöpft sind. Dafür sollten sie nur endlich sagen, wie sie heißen, woher sie kommen und ihre Fluchtgeschichte erzählen, ohne die kein einziges Verfahren starten kann.

Die Afrikaner wollen aber nicht und bauen auf die gewalttätigen Exzesse ihrer deutschen „Unterstützer“, die seit Wochen die Hansestadt unsicher machen. Die Afrikaner wollen sofort eine Arbeitserlaubnis, sagt ihr Sprecher und droht: „Die Demonstranten werden die Stadt jede Nacht auf den Kopf stellen, wenn der Senat nicht auf unsere Forderungen eingeht!“ Bum! Der Senat macht nun lange Gesichter, während linke „Unterstützer“ bereits Warenhäuser überfallen.

Zum Glück haben sich die Warenhausangestellten nicht gegen den Überfall gewehrt, sonst müssten sie wohl mit ihrem Rauswurf rechnen. Zwar hatte die Polizei 35 Randalierer festsetzen können. Die Beamten hatten die Straftaten selbst beobachtet. Der Polizeichef von Hamburg, Wolfgang Kopitzsch (SPD), hat jedoch kurz darauf entschieden, dass seine Beamten gar nichts gesehen haben und befahl, die Gruppe laufen zu lassen.

Eigentlich müssten die Afrikaner sofort nach Italien ausgewiesen werden. So schreibt es das deutsche Recht vor, und so steht es in den europäischen Verträgen. Doch deutsches Recht gilt in Deutschland eben nur von Fall zu Fall, und was europäische Verträge wert sind, wissen wir nach drei Jahren Euro-Krise ja recht genau: Klopapier.

Außerdem hat die Europäische Union beileibe Wichtigeres zu tun als sich um irgendwelche Abkommen zu kümmern, deren Durchsetzung weder den Banken noch anderen Lobbyisten einen schönen Reibach auf Kosten der Bürger versprechen. Wo das anders ist, wird Brüssel allerdings gern aktiv.

Wie damals beim Glühbirnenverbot: Ökologisch zwar ein Desaster, da die gefahrlosen Leuchtknollen durch quecksilberhaltige Giftbirnen ersetzt wurden. Doch finanziell der ganz große Fang für die Leuchtmittelindustrie.

So groß, dass andere Industrien neidisch wurden und von der EU eine weitere Verordnung für ihren eigenen Beutezug auf Kosten der Konsumenten forderten. Und siehe da: Brüssel hat ein Einsehen. Als nächstes kommen die Staubsaugerproduzenten dran.

Damit sie viele neue Geräte verkaufen können, dürfen die ab 2014 nicht mehr als 1600 Watt Leistung haben und ab 2017 sogar nur noch 900. Damit kann man jeden Altgerätebesitzer gewiss überzeugen, für sündhaft viel Geld einen neuen Sauger zu kaufen, um „Geld zu sparen“. Wir können uns die Werbesprüche schon vorstellen: „Wenn Sie jeden Tag Ihre ganze Wohnung zweimal saugen, hat sich der höhere Anschaffungspreis durch die Energie-Einsparung schon vor dem Jahre 2087 amortisiert!“ Wer kann dazu schon Nein sagen?

Neben den neuen Leistungsgrenzen wird in der Staubsauger-Verordnung aber auch vieles andere endlich klar geregelt, was bislang unverantwortlicherweise ungeregelt blieb. In Artikel 2, Punkt 5, heißt es etwa: „Trockensauger bezeichnet einen Staubsauger, der dazu ausgelegt ist, Schmutz aufzunehmen, der grundsätzlich trocken ist.“ Oder in Punkt 13: „Staubsauger für den Außenbereich bezeichnet ein Gerät, das für die Nutzung im Außenbereich bestimmt ist.“ Wie konnten wir nur all die Zeit überleben, ohne dass das geklärt war. Sage noch einer, die Eurokraten verplemperten unser Geld mit sinnloser „Überregulierung“.

MEINUNGEN

***Jan Fleischhauer** lästert in „Spiegel-online“ vom 24. Oktober über die **Fassungslosigkeit der Grünen** nach ihrem Wahldebakel:*

„Bislang haben die Grünen recht komfortabel davon gelebt, dass immer nur die anderen im Unrecht waren. Wer so lange wie sie keinen Widerspruch ertragen musste, ist völlig von den Socken, wenn er plötzlich nicht mehr von der sanften Brise der Zustimmung getragen wird. ‚Wir sind cool. Eigentlich‘, sagte Claudia Roth auf dem ersten ihrer Aufarbeitungsparteitage. In dieser Aussage steckt die ganze Fassungslosigkeit darüber, einer Kritik ausgesetzt zu sein, die für andere Parteien selbstverständlich ist.“

***Michael Schneider-Flagmeyer** vom Forum Deutscher Katholiken kritisiert im Internetforum „Freie Welt“ (28. Oktober) die Maßlosigkeit, mit der auf den Limburger Bischof Franz-Peter **Tebartz-van Elst eingedroschen** werde. Der Bischof habe Fehler gemacht, aber:*

„Die Art und Weise, wie ein großer Teil der linken Medien, einschließlich der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten, ohne genaue Sachkenntnisse, von Mitgliedern der Kirche informiert, über den Bischof hergefallen ist, die einer sozialen Hinrichtung gleichkommt, ist in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Journalismus einmalig.“

*Der **Medienunternehmer Klaus Kelle** sieht in der Naivität und Hilflosigkeit, mit der die deutsche Politik auf die **NSA-Aktivitäten** reagiert, nur ein Symptom für die **merkwürdige Grundhaltung**, die Deutschland nach Jahren des Friedens hervorgebracht habe. Im „Focus“ (28. Oktober) schreibt er:*

„Die Bundesrepublik ist eine Weicheirepublik geworden. Bedingt verteidigungsfähig … Wir sorgen uns darum, dass auch das informationelle Selbstbestimmungsrecht von Terrorverdächtigen und Mafiosi in deren privaten Räumen geachtet wird. Wir lassen auch mal einen Totschläger (vom Alexanderplatz) nach Hause gehen … Und wenn auf einem Gerichtsflur einige sehr schlecht gelaunte Zuwanderer Zeugen und Journalisten mit Gewalt bedrohen, dann schauen die daneben stehenden Justizwachtmeister schamvoll zur Seite. Bloß nicht überreagieren! Das ist in unserem Land der Guten und Edlen fast schon eine Art Staatsräson.“

***Michael Grandt**, der als Wirtschaftsjournalist schon vor vier Jahren einen Zusammenbruch des Finanzsystems vorhersagte, äußert im Portal „Kopp online“ (29. Oktober) schwere Kritik an der **Schönfärberei**, mit der die **Schuldenlast** Deutschlands seiner Meinung nach kleingerechnet wird:*

„Die Staatsverschuldung beträgt nicht 2,2 Billionen Euro, wie öffentlich kommuniziert, sondern mit der impliziten, also versteckten, Verschuldung, über acht Billionen Euro. Dazu kommen noch Garantien und Haftungen für die bankrotten EU-Staaten samt Targetforderungen von 1,2 Billionen Euro. Deutschland ist jetzt schon der am höchsten verschuldete Staat in Europa, und trotzdem werden die deutschen Steuerzahler in der Hauptsache zur Kasse gebeten. Das ist ein unglaublicher Skandal.“